

Laukart, Jutta; Stockem, Horst; Weißenberger, Christine; Rheingau-Taunus-Kreis. Fachstelle Bildung
Bildung im Rheingau-Taunus-Kreis 2010. Erster kommunaler Bildungsbericht

Bad Schwalbach : Fachstelle Bildung, Rheingau-Taunus-Kreis 2010, 84 S.



Quellenangabe/ Reference:

Laukart, Jutta; Stockem, Horst; Weißenberger, Christine; Rheingau-Taunus-Kreis. Fachstelle Bildung:
Bildung im Rheingau-Taunus-Kreis 2010. Erster kommunaler Bildungsbericht. Bad Schwalbach :
Fachstelle Bildung, Rheingau-Taunus-Kreis 2010, 84 S. - URN: urn:nbn:de:0111-opus-75373 - DOI:
10.25656/01:7537

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-75373>

<https://doi.org/10.25656/01:7537>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Bildung

im Rheingau-Taunus-Kreis 2010

Erster kommunaler Bildungsbericht



LernenvorOrt
im Rheingau-Taunus-Kreis



Rheingau-
Taunus-Kreis



vhs
Die Volkshochschulen

Impressum

Verfasser/-innen Fachstelle Bildung

Jutta Laukart

Horst Stockem

Christine Weißenberger

Unter Mitarbeit der LERNENDEN NETZWERK REGION

Jennifer Heneke

Christine Knapp-Aschberger

Ingrid Wulf

Textbeitrag Bildungsinstitutionen

im Rheingau-Taunus-Kreis

Kerstin Huven (HESSENCAMPUS)

Textbeitrag HESSENCAMPUS

Antje Meinzer

Bezugsadresse

Fachstelle Bildung

Rheingau-Taunus-Kreis

Heimbacher Straße 7

65307 Bad Schwalbach

Email: projektbuero@lernen-vor-ort.net

www.lernen-vor-ort.net

November 2010

1. Auflage

Grafisches Konzept und Design

Jutta Pötter, diegestalten.com

Fotos

www.fotolia.com: khwi, jeff Metzger, Yuri Arcurs, panther-foto, Lisa F. Young, Elvira Schäfer, Herby (Herbert) Me, Daniel Gibbey, Robert Kneschke, Mirko Reichlin, Stephan Koscheck, Gina Sanders, drubig-photo, Sandra Brunsch, Kamil Krawczyk, Jasmin Merdan, Andres Rodriguez, Sandra Brunsch, Anja Greiner Adam, Pavel Losevsky, Christian Schwier, Robert Kneschke, Bernd_Leitner, godfer, Maksim Shebeko, Andrii IURLOV, tm-photo, photobility

Druck

Druckerei und Verlag Klaus Koch GmbH

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.

Inhaltsverzeichnis

Glossar	3
Verzeichnis der Abkürzungen	5
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	6
Vorwort	8
Einleitung	10

Teil I

Modellhafte Ansätze eines Bildungsmanagementsystems im Rheingau-Taunus-Kreis 11

1. Aktionsfelder	13
1.1 Aktionsfeld I und II: Kommunales Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring	13
1.2 Aktionsfeld III: Bildungsberatung	15
1.3 Aktionsfeld IV: Bildungsübergänge	17
1.4 Aktionsfeld V: Integration	22
1.5 Aktionsfeld VI: Demografischer Wandel	24

Teil II

Das Bildungssystem im Rheingau-Taunus-Kreis – Rahmenbedingungen, Bildungsangebot und Bildungsteilnehmer 27

2. Regionale Rahmenbedingungen	28
2.1 Bevölkerungsentwicklung	31
2.2 Soziale Risikolagen bei Kindern	32
2.3 Jugendarbeitslosigkeit	33
2.4 Bevölkerungszusammensetzung im Rheingau-Taunus-Kreis	35
2.5 Arbeitsmarktstruktur	37
2.6 Bildungsbeteiligung im Rheingau-Taunus-Kreis und Ausbildungsstand der erwerbstätigen Bevölkerung	39
3. Kindertagesstätten	42
3.1 Bildungsangebot im Elementarbereich	43
3.2 Besuchsquote in Kindertagesstätten	43
3.3 Anteil der früh und spät eingeschulten Kinder	44

4. Allgemeinbildende Schulen	46
4.1 Bildungsangebot im allgemeinbildenden Schulsystem	47
4.2 Ganztagsangebote	48
4.3 Übergangsquoten	50
4.4 Schulabgänge mit und ohne Abschluss	51
5. Berufliche Bildung	54
5.1 Bildungsangebot im berufsbildenden Schulsystem	54
5.2 Betriebliches Bildungsangebot	55
5.3 Übergang Schule – Berufsbildung	59
5.4 Absolventen mit und ohne Abschluss	61
6. Hochschulen	63
6.1 Studienangebot	64
6.2 Studierende im Rheingau-Taunus-Kreis	64
6.3 Zahl der Absolventen nach Fachgruppen	66
7. Weiterbildung	67
7.1 Allgemeines Weiterbildungsangebot	69
7.2 Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.	69
7.3 Beteiligung an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung	71
Zusammenfassung der Ergebnisse des Bildungsberichts	74

Teil III

Selbstdarstellungen 75

8. Profile der Bildungseinrichtungen	77
8.1 Berufliche Schulen Rheingau	78
8.2 Berufliche Schulen Untertaunus	80
8.3 GBW – Gesellschaft für Qualifizierung, Aus- und Fortbildung im Rheingau-Taunus-Kreis mbH	82
8.4 vhs Rheingau-Taunus e.V.	84
8.5 EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.	86
8.6 Hochschule RheinMain, Standort Geisenheim	88
8.7 Hochschule Fresenius	90
8.8 Initiative HESSENCAMPUS	92
Hinweis zu den Tabellen	92
Anmerkungen	92

Glossar

Bertelsmann-Stiftung

Die Bertelsmann-Stiftung setzt sich zum Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe durch die Weiterentwicklung gesellschaftlicher Systeme zu fördern.

Bildungs- und Erziehungsplan

Hessischer Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0–10 Jahren.
Herausgegeben vom Hessischen Sozialministerium und dem Hessischen Kultusministerium.

Bildungsmanagementsystem

Die Einführung eines Bildungsmanagementsystems umfasst alle Aktivitäten zur systematischen Gestaltung des Bildungssystems. Dazu gehört die strategische Steuerung über Zielvorgaben, die Einführung neuer Steuerungsinstrumente (→ Stichwort Bildungsmonitoring) und die Entwicklung neuer Strukturen im Bildungswesen in Form von Netzwerken.

Bildungsmonitoring

Bildungsmonitoring ist ein datengestützter, kontinuierlicher Beobachtungs- und Analyseprozess des gesamten Bildungswesens bzw. einzelner Teilbereiche mittels empirisch-wissenschaftlicher Methoden.

Bürgerstiftung Taunusstein

Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinnützige Projekte und Initiativen zu unterstützen und anzuregen. Die Stiftung widmet sich insbesondere der Förderung von Kindern und Jugendlichen.

EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.

Staatlich anerkannte, private, wissenschaftliche Hochschule für Betriebswirtschaftslehre und Jura. Die Stiftung der European Business School ist der Stiftungspartner des Projekts Lernen vor Ort im Rheingau-Taunus-Kreis.

Hochschule Fresenius

Die Hochschule Fresenius ist eine private, staatlich anerkannte Hochschule mit den Fachbereichen Chemie & Biologie, Gesundheit und Wirtschaft & Medien.

Fachstelle Bildung

Projektleitung, Projektkoordination und Bildungsmonitoring in Lernen vor Ort beim Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises.

Forum Bildung

Eine Initiative von Bund und Ländern, eingesetzt mit dem Ziel, Vorschläge zu erarbeiten, welche die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungswesens sicherstellen.

Freiwilligensurvey

Quantitative Untersuchung zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland, durchgeführt von der Bundesregierung.

Hessenagentur

Die Hessenagentur ist eine Gesellschaft, zuständig für nicht-monetäre Angelegenheiten im Bereich der Wirtschaftsförderung.

HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus

Entwicklungspartnerschaft bildungsrelevanter Institutionen zum Aufbau eines regionalen Zentrums zum Lebensbegleitenden Lernen im Rheingau-Taunus-Kreis. Der HESSENCAMPUS ist eine Initiative des Landes Hessen.

Hochschule RheinMain

Staatliche Hochschule mit Standorten in Wiesbaden, Rüsselsheim und Geisenheim.

Lebenslanges Lernen

Das Konzept des lebenslangen Lernens umfasst die ganze Lebensspanne. Lebenslanges Lernen beinhaltet den Anspruch, Leitidee des gesamten Bildungssystems zu sein. Die Stufen des Bildungssystems werden aufeinander bezogen, um es dem Einzelnen zu ermöglichen, im Lebensverlauf Kompetenzen zu erwerben und auszubauen.

Lernen vor Ort

Gemeinsame Initiative des BMBF mit deutschen Stiftungen. Ziel ist die Entwicklung eines kohärenten Bildungsmanagements vor Ort.

Lernende Netzwerkregion

Vorläuferprojekt von Lernen vor Ort. Das Projektbüro ist an der **vhs** Rheingau-Taunus e. V. angebunden.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1 % aller Haushalte in Deutschland beteiligt sind.

Pädagogische Akademie Elisabethenstift

Das Arbeitszentrum bietet Fort- und Weiterbildung für Leiter und Leiterinnen von Kindertagesstätten, Erzieher und Erzieherinnen, Lehrer und Lehrerinnen und andere Berufsgruppen an.

Qualifizierungsoffensive

Die Qualifizierungsoffensive Rheingau-Taunus versteht sich als Servicestelle für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) der Region zu Themen rund um die berufliche Weiterbildung.

Qualität

Qualität beinhaltet die Festsetzung verbindlicher Standards und Festlegung von Kriterien, nach der sich die Güte und Ergebnisse pädagogischer Tätigkeiten bemessen lassen.

Regionales Übergangsmanagement

Das Regionale Übergangsmanagement im Rheingau-Taunus-Kreis übernimmt Koordinierungsaufgaben im Bildungsübergang Schule – Beruf.

Sprachscreening der Hochschule Fresenius

Instrument zur Einschätzung des Sprachentwicklungsstandes von Kindern im Alter ab 3 Jahren.

Stiftung der EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.

Aufgabe der Stiftung ist die Trägerschaft und Förderung der EBS Universität. Sie dient gemeinnützigen, insbesondere wissenschaftlichen Zwecken.

Stiftungsverbund Lernen vor Ort

Dem Stiftungsverbund gehören große, mittlere und kleine Stiftungen an, die im Bildungsbereich über tiefgehende Erfahrungen verfügen und zivilgesellschaftliche Unabhängigkeit und Innovationsfähigkeit mitbringen.

Weiterbildung Hessen e. V.

Weiterbildung Hessen e. V. ist ein Zusammenschluss von hessischen Bildungseinrichtungen, die sich auf gemeinsame Qualitätsstandards verpflichten.

Verzeichnis der Abkürzungen

BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BGJ	Berufsgrundbildungsjahr
BSR	Berufliche Schulen Rheingau
BSU	Berufliche Schulen Untertaunus
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
DIE	Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen
DIPF	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
EBS	EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.
ESF	Europäischer Sozialfonds
e. V.	eingetragener Verein
FS	Förderschule
FH	Fachhochschule
FOS	Fachoberschule
GBW	Gesellschaft für Qualifizierung, Aus- und Fortbildung im Rheingau-Taunus-Kreis mbH
GS	Grundschule
GY	Gymnasium
HC	HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus
HS	Hauptschule
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IGLU	Internationale Grundschul-Leseuntersuchung
i. Gr.	in Gründung
ISAPP	Institut Sozialer Arbeit für innovative Praxisforschung und Praxisentwicklung
IGS	Integrierte Gesamtschule
KGS	Kooperative Gesamtschule
KISS	Kindersprachscreening: Flächendeckende Sprachstandserfassung für 4–4 ^{1/2} -jährige Kinder in hessischen Kindertagesstätten
KiTA	Kindertagesstätte
LNR	LERNENDE NETZWERK REGION
LvO	Lernen vor Ort
PIRLS	Progress in International Reading Literacy Study
PISA	Programme for International Students Assessment
RÜM	Regionales Übergangsmanagement
RTK	Rheingau-Taunus-Kreis
RS	Realschule
SGB III	Sozialgesetzbuch III
vhs	Volkshochschule
WS	Wintersemester

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stufen des Bildungssystems	28
Abbildung 2: Bevölkerungsstand 2010 und Vorausberechnung 2030	31
Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung im Rheingau-Taunus-Kreis nach Städten und Gemeinden von 2006 bis 2030	32
Abbildung 4: Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen (Stand 2009)	33
Abbildung 5: Zahl der jüngeren Arbeitslosen und Anteil der Jugendarbeitslosigkeit in den Städten und Gemeinden (Jahresdurchschnitt 2009)	34
Abbildung 6: Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen (Vergleich 1995 und 2008)	35
Abbildung 7: Herkunft nicht-deutscher Bevölkerung im Rheingau-Taunus-Kreis (Stand 2008)	36
Abbildung 8: Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in den Städten und Gemeinden (Stand 2008)	37
Abbildung 9: Sozialversicherungspflichtige nach Branchen (Zeitreihe 1980 bis 2008)	38
Abbildung 10: Bildungsteilnehmer nach Bildungsbereichen (Stand 2009)	39
Abbildung 11: Ausbildungsstand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Zeitreihe 1999 bis 2008)	40
Abbildung 12: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschulabschluss und ohne Berufsausbildung (Stand 2008)	41
Abbildung 13: Kindertagesstätten und -plätze im Rheingau-Taunus-Kreis nach Trägern (Stand 2009)	43
Abbildung 14: Besuchsquote der Kindertagesbetreuung 0–3 Jahre und 3–7 Jahre (Stand 2009)	44
Abbildung 15: Anteil der früh und spät eingeschulten Kinder (Zeitreihe von 2005/06 bis 2009/10)	45
Abbildung 16: Geschlechterquoten: frühe und späte Einschulung (Schuljahr 2009/10)	46
Abbildung 17: Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis (Schuljahr 2009/10)	48
Abbildung 18: Versorgungsquote mit Ganztagsplätzen im Rheingau-Taunus-Kreis (Schuljahr 2009/10)	49
Abbildung 19: Übergangsquoten von der Grundschule in die Schulformen der Sekundarstufe I (Zeitreihe 2007/08 bis 2009/10)	50
Abbildung 20: Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe (Schuljahr 2009/10)	51

Abbildung 21: Abgangsquoten an allgemeinbildenden Schulen (Vergleich 2005/06 und 2009/10)	52
Abbildung 22: Abgangsquoten deutscher und nicht-deutscher Bevölkerung (Schuljahr 2009/10)	53
Abbildung 23: Schulformen und Schülerzahlen (Schuljahr 2008/09)	55
Abbildung 24: Ausbildungsbetriebsquote nach Größenklassen (Zeitreihe von 1995 bis 2008)	56
Abbildung 25: Ausbildungsbetriebsquote nach Branchen (Zeitreihe von 1999 bis 2008)	57
Abbildung 26: Ausbildungsquote nach Wirtschaftszweigen (Stand 2009)	58
Abbildung 27: Schüleranteile nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems (Stand 2009/10)	60
Abbildung 28: Schüleranteile nach Teilbereichen des Berufs- bildungssystems (Zeitreihe von 2005/06 bis 2009/10)	60
Abbildung 29: Verteilung junger Männer und junger Frauen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems (Stand 2009/10)	61
Abbildung 30: An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse (Zeitreihe von 2005/06 bis 2008/09)	62
Abbildung 31: Erfolgsquote der Abschlüsse an berufsbildenden Schulen (Stand 2008/09)	63
Abbildung 32: Studierende im Rheingau-Taunus-Kreis (WS 2009/10)	65
Abbildung 33: Herkunft der Studierenden (Stand WS 2008/09)	66
Abbildung 34: Hochschulabsolventen nach Fachgruppen (Zeitreihe von 2006 bis 2009)	67
Abbildung 35: Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Teilnehmer an der VHS (Stand 2008)	70
Abbildung 36: Anteil von Männern und Frauen an den Teilnehmern (Zeitreihe von 2000 bis 2008)	71
Abbildung 37: Beteiligungsquote an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit (Jahresdurchschnitt 2008)	72
Abbildung 38: Eintritte in Förderung der beruflichen Weiterbildung (Zeitreihe von 2000 bis 2008)	72
Abbildung 39: Beteiligungsquote nach Arbeitslosengruppen (Jahresdurchschnitt 2008)	73
Tabelle 1: Schulen mit Ganztagsangeboten (Schuljahr 2010/11)	48
Tabelle 2: Zahl der Teilnahmefälle an Volkshochschulen je 1000 Einwohner im Jahr 2008	70

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem ersten Bildungsbericht betritt der Rheingau-Taunus-Kreis Neuland in der systematischen Berichterstattung über das Bildungswesen in der Region. Er richtet sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die sich indirekt oder unmittelbar, ehrenamtlich oder hauptberuflich mit dem Thema Bildung auseinandersetzen, insbesondere an diejenigen, die Bildung im Landkreis aktiv mitgestalten.

Der vorliegende Bericht bietet erstmals eine Übersicht über das Bildungssystem im Landkreis und entspricht in seiner Darstellung dem heutigen Verständnis von lebenslangem Lernen. Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der nicht mit Schule, Studium oder Ausbildung endet. Auf der Basis systematisch aufbereiteter Daten geht der Bildungsbericht auf die Bereiche der frühkindlichen und schulischen Bildung, der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Weiterbildung ein. Er gibt Informationen über Rahmenbedingungen, Bildungsangebote und Bildungsteilnahme im Landkreis. Wichtige Sozialdaten, die den Zugang zu Bildungschancen maßgeblich mitbestimmen, werden zusätzlich einleitend abgebildet.

Die Bildungsberichterstattung ist eine wichtige Grundlage für die kommunale Steuerung und Planung von Bildungsaktivitäten und damit eine wertvolle Unterstützung für die Städte, Gemeinden und Bildungspartner im Kreis. Das Handeln vor Ort kann zielgerichtet und auf empirischer Basis gestaltet werden. Der Bildungsbericht macht regionale Unterschiede sichtbar und zeigt Entwicklungsaufgaben auf. Gleichzeitig werden auch Stärken der Region erkennbar, wie beispielsweise die erfreulich niedrige Quote der Schulabsolventen ohne Hauptschulabschluss im Rheingau-Taunus-Kreis. Hier zeigt sich die Wirkung langjähriger und intensiver Jugendbildungsmaßnahmen des Kreises, die im Auftrag von der **vhs** Rheingau-Taunus e.V. und der Gesellschaft für Qualifizierung, Aus- und Fortbildung im Rheingau-Taunus-Kreis mbH (GBW) durchgeführt werden.

Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Bildungsberichts beginnt der Rheingau-Taunus-Kreis mit dem Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagementsystems. Auf der ersten Bildungskonferenz im Landkreis werden die aktiven Bildungsakteure damit beginnen, erreichbare Bildungsziele für unsere Region gemeinsam zu erarbeiten und zu formulieren. Wir wollen bewirken, dass die Menschen im Rheingau-Taunus-Kreis noch bessere Bildungschancen erhalten und die Bildungsbeteiligung weiter erhöht wird. Dabei ist unter anderem die Förderung leistungsschwächerer oder benachteiligter Schülerinnen und Schüler von besonderer Bedeutung, ebenso wie die optimale Gestaltung von Bildungsübergängen.

Ermöglicht wurde der vorliegende Bildungsbericht durch das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Projekt **Lernen vor Ort** in der Fachstelle Bildung der Kreisverwaltung. Verbundpartner im Projekt ist das Büro LERNENDE NETZWERK REGION in der **vhs** Rheingau-Taunus e.V.





Allen, die an diesem ersten Bildungsbericht für den Rheingau-Taunus-Kreis mitgewirkt haben, gilt mein besonderer Dank. Für ihre Unterstützung bei der Erarbeitung des Berichts durch Datenauswertungen, Expertisen und Textbeiträgen danke ich außerdem dem Hessischen Statistischen Landesamt, der Bundesagentur für Arbeit, der Initiative HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus, dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), dem Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), dem Wiesbadener Kurier und unserem Stiftungspartner, der EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr. in Oestrich-Winkel.

Die Verantwortung für Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, an der wir alle gemeinsam arbeiten müssen. Eine systematische und kontinuierliche Bildungsberichterstattung erläutert strukturelle Bedingungen, schafft Transparenz und beschreibt Auffälligkeiten und Veränderungen im Bildungswesen. Die zusammengeführten Informationen erleichtern den für Bildung auf kommunaler Ebene Verantwortlichen die Steuerung und Weiterentwicklung der Bildungsaktivitäten vor Ort. Ein zukunftsweisendes Bildungsmanagement wird auf dieses wichtige Instrument künftig nicht mehr verzichten können, um lebenslanges Lernen attraktiv und nachfrageorientiert zu gestalten.

Die Attraktivität einer Kommune mit ihrer Wohn- und Lebenskultur hängt unmittelbar damit zusammen, welche Entwicklungspotenziale sie ihren Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen – die älter werdenden Menschen eingeschlossen – bietet. Leichte Zugänge zu Bildungsangeboten und gelingende Bildungsübergänge führen zu mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger. Familien wählen ihren Wohnort – ebenso wie Unternehmen ihren Standort – unter dem Aspekt einer guten Bildungsinfrastruktur aus. Bildung ist für die Zukunftsgestaltung unserer Region von entscheidender Bedeutung.

Im Rheingau-Taunus-Kreis hat Bildung ein Zuhause. Hier bei uns lernen die Menschen miteinander und voneinander. Ich freue mich auf eine gemeinsame Zukunft mit Ihnen in unserem lebenswerten und bildungsreichen Landkreis.

Herzliche Grüße
Ihr

Burkhard Albers
Landrat

Einleitung

Der erste kommunale Bildungsbericht gibt der interessierten Öffentlichkeit eine Übersicht über die regionale Bildungslandschaft. Der vorliegende Bildungsbericht enthält Informationen zum Projekt **Lernen vor Ort**, ausgewählte Daten zur regionalen Bildungssituation und eine Vorstellung wichtiger Bildungseinrichtungen vor Ort.

Lernen vor Ort ist ein Verbundprojekt des Rheingau-Taunus-Kreises und der vhs Rheingau-Taunus e.V. Im ersten Kapitel wird die Struktur der Zusammenarbeit erläutert und es finden sich aktuelle Informationen zu den bisherigen und geplanten Aktivitäten in den Aktionsfeldern des Projekts.

Mit dem Projekt **Lernen vor Ort** wird der Anspruch verbunden, ein kohärentes Bildungsmanagement in der Region zu schaffen und die Bildungsbeteiligung zu erhöhen. Vor Ort verlaufen die Bildungswege der einzelnen Bürger, angefangen vom Besuch der Kindertagesstätten bis zur beruflichen Ausbildung und darüber hinaus.

Um Lernen im Lebenslauf anschlussfähig zu gestalten, bedarf es einer Abstimmung regional vorhandener Bildungseinrichtungen. Aufgabe des Managements ist es, die betroffenen Akteure im Bildungsbereich in diesen Prozess einzubinden und Steuerungskonzepte zu entwickeln. Ein unverzichtbares Instrument, um das Bildungsmanagement auf eine solide Informationsbasis zu stellen, ist das Bildungsmonitoring.

Um Bildungsübergänge in der Praxis anschlussfähig zu gestalten, wird im Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule ein Konzept zur Förderung von Kindern unter aktivem Einbezug der Eltern entwickelt. Im Prozeß des lebenslangen Lernens nimmt die Bedeutung außerschulischer Bildung zu. Um Erwachsenen den Zugang zu Bildungsangeboten zu erleichtern, wird ein Konzept für eine professionellen Standards genügende Bildungsberatung entwickelt. Zudem werden Integrationslotsen ausgebildet, um speziell Migranten den Zugang zu Bildung zu erleichtern. Bildungsaktivitäten älterer Menschen im Bereich ehrenamtlichen Engagements werden durch die Erarbeitung eines Mustervertrages unterstützt, der die Rechte und Pflichten ehrenamtlich Tätiger und der sie beschäftigenden Einrichtungen verbindlich macht.

Im zweiten Kapitel werden ausgewählte Ergebnisse des kommunalen Bildungsmonitorings auf Grundlage der Daten der amtlichen Statistik dargestellt. Die ausgewählten Indikatoren und Kennzahlen geben einen ersten Überblick über die Stärken und Schwächen des regionalen Bildungssystems. Die Auswahl der Indikatoren konzentriert sich auf die (quantitative) Darstellung der Bildungsangebote für die jeweilige Bildungsstufe. Die Angabe der Teilnehmerzahlen bzw. Besuchsquoten gibt Aufschluss über die Nutzung des Angebots und die Abschluss- und Übergangsquoten geben einen ersten Überblick über den Bildungserfolg der Bildungsteilnehmergruppen.

Im letzten Kapitel finden sich die Selbstdarstellungen wichtiger, außerschulischer Bildungsinstitutionen im Rheingau-Taunus-Kreis. Die Selbstdarstellungen geben Informationen zum Angebot und zum Profil der jeweiligen Bildungseinrichtung sowie zu vorhandenen Beratungsangeboten.



1

Teil I

Modellhafte Ansätze eines Bildungsmanagementsystems im Rheingau-Taunus-Kreis



Kommunales Bildungsmanagement hat die Aufgabe, die vielfältigen kommunalen Bildungs- und Beratungsangebote aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Ziel des kommunalen Bildungsmanagements ist es, den Bürgerinnen und Bürgern das Bildungssystem vor Ort transparent zu machen, den Zugang zu Bildung zu vereinfachen und das Zusammenwirken von Entscheidungsträgern und Bildungseinrichtungen im Kreis optimal zu gestalten.

Der Rheingau-Taunus-Kreis gehört zu den bundesweit 40 Kommunen, darunter 17 Landkreise, die im Rahmen des Programms **Lernen vor Ort** durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden. **Lernen vor Ort** ist ein zentraler Bestandteil der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“, die 2009 durch die Bundesregierung ins Leben gerufen wurde. Ziel dieses Programms ist es, das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem in Qualität und Wirkungsbreite zu verbessern.

Lernen vor Ort soll ein zusammenhängendes und vernetztes Bildungswesen in den Gemeinden und Städten schaffen, um die einzelnen Bildungsbereiche – von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung in der nachberuflichen Lebensphase – für die Bürgerinnen und Bürger so zu verknüpfen, dass Lernen im Lebenslauf anschlussfähig wird und das regionale Bildungsangebot für die Bürger überschaubar wird. Das Programm soll langfristig die Bildungsbeteiligung erhöhen und den Menschen im Landkreis mehr Chancen zur persönlichen und beruflichen Entwicklung ermöglichen.

Lernen vor Ort wird gemeinsam von der **Fachstelle Bildung** des Rheingau-Taunus-Kreises und dem Büro LERNENDE NETZWERK REGION (LNR) der vhs Rheingau-Taunus e.V. umgesetzt. Dem Rheingau-Taunus-Kreis obliegt die Gesamtprojektleitung und damit die Federführung und verantwortliche Steuerung für die Ausrichtung des Projekts. Die **Fachstelle Bildung** entwickelt ein kommunales **Bildungsmanagementsystem**, führt ein **Bildungsmonitoring** ein, begleitet die Arbeit in einzelnen Aktionsfeldern in den Kommunen und sorgt für einen flächendeckenden Transfer der im Rahmen des Projekts entwickelten pädagogischen Konzepte im Kreis.

Die LNR übernimmt in dem Verbundvorhaben die Durchführung der Aufgaben in den operativen Aktionsfeldern **Bildungsberatung, Bildungsübergänge, Integration und Demografischer Wandel**. Sie kann dabei auf gewachsene Netzwerkstrukturen aufbauen, ihr Know-How in der Konzeption und Durchführung von Bildungsprojekten nutzen und auf den Ergebnissen früherer Projekte aufbauen.

Deutsche **Stiftungen**, die im Bildungsbereich aktiv sind, begleiten und unterstützen im Programm **Lernen vor Ort** gemeinsam mit dem BMBF die ausgewählten Kommunen auf ihrem Weg zur Entwicklung eines kohärenten Bildungsmanagementsystems. Stiftungen haben als Akteure der Bürgergesellschaft und unabhängige Impulsgeber in den letzten Jahren viele wichtige Bildungsthemen vorangebracht, von der frühkindlichen Bildung bis zur Integration. Sie sind an ihren Standorten bestens vernetzt und haben eine gute Kenntnis der örtlichen Bildungslandschaft. Deshalb hat eine Reihe von deutschen Stiftungen den „**Stiftungsverbund Lernen vor Ort**“ gegründet. Damit entsteht eine einzigartige, öffentlich-private Partnerschaft und Lerngemeinschaft zwischen Stiftungen, Kommunen und dem BMBF – zum praktischen und spürbaren Nutzen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

1. Die Aktionsfelder

Jede geförderte Kommune kooperiert mit einer Stiftung im Rahmen einer Grundpatenschaft. Im Rheingau-Taunus-Kreis begleitet und unterstützt die **Stiftung der EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.** in Oestrich-Winkel mit ihrem Know-How die Entwicklung und Umsetzung der Vorhaben in **Lernen vor Ort**. Im Themenfeld „Integration“ konnte zusätzlich die **Bürgerstiftung Taunusstein** für eine lokale Themenpatenschaft im Projekt **Lernen vor Ort** im Rheingau-Taunus-Kreis gewonnen werden.

1. Die Aktionsfelder

Im Projekt **Lernen vor Ort** werden von der **Fachstelle Bildung** im Rheingau-Taunus-Kreis und der LERNENDEN NETZWERKREGION in der **vhs** Rheingau-Taunus e.V. verschiedene Aufgaben in den Aktionsfeldern wahrgenommen. Die **Fachstelle Bildung** arbeitet an Themen der strategischen Planung des regionalen Bildungssystems, während die Projektstelle der **vhs** für die konkrete Umsetzung pädagogischer Maßnahmen in der Praxis zuständig ist. Die Aktivitäten in den praktischen Aktionsfeldern Bildungsberatung, Bildungsübergänge, Integration und demografischer Wandel werden von der **vhs** in enger Abstimmung mit der **Fachstelle Bildung** durchgeführt. Zur strategischen Planung in der **Fachstelle Bildung** gehören die Aktionsfelder Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring. Im Weiteren wird erläutert, wie das Konzept von Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring im Rheingau-Taunus-Kreis ausgestaltet wird (→ Kapitel 1.1).

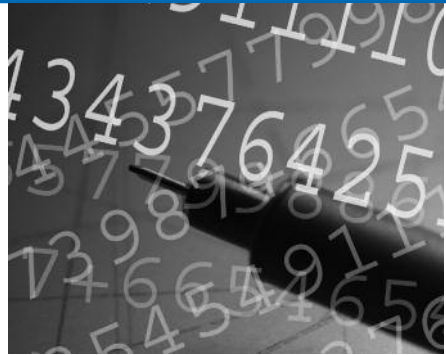
Im Rahmen des lebenslangen Lernens nimmt die Notwendigkeit von Bildungsberatung zu. Die Aktivitäten im Projekt umfassen Maßnahmen zum Aufbau einer Angebotsinfrastruktur und zur Verbesserung der Qualität von Bildungsberatung (→ Kapitel 1.2).

Um die Anschlussfähigkeit des Lernens im Lebenslauf zu sichern, ist die Verbindung bisher getrennter Zuständigkeiten im Bildungssystem erforderlich. Im Übergang KiTA – Grundschule wird im Projekt **Lernen vor Ort** die Erziehungspartnerschaft von Kindertagesstätten und Grundschulen sowie Eltern gefördert. Die Umsetzung des Konzepts des Lebenslangen Lernens erfordert zusätzlich den aktiven Einbezug der Lernenden bei der Gestaltung der regionalen Bildungslandschaft. Im Übergang von der Erwerbsphase in die Nacherwerbsphase werden selbstorganisierte Bildungsprojekte älterer Menschen gefördert (→ Kapitel 1.3).

Für bestimmte Zielgruppen müssen aufgrund sich wandelnder, gesellschaftlicher Bedingungen pädagogische Konzepte angepasst werden. Eine der aktuellen, gesellschaftlichen Herausforderungen ist die Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund. Die Ausbildung von Integrationslotsen im Rheingau-Taunus-Kreis soll den Zugang zu Bildung erleichtern (→ Kapitel 1.4). Der demografische Wandel verlangt neue Bildungskonzepte, die den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung gerecht werden. Das Projekt **Lernen vor Ort** setzt seinen Schwerpunkt auf die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements (→ Kapitel 1.5).

1.1 Aktionsfeld I und II: Kommunales Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring

Im Frühjahr 2010 fand die Auftaktveranstaltung von **Lernen vor Ort** mit der Bundestagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Süssmuth und Prof. Dr. Döbert (DIPF) als Referenten in der EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr. Oestrich-Winkel statt. Während Prof.



Dr. Süssmuth die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen bei der Gestaltung des Bildungssystems hervorhob, bei der insbesondere der lokalen Ebene eine besondere Bedeutung zukommt, weil hier die Erfahrungen vorlägen, welche Bildungsformen vor Ort benötigt würden, erläuterte Prof. Dr. Döbert die Potenziale des Bildungsmonitorings als Steuerungsinstrument, um datengestützt Strategien zur Entwicklung des Bildungssystems entwickeln zu können.

Zur Umsetzung einer kommunalen Bildungsstrategie sind einerseits Netzwerkstrukturen nötig. Es ist daher notwendig, neue Bildungspartnerschaften ins Leben zu rufen. Lebenslange, lernortbezogene Bildung ist nur durch ressortübergreifende, zielorientierte Verantwortungsgemeinschaften im Zusammenwirken von Landkreis, Kommunen, Bildungsträgern und den Menschen vor Ort möglich. Andererseits muss ein wirksames Bildungsmanagement auf klaren Fakten basieren, um das kommunale Bildungswesen zielgerichtet weiterentwickeln und gestalten zu können. Die Einführung eines kommunalen Bildungsmonitorings soll die Verantwortlichen vor Ort darin unterstützen, spezifische Problemlagen im Bildungsbereich zu erkennen und frühzeitig auf gesellschaftliche Entwicklungstrends zu reagieren.

Das Bildungsmonitoring erhebt deshalb systematisch und regelmäßig Daten und Strukturmerkmale im regionalen Bildungswesen. Es umfasst alle Formen von Berichtssystemen (amtliche Statistik, Studien, Vergleichsarbeiten, Daten der Kinder- und Jugendhilfe etc.). Die Daten hierzu werden aus unterschiedlichen Quellen gewonnen. Aufgabe des Bildungsmonitorings ist es, Informationen über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen für Bildungspolitik und Öffentlichkeit bereitzustellen.

Aufgrund von Vergleichszahlen ist es möglich, Stärken und Schwächen des regionalen Bildungsangebots zu erkennen und auf dieser Basis strategische Zielvorgaben zur Weiterentwicklung des Bildungssystems zu formulieren. Die Zahlen geben, wenn sie zukünftig kontinuierlich in Zeitreihe berichtet werden, Hinweise über den Erfolg bildungspolitischer bzw. pädagogischer Maßnahmen.

Somit bietet das Bildungsmonitoring die Möglichkeit zur Darstellung, Beobachtung und Analyse von Entwicklungen im Bildungssystem. Es macht das Bildungsgeschehen in der Region transparent und bildet damit die Grundlage für öffentliche Diskussionen zum Bildungsgeschehen und zu politischen Entscheidungen.

Kern eines übergreifenden Bildungsmonitorings ist die Bildungsberichterstattung. Hier hat der Rheingau-Taunus-Kreis im Rahmen des Projekts **Lernen vor Ort** den ersten, grundlegenden Bildungsbericht vorgelegt. In den Folgejahren wird der Bildungsbericht mit thematischen Vertiefungen und spezifischen Analysen zu prioritären Themen fortgeschrieben.

Die Bildungsberichterstattung unterstützt regionale Bildungspolitik und Verwaltung bei ihren Steuerungsaufgaben. Sie liefert Wissen, das benötigt wird, um entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, zu begründen oder umzusteuern. Ende 2010 tritt die erste **Bildungskonferenz** im Rheingau-Taunus-Kreis zusammen, um ein kommunal gestaltetes Bildungsmanagement zu entwickeln. Im Dialog mit den kreisangehörigen Kommunen, der Kreispolitik, den öffentlich geförderten und staatlichen Bildungsträgern, Kammern, Verbänden und anderen Bildungspartnern, entwirft die **Fachstelle Bildung** einen Bildungsplan für den Landkreis. Themen, die für die Region Priorität haben, werden ausgewählt, Stärken und Schwächen werden identifiziert. Die Bildungskonferenz soll konkret erreichbare Ziele formulieren, die von allen Beteiligten im Sinne einer Vereinbarung formuliert und im Prozess der Umsetzung des Bildungsplans auf ihre Erreichung und Wirkung hin überprüft werden.

Weitere wichtige Partner, die unmittelbar in das Bildungsmanagement eingebunden werden, sind Projekte aus dem Bildungswesen mit ähnlichen Zielsetzungen. Hierzu gehört beispielsweise das **Regionale Übergangsmanagement (RÜM)**, das im **Bildungsübergang Schule – Beruf** die regionalen Akteure miteinander vernetzt, um die beruflichen Eingliederungsprozesse junger Menschen im Rheingau-Taunus-Kreis bedarfsgerechter, systematischer und anschlussorientierter zu gestalten. Oder auch die **Qualifizierungsoffensive**, die Betriebe bei der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit mit Hilfe passgenauer Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt, um zur Verbesserung der Qualität, Information und Transparenz der beruflichen **Weiterbildung** im Landkreis beizutragen.

Zeitgleich zur Auftaktveranstaltung von **Lernen vor Ort** 2010 wurde die projekteigene Webseite im Rheingau-Taunus-Kreis frei geschaltet (www.lernen-vor-ort.net). Die Fachstelle Bildung und die LNR veröffentlichen gemeinsam auf den Seiten und in einem Newsletter regelmäßig Projekttermine und Veranstaltungsankündigungen sowie aktuelle Projektinformationen und Arbeitsergebnisse in den verschiedenen Aktionsfeldern.



1.2 Aktionsfeld III: Bildungsberatung

Mit der Bedeutung des lebenslangen Lernens nimmt nicht nur die Notwendigkeit des Weiter- und Neulernens zu. Auch die Wege und Möglichkeiten des Lernens werden vielfältiger. Aufgrund der wachsenden Komplexität der Bildungslandschaft steigt der Bedarf der Bürgerinnen und Bürger an professioneller Beratung und kompetenter Information, um ein passendes

Bildungsangebot auszuwählen. Insbesondere Menschen, die sich nicht routiniert durch die Bildungslandschaft bewegen, profitieren von Bildungsberatungsangeboten. Bildungsberatungsstellen sollen im Idealfall für alle Bürger **offen und trägerunabhängig** sein. In den letzten Jahren sind im Rheingau-Taunus-Kreis viele neue Bildungsberatungsangebote entstanden, die sich inhaltlich und qualitativ unterscheiden. Neben offen zugänglichen Bildungsberatungsstellen existiert

eine Vielzahl zielgruppenspezifischer Beratungsangebote z.B. in sozialen Einrichtungen, in Schulen, im Jobcenter oder in den Hochschulen. Daneben gibt es auch freiberuflich tätige Berater, die individuelles Coaching anbieten. Eine umfassende Übersicht über alle Bildungsberatungsangebote im Rheingau-Taunus-Kreis liegt bisher nicht vor.

Ein Ziel der Bildungsberatung ist es, durch Information, Reflexion und Motivation Bildungsbarrieren abzubauen und den Zugang zu Bildung zu erleichtern. Die Anforderungen an die Berater werden hierbei immer größer. Sie müssen auf die spezifische Lebenssituation des Einzelnen eingehen und die individuellen, lernbiographischen Voraussetzungen des Klienten berücksichtigen. Gleichzeitig benötigen Bildungsberater umfassende Informationen über Anbieter von Aus- und Weiterbildung im regionalen Umfeld. Einige Bildungsberater in der Region haben bereits an einer Ausbildung teilgenommen, da **beraterische Kompetenz** ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine gelungene Beratung ist.

Das Ziel von **Lernen vor Ort** im Handlungsfeld Bildungsberatung ist das Erarbeiten eines umfassenden **Qualitätsentwicklungsrahmens** für die Bildungsberatung im Rheingau-Taunus-Kreis und die Schaffung eines **Beratungsnetzwerkes**.

Aufgabenpaket der LNR

Die Entwicklung und Umsetzung des **Qualitätsentwicklungsrahmens** erfolgt in enger Kooperation mit den Bildungsberatungsanbietern im Rheingau-Taunus-Kreis. Zur Professionalisierung und Sicherung der Qualität der Einzelberatungen müssen **Qualitätsstandards** ermittelt, gesetzt und überprüft werden. Dazu gehören die Schaffung angemessener institutioneller Rahmenbedingungen, in denen Beratung stattfinden kann, die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsberatung, die Beschreibung von Standards für den Beratungsprozess in Form von Gesprächstechniken und Steuerung von Gesprächsabläufen, die Festlegung von Mindestqualifikationen und -kompetenzen für Berater und die Entwicklung von Verfahren und Instrumenten zur Dokumentation und Evaluation. Die Professionalität der Beratung soll darüber hinaus kontinuierlich verbessert werden, indem Aus- und Fortbildungen für Berater entwickelt werden, fachlicher Austausch organisiert wird und in den Einrichtungen geeignete Bedingungen für die Durchführung von Beratungsgesprächen geschaffen werden.

Seit Anfang 2010 hat die Entwicklung von Qualitätsstandards für Bildungsberatung mit Weiterbildung Hessen e.V. begonnen. An der Erarbeitung waren die wichtigsten hessischen Anbieter von Bildungsberatung beteiligt. Monatlich fanden ein bis zwei Konzeptionstreffen statt, so dass Ende Mai 2010 das vorläufige Ergebnis den Ministerien und der interessierten Fachöffentlichkeit vorgestellt werden konnte. Im Rheingau-Taunus-Kreis begann parallel die Erarbeitung eines Konzeptes für die Übertragung der Qualitätsstandards in diejenigen Einrichtungen des Rheingau-Taunus-Kreises, in denen qualifizierte Bildungsberater tätig sind. Die in Zusammenarbeit mit Weiterbildung Hessen e.V. entwickelten Qualitätsstandards in den ausgewählten Qualitätsbereichen „Beratungsprozess“, „Professionalisierung“ und „Evaluation“ sollen in Kooperation mit den Entwicklungspartnern des HESSENCAMPUS Rheingau + Taunus umgesetzt werden. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus (HC) wurde Ende Mai 2010 eine Befragung der HC-Bildungsberater durchgeführt, um den Handlungsbedarf in Bezug auf Qualitätsverbesserung aus der Sicht der Berater zu erfahren. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in die Konzeption eingeflossen.

Um Mitarbeiter in Bildungseinrichtungen, für die Beratung nicht zu den Kernaufgaben zählt, für ihre Beratungsarbeit professionell zu qualifizieren, wird zurzeit ein zweitägiges Curriculum entwickelt, das erprobt und anschließend überarbeitet wird. Darauf aufbauend werden Fortbildungen zu speziellen, von den Bildungsberatern gewünschten Themen konzipiert.

Aufgabenpaket der Fachstelle Bildung

Die **Fachstelle Bildung** führt im Aktionsfeld Bildungsberatung in **Lernen vor Ort** eine **Bestandsaufnahme** durch. Ziel ist die Identifizierung regionaler Bildungsberater und die Ermittlung von Beratungsschwerpunkten. Zu diesem Zweck wurden potenzielle Bildungsberater in den entsprechenden Einrichtungen angeschrieben und um die Einordnung ihres Tätigkeitsbereiches gebeten. Diese Selbstauskunft wird zurzeit ausgewertet. Im nächsten Schritt sind weiterführende, an den entwickelten Qualitätsstandards angelehnte Befragungen geplant.

Für die Bürger und Bürgerinnen entsteht durch die Bestandsaufnahme **Transparenz** über das regionale Bildungsberatungsangebot. Bürger und Bürgerinnen mit einem allgemeinen Beratungsinteresse können sich an offen zugängliche Bildungsberatungsstellen wenden, die als erste Anlaufstelle fungieren. Diejenigen mit konkretem Beratungsbedarf können sich an Bildungsberater mit spezialisiertem Beratungsangebot wenden.

Der Aufbau eines **Berater-Netzwerkes** wird auf Grundlage der Bestandsaufnahme weitergeführt. Ziel ist der Ausbau und die Erweiterung bereits vorhandener Netzwerkansätze. Die durch die Bestandsaufnahme ermittelten Berater werden mit in das bestehende Beraternetzwerk eingebunden, um den professionellen Austausch zu fördern und um gegebenenfalls Ausbildungsbedarf aufzudecken.

Darüber hinaus übernimmt die **Fachstelle Bildung** die Aufgabe, **regionale Weiterbildungsangebote** für Erwachsene zu ermitteln und zu bewerten. Ziel ist es, den Weiterbildungsmarkt transparent zu machen und Angebotslücken aufzudecken. Zu diesem Zweck wurde eine weitere Bestandsaufnahme durchgeführt. Angaben zu Programmbereichen, Zielgruppen, Veranstaltungsorten und den Kontaktdaten der Einrichtung wurden im Internet recherchiert und den Einrichtungen zur Überprüfung elektronisch zugesandt. In die Erhebung sind alle Weiterbildungsträger im Rheingau-Taunus-Kreis einbezogen worden, darüber hinaus alle Weiterbildungsträger in Wiesbaden, die auch für den Rheingau-Taunus-Kreis zuständig sind oder hier Veranstaltungen durchführen. Aktuell liegt die Rücklaufquote bei 40%. Weitere knapp 200 Weiterbildungseinrichtungen (darunter 90 Kirchengemeinden) sind derzeit angefragt. Die Ergebnisse der Erhebung werden von der **Fachstelle Bildung** in einem **Weiterbildungsatlas** im Jahr 2011 vorgestellt (→ Kapitel 7).

1.3 Aktionsfeld IV: Bildungsübergänge

Im Lebensverlauf gibt es zahlreiche Bildungsübergänge, die jeder Mensch durchläuft. Bildungsübergänge sind Lebensphasen, die mit einschneidenden Veränderungen der persönlichen Lebenssituation einhergehen können. Bildungsübergänge stellen daher besondere Anforderungen an das individuelle Bewältigungsvermögen. Die Stufen des Bildungssystems unterscheiden sich aufgrund verschiedener ordnungspolitischer Zuständigkeiten in Struktur und Lernkultur erheblich voneinander. Diese Unterschiede sind strukturell bedingt und erklären sich aus der historischen Entwicklung der einzelnen Bildungssysteme.

Einen kritischen Übergang stellt der Wechsel von der Grundschule in die Schulformen der Sekundarstufe I dar (→ Kapitel 4.3). Die Veränderung des sozialen Umfelds und erhöhte Leistungsanforderungen können belastend auf einzelne Schüler wirken und unter Umständen starke Verunsicherungen auslösen. Schulwahlentscheidungen an dieser Schwelle des Bildungssystems werden von Seiten der Eltern besondere Bedeutung zu gemessen, weil hier oftmals die Weichen für die spätere Bildungskarriere gestellt werden.

Der Übergang vom Schulsystem in das berufsbildende System ist ebenfalls nicht unproblematisch. Viele Jugendliche sind nicht genügend auf diesen Übergang vorbereitet – sei es durch fehlende Bildungsberatungsangebote oder dadurch, dass im Schulsystem zu wenig Praxiserfahrungen möglich sind. Zudem zeigt das berufsbildende System eine hohe Anfälligkeit für konjunkturelle Schwankungen, so dass individuelle Ausbildungswünsche sich nicht immer verwirklichen lassen (→ Kapitel 5.3). Das Projekt **Regionales Übergangsmanagement** hat zum Ziel, die unterschiedlichen Akteure, die an diesem Übergang beteiligt sind, wie z.B. Schulen, Berufsschulen, auszubildende Betriebe, Vertreter der Arbeitgeber usw., in ein Netzwerk einzubinden. Die gemeinsamen Bestrebungen richten sich auf eine strategische Gestaltung dieses Überganges, um letztlich die Zahl von Jugendlichen ohne Bildungs- und Berufsabschluss zu reduzieren.



Bildungsübergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule

Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule ist erst in den letzten Jahren verstärkt in das öffentliche Interesse gerückt. Kindertagesstätten haben seit den 90er Jahren einen offiziellen **Bildungsauftrag** (→ Kapitel 3). Die ernüchternden Ergebnisse von Leistungsstudien haben zur häufig geäußerten Forderung geführt, frühkindliches Lernen sollte stärker als bisher gefördert werden. Damit stellt sich nun für die betroffenen Einrichtungen die Herausforderung, frühkindliches Lernen in der Kindertagesstätte anschlussfähig für schulisches Lernen zu machen. Im Projekt **Lernen vor Ort** wird im Aktionsfeld Übergang Kindertagesstätte – Grundschule der aktive Einbezug der Eltern bei der Gestaltung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule gefördert.

Ausgehend von Ergebnissen der Lern- und Hirnforschung ist die Bedeutung des frühkindlichen Lernens in den letzten Jahren stärker in das öffentliche Interesse gerückt. Dabei kommt speziell in Hessen der Umsetzung des „Bildungs- und Erziehungsplanes für Kinder von 0–10 Jahren“ eine besondere Bedeutung zu. Der **Hessische Bildungs- und Erziehungsplan** orientiert sich dabei an einem umfassenden Bildungskonzept. Er beschreibt das Verständnis von Bildung und Erziehung für Kinder auf der Grundlage der Erkenntnisse aus Entwicklungspsychologie, den Neurowissenschaften und der Erziehungswissenschaft. Für Schulen gilt der Bildungs- und Erziehungsplan als verpflichtend in der Umsetzung. Für Kindertagesstätten hat er bisher einen empfehlenden Charakter.

Im Bildungs- und Erziehungsplan wird unter anderem die Bedeutung eines möglichst bruchlosen Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule he-

rausgehoben. Dies macht die Kooperation aller am Übergang beteiligten Personen – die aktive **Einbeziehung und Mitwirkung der Eltern** eingeschlossen – notwendig. Darüber hinaus ist es wünschenswert, dass die Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen einen verbindlichen Charakter bekommen, in dem sie z. B. schriftlich vereinbart werden. Eine weitere Aufgabe innerhalb des Projektvorhabens **Lernen vor Ort** ist die Entwicklung eines transferfähigen **Übergangsmanagement-Konzepts**.

Aufgabenpaket Lernen vor Ort im RTK

Eltern, Lehrer und Erzieher arbeiten bereits vereinzelt in kommunalen Arbeitskreisen an der Verbesserung des Übergangs von der Kindertagesstätte zur Grundschule. Es gibt bisher keine umfassende Übersicht zum Status Quo in der Region. Aus diesem Grund wurde von der **Fachstelle Bildung** im Rheingau-Taunus-Kreis in der ersten Projektphase von **Lernen vor Ort** eine **Bestandsaufnahme** in den 17 Städten und Gemeinden durchgeführt. Dabei handelte es sich um eine Vollerhebung in allen 104 Kindertagesstätten und 33 Grundschulen des Landkreises. Ziel der Bestandsaufnahme ist es, vorhandene Arbeitsstrukturen zu dokumentieren und Daten zur Qualität der Kooperationen zu erheben. Dabei orientierten sich die ausgewählten Fragestellungen an den Handlungsempfehlungen des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans, der Bertelsmann-Stiftung und des „Forum Bildung“. Das sogenannte **„Taunussteiner Modell“** hat in der Region einen Vorbildcharakter für Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen und Eltern, so dass die **Fachstelle Bildung** bei der Entwicklung von Kriterien für die Erhebung bereits auf ein gelungenes Praxisbeispiel zurückgreifen konnte.

Erhoben wurden formale **Aspekte der Kooperation**: Die Beteiligten (Kindertagesstätten, Grundschule und Eltern), die Kooperationsform (schriftlich oder mündlich) und die Anzahl der Arbeitstreffen pro Jahr. Zusätzlich wurde ein Themenblock entwickelt, der Fragen zur Qualität der Kooperation umfasst: In diesem geht es um die pädagogische Gestaltung des Übergangs (gegenseitige Besuche von KITA-Kindern und Grundschulern, gemeinsame Ausflüge, gemeinsame Durchführung von Projekten u.ä.). Ein weiterer Themenblock befasst sich mit den Formen der Zusammenarbeit auf der Ebene des pädagogischen Personals (gemeinsame Teilnahme an Arbeitskreisen, gemeinsame Fortbildungen und gemeinsame Durchführung von Informationsveranstaltungen für Eltern u.ä.). Weiterhin wurde der Unterstützungsbedarf der Kindertagesstätten beim Aufbau von Kooperationen erfragt.

Die Thematik **Sprachförderung** wurde vertieft erhoben. Die Ergebnisse internationaler Vergleichsuntersuchungen wie PISA haben zu der Erkenntnis geführt, dass Sprachförderung früh ansetzen muss, um spätere Lerndefizite, z. B. im Bereich der Lesekompetenz, zu vermeiden. Inwieweit Sprachstandserhebungen in Kindertagesstätten durchgeführt werden, ob die MitarbeiterInnen an entsprechenden Fortbildungen teilgenommen haben und ob die Eltern bei der gezielten Sprachförderung ihrer Kinder unterstützt werden, wurde in der Erhebung ebenfalls abgefragt. Ergänzend dazu wurden für die Darstellung im Bildungsbericht die pädagogischen Profile der Kindertagesstätten erfasst, um das Bildungsangebot im Elementarbereich abbilden zu können (→ Kapitel 3.1).

Ende 2009 wurde die Erhebung in den Kindertagesstätten durchgeführt und erzielte eine Rücklaufquote von 100%. Im Frühjahr fand eine entsprechende Befragung der Grundschulen mit einem überarbeiteten Fragebogen statt. Auch hier betrug die Rücklaufquote 100%.

Die Ergebnisse zeigen, dass 96 % der Kindertagesstätten im Rheingau-Taunus-Kreis eine Kooperationsvereinbarung mit einer Grundschule abgeschlossen haben, davon 22 % auf schriftlicher Basis. In den Kindertagesstätten, in denen eine schriftliche Kooperationsvereinbarung vorliegt, hat das in 70 % der Kindertagesstätten zu einer stärkeren Einbindung der Eltern geführt. Ein Zusammenhang mit der Qualität der Kooperation lässt sich indes nicht feststellen. Eine schriftliche Kooperationsvereinbarung ist offensichtlich keine Voraussetzung für die Intensität der Übergangsaktivitäten.

Inhaltliche Schwerpunkte der Kooperation bilden gegenseitige Besuche und der Austausch über den Entwicklungsstand einzelner Kinder. Das geben jeweils über 90 % der befragten Einrichtungen an. Eine Abstimmung zu Konzepten zur Sprachförderung findet dagegen seltener statt. 42 % der Kindertagesstätten und 40 % der Grundschulen geben an, dass eine Abstimmung erfolgt. Die vollständigen Ergebnisse der Erhebung finden sich unter www.lernen-vor-ort.net.

Aufgabenpaket von Lernen vor Ort in der LNR

Die Projektstelle der **vhs** Rheingau-Taunus e. V. übernimmt die Entwicklung und Erprobung eines **Übergangsmanagement-Konzepts** für den Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule in einer Modellkommune. Geplant ist der Transfer des Gesamtkonzepts in weitere Kommunen des Landkreises.

Aufgrund der Ergebnisse der Bestandsaufnahme und nach ersten Planungs- und Entwicklungsgesprächen mit kommunalen Entscheidungsträgern und Leitern der Bildungseinrichtungen wurde **Heidenrod als Modellkommune** ausgewählt. Ende März 2010 wurde vom Projekt **Lernen vor Ort** in Heidenrod eine erste Informationsveranstaltung zur Einführung in die Thematik durchgeführt. Eingeladen und vertreten waren Amtsleiter der Gemeinde Heidenrod, die kommunale Bereichsleitung für Kindertagesstätten, die Leitungskräfte und Mitarbeiter aller Heidenroder Kindertagesstätten und Grundschulen sowie die Elternvertreter dieser Institutionen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden die Ziele und Vorhaben des Projekts vorgestellt. Innerhalb weniger Wochen erfolgte die offizielle Zusage zur Projektmitarbeit von Seiten der Entscheidungsträger.

Als **Kooperationspartner** für die Erarbeitung eines Übergangskonzepts konnte die **Pädagogische Akademie Elisabethenstift in Darmstadt** gewonnen werden, die Qualifizierungen und Fortbildungen zum Bildungs- und Erziehungsplan anbietet. Zum Auftakt des Teilprojekts wurde eine öffentliche Abendveranstaltung durchgeführt. Ein Mitarbeiter der Pädagogischen Akademie Elisabethenstift hielt einen Vortrag über das frühkindliche Lernen, basierend auf den neuesten Ergebnissen der Lern- und Hirnforschung. Hierzu waren alle Heidenroder Eltern von Kindergarten- und Grundschulkindern sowie die Mitarbeiter und Leitungskräfte der beteiligten Bildungseinrichtungen eingeladen. Bürgermeister und Mitarbeiter der Gemeinde Heidenrod waren ebenfalls anwesend. Die Teilnehmerzahl belief sich auf ca. 100 Personen, so dass insgesamt von einer positiven Resonanz gesprochen werden kann (ausführlicher Bericht unter www.lernen-vor-ort.net).

Zur Erarbeitung des Übergangskonzepts wird eine Arbeitsgruppe gebildet, ihre konstituierende Sitzung findet im Herbst 2010 statt. Eine Mitarbeiterin der Akademie wird die Arbeitsgruppe leiten, die aus Vertretern der Leitungsebenen, der Mitarbeiter und der Elternvertretung aller Heidenroder Kindergärten und Grundschulen besteht. Für die Leitungskräfte ist die Teilnahme verpflichtend. Die Treffen sind im zweimonatigen Turnus vorgesehen. Im Frühjahr 2011 werden die

Ergebnisse der Arbeitsgruppe in Form eines Elternworkshops öffentlich vorgestellt. Der Workshop richtet sich in erster Linie an Eltern von Kindergartenkindern. Diese sind direkt von der Thematik Übergang Kindertagesstätte – Grundschule betroffen. Weitere interessierte Eltern, Pädagogen und Erzieher sind ebenfalls willkommen.

Ein zweiter Teil des Projektvorhabens sieht vor, die in Heidenrod erarbeiteten Konzepte in einer zweiten Kommune für türkische Eltern anzubieten. Die im Projekt entwickelten Konzepte für Veranstaltungen und Workshops sollen in die türkische Sprache übersetzt und an die spezifischen Bedürfnisse dieser Zielgruppe angepasst werden. Die zweite Modellkommune wird im Herbst 2010 ausgewählt.



Bildungsübergang Erwerbsphase – nachberufliche Lebensphase

Bisher hat der Übergang von der Erwerbstätigkeit in die nachberufliche Phase wenig Beachtung in der öffentlichen Diskussion gefunden. Dieser Wechsel stellt keinen klassischen Bildungsübergang zwischen zwei Stufen des Bildungssystems dar, sondern vielmehr den Wechsel von einer Lebensphase in eine andere. Die neue Generation älterer Mitbürger ist aufgrund allgemein verbesserter Lebensbedin-

gungen – anders als die Generation zuvor – meist noch sehr aktiv. Davon ausgehend stellt sich die Frage, welche Lernmöglichkeiten geschaffen werden können, die den Bedürfnissen älter werdender Menschen entsprechen. Im Projekt **Lernen vor Ort** soll ein „Forum Aktives Älterwerden“ im Rheingau gegründet werden, das als Anlaufstelle für selbstorganisierte Bildungsprojekte dient.

Im Handlungsfeld „Bildungsübergang Erwerbsphase – nachberufliche Lebensphase“ soll für ältere Menschen, die kurz vor dem Ruhestand stehen oder die sich bereits im Ruhestand befinden, Zugänge und Wege zu selbstorganisiertem Lernen erweitert werden. Damit sollen Möglichkeiten geschaffen werden, den Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand erfolgreich zu bewältigen und diese Lebensphase eigenverantwortlich und bewusst zu gestalten. Im Projekt **Lernen vor Ort** ist geplant, dass die **Fachstelle Bildung** und das Projektbüro in der **vhs** gemeinsam mit Akteuren aus der Region ein Konzept für ein „Forum Aktives Älterwerden“ entwickeln und umsetzen. Die genauen Themenschwerpunkte werden gemeinsam erarbeitet. Ein Themenschwerpunkt könnte z.B. die Förderung „bürgerschaftlichen Engagements“ sein. Ziel ist die Entwicklung eines Konzepts, das sowohl die individuellen Lernbedürfnisse älterer Menschen, als auch den regionalen Bedarf berücksichtigt.

Im Aktionsfeld „Bildungsübergang Erwerbsphase – nachberufliche Lebensphase“ wurde von der **Fachstelle Bildung** in der ersten Projektphase eine **Bestandsaufnahme der Bildungsangebote** im Rheingau-Taunus-Kreis durchgeführt. Mit der Bestandsaufnahme wird die Transparenz des Bildungsangebots für ältere Menschen erhöht. Beim Aufbau des „Forums Aktives Älterwerden“ werden lokale Initiativen und die spezifische Struktur bereits bestehender Bildungsangebote im Rheingau berücksichtigt. Die Bestandsaufnahme zeigt, dass es im Rheingau eine dichte und eng verzahnte Vereinskultur gibt, in der selbstorganisiertes

Lernen stattfindet. Eine Funktion des „**Forum Aktives Älterwerden**“ wird in der Förderung und dem Ausbau bereits bestehender Strukturen und Initiativen liegen. Durch Vernetzung und Kooperation soll ein bedarfsgerechtes und aufeinander abgestimmtes Bildungsangebot für ältere Bürger im Rheingau etabliert werden. Durch Schaffung von Bildungsberatungsangeboten wird der Zugang zu passenden Bildungsangeboten erleichtert.

Das Vorhaben „**Forum Aktives Älterwerden**“ wurde im Rahmen einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Aus dieser Veranstaltung heraus hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der ein Konzept erstellt. In mehreren Sitzungen sind Informationen über vorhandene Einrichtungen ausgetauscht worden, wie z. B. das Seniorenbüro in Idstein oder die „Leitstelle Älterwerden“ in Taunusstein, die sich bereits erfolgreich zur Anlaufstelle für bildungsinteressierte, ältere Bürger entwickelt hat. Die Themenschwerpunkte des geplanten „**Forum Aktives Älterwerden**“ im Rheingau werden zusammen mit den Beteiligten ermittelt und festgelegt.

Da der Aufbau eines „**Forum Aktives Älterwerden**“ ein längerer Prozess ist, wird gleichzeitig ein erster praktischer Einstieg in das Projektvorhaben realisiert. Dazu ist eine Homepage geplant, die von älteren Mitbürgern gemeinsam mit Studenten der EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr. – dem Stiftungspartner des Projekts **Lernen vor Ort** – entwickelt wird. Die Homepage dient als „Marktplatz“, auf dem Anbieter ihre Aktivitäten im Bereich „Bürgerschaftliches Engagement“ öffentlich machen und Interessenten die für sie passende Tätigkeit finden können. Struktur und Funktionen der Homepage werden gemeinsam von den Senioren und den Studenten entwickelt. Die Studenten vermitteln den beteiligten Senioren Fertigkeiten im Umgang mit dem Internet, so dass diese die Pflege der Homepage nach der Fertigstellung eigenverantwortlich weiterführen können. Ab Februar 2011 soll die Homepage onlinefähig sein und zur Nutzung freigegeben werden. Derzeit wird von der **Fachstelle Bildung** geprüft, inwieweit sich die geplante Homepage mit der, im Aufbau befindlichen, Online-Ehrenamtsbörse im Rheingau-Taunus-Kreis verknüpfen lässt.

Weiterhin plant das Projektbüro der **vhs** eine Fortbildung für Arbeitnehmer, die sich kurz vor dem Wechsel von der Erwerbsphase in die nachberufliche Lebensphase befinden. Die Fortbildung wird sich mit den Möglichkeiten und Chancen des Übergangs in die Nacherwerbsphase befassen und einen inhaltlichen Schwerpunkt auf das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ setzen. Einrichtungen und Institutionen aus dem Rheingau, die ehrenamtlich tätige Menschen beschäftigen, werden sich im Rahmen dieser Fortbildung vorstellen, so dass erste Kontakte zwischen Interessenten und Einrichtungen geknüpft werden können. Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Aktionsfeld ist die Umsetzung neuer Erkenntnisse der psychologischen Lernforschung und der neurobiologischen Hirnforschung in eine altersgerechte Didaktik. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass ältere Menschen anders lernen. So setzen z. B. ältere Menschen in Lernprozessen Erfahrungswissen stärker als jüngere Menschen ein. Neulernen fällt ihnen dagegen schwerer. Neben dem reinen Wissenserwerb ist das Interesse an sozialen Kontakten bei älteren Menschen ein weiteres wichtiges Motiv für die Teilnahme an Bildungsangeboten. Dies gilt es bei der Planung von Weiterbildungsangeboten für ältere Menschen zu berücksichtigen. Um Bildungsaktivitäten in der Seniorenarbeit zu professionalisieren, soll ein altersgerechtes, didaktisches Konzept entwickelt werden und Fortbildungen für diejenigen angeboten werden, die in der Bildungsarbeit mit Senioren tätig sind.

Ältere Menschen bringen einen Schatz an Erfahrungswissen mit, der ihnen selbst

oft nicht bewusst ist. Um Kompetenzen transparent zu machen, die im Erwerbsleben und in der Freizeit erworben wurden, soll ein Verfahren zur Feststellung von Kompetenzen entwickelt werden. Bereits vorhandene Instrumente zur Erfassung und Beschreibung von Kompetenzen werden geprüft und an die Bedürfnisse dieser Zielgruppe angepasst. Nach der Entwicklungsphase soll das Instrument allen Akteuren in diesem Übergang zur Verfügung gestellt werden.

1.4 Aktionsfeld V: Integration

Im Rheingau-Taunus-Kreis leben 2008 15.970 Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit unterschiedlicher Herkunft (→ Kapitel 2.4). Dazu kommen ca. weitere 15.000 deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund. Viele von ihnen finden keinen Zugang zu Beratungsdiensten, öffentlichen Einrichtungen oder kulturellen Angeboten. Kommunale Angebote sind ihnen oft nicht bekannt. Wer an der Gesellschaft aktiv teilhaben und seinen Kindern die gesellschaftliche Integration erleichtern möchte, braucht Orientierung. Dazu müssen die entsprechenden kommunalen Angebote bekannt sein.



Um nicht-deutschen Bürgern den Zugang zu öffentlichen Institutionen zu vereinfachen, ist im Rahmen des Projekts **Lernen vor Ort** im Aktionsfeld Integration die **Ausbildung von ehrenamtlichen Integrationslotsen an zwei Standorten im Rheingau-Taunus-Kreis** vorgesehen. Um die Beratungsdienstleistung der Integrationslotsen nachhaltig zu etablieren, wird eine Anbindung an eine kommunale Einrichtung angestrebt. Dazu gehört ein Büro mit entsprechender Ausstattung, das den Bürgern als Anlaufstelle und den Integrationslotsen als Raum für Fortbildungen und Teambesprechungen dient. Um ehrenamtlicher Arbeit mehr Anerkennung zukommen zu lassen, sind finanzielle Aufwandsentschädigungen für die Integrationslotsen wünschenswert. Bei den ehrenamtlich Tätigen handelt es sich oftmals um Menschen, die bereit sind, ihre Zeit zu investieren und die ihre Mitmenschen gern unterstützen, aber selbst nicht in der Lage sind, finanzielle Mittel für notwendige Materialien und Fahrtkosten einzubringen.

Zielgruppe für die Ausbildung zum Integrationslotsen bzw. zur Integrationslotsin sind **gut integrierte Migrantinnen und Migranten**. Voraussetzung für die Teilnahme an der Ausbildung sind gute Deutschkenntnisse, Kenntnisse des lokalen Umfeldes und kommunikative Kompetenzen bzw. eine gute Kontaktfähigkeit. Integrationslotsen haben eine Vermittlungs- und Brückenfunktion zwischen der aufnehmenden Gesellschaft und den unterschiedlichen Migrantengruppen. Sie können Menschen mit Migrationshintergrund, die Orientierungsschwierigkeiten haben, den Zugang zu gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere auch zu Bildungsinstitutionen, erleichtern. Das Tätigkeitsfeld eines Integrationslotsen umfasst einen breiten Aufgabenbereich. Zugewanderten Bürgern einer Kommune, die die deutsche Sprache noch nicht gut genug beherrschen, die unsicher sind und Hemmungen im Kontakt mit öffentlichen Stellen haben, wird praktische Un-

terstützung geboten, z.B. durch Hilfe beim Ausfüllen eines Formulars oder mit Übersetzungsdienstleistungen bei Behördenbesuchen.

Die **Inhalte der Ausbildung** umfassen Grundlagen der Kommunikation, der Gesprächsführung und der Beratung. Die angehenden Integrationslotsen werden im Rahmen der 80 Unterrichtseinheiten umfassenden Ausbildung über die Aufgaben öffentlicher Institutionen in Idstein informiert. Vertreter von Ausländerbehörden, Erziehungsberatungsstellen, Gesundheitsamt, Job-Center, Allgemeiner Lebens- und Schwangerenberatung, Polizei und Schule stellen ihre Einrichtungen vor. Damit haben die Integrationslotsen die Möglichkeit, sich direkt bei den Mitarbeitern über die Dienste der unterschiedlichen öffentlichen Institutionen zu informieren und Informationsmaterial mitzunehmen.

Die Stadt Idstein ist die erste Kommune im Rheingau-Taunus-Kreis, in der Integrationslotsen ausgebildet wurden. Die Ausbildung von zehn Frauen fand im Frühjahr 2010 im Quartiersbüro der Stadt statt und wurde im Sommer 2010 im Rahmen einer kleinen Feierstunde mit der Übergabe der Zertifikate vom Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises und vom Bürgermeister der Stadt Idstein abgeschlossen (→ www.lernen-vor-ort.net). Die Integrationslotsinnen haben ihre Arbeit nach den Sommerferien aufgenommen und sind nun im **Quartiersbüro der Stadt Idstein** angesiedelt. Es werden feste Sprechzeiten angeboten. Eine telefonische Kontaktaufnahme ist ebenfalls möglich. Ein Flyer in vier verschiedenen Sprachen informiert über das Angebot der Integrationslotsinnen und liegt an öffentlichen Orten, wie Bibliotheken, Schulen usw., aus.

In Ergänzung zur Grundausbildung sind weitere **Fortbildungen** geplant. Dabei sollen bereits bestehende, öffentliche Fortbildungsangebote in Idstein genutzt werden. Mögliche Themenfelder reichen von der Bildungsarbeit in Kindertagesstätten, über Gesundheitsberatung bis hin zur Teamarbeit bzw. vernetzter Arbeit im Quartiersbüro. Diese Angebote sind als Ergänzung zur Grundausbildung gedacht. Je nach Interesse und persönlicher Kompetenz werden sich die Idsteiner Integrationslotsinnen im weiteren Projektverlauf auf bestimmte Themen spezialisieren, z.B. Beratung zu Übergängen im Bildungssystem. Im September wird die erste Fortbildung zum Thema ‚Rhetorik und Selbstpräsentation‘ stattfinden. Ein begleitendes Coaching soll die Selbstreflexionsfähigkeit der Integrationslotsinnen und ihre Fähigkeit zur Teamarbeit stärken.

Die Ausbildung einer **zweiten Gruppe von Integrationslotsen** ist im Rheingau geplant. Zurzeit finden Koordinierungs- und Sondierungsgespräche statt. Im Rheingau gibt es bereits vielfältige Integrationsmaßnahmen für Migranten. Daher wird eine Kooperation mit bereits bestehenden Organisationen, Initiativen und Projekten angestrebt und ein ergänzendes Angebot geplant. Die Ausbildung der Integrationslotsen soll auf bildungsrelevante Themen fokussiert werden.

Das Angebot der **Integrationslotsen im Rheingau** soll niedrigschwellig sein. Ein Schwerpunkt des Einsatzes der Integrationslotsen besteht darin, die Adressaten in ihrem sozialen Umfeld, z.B. der Schule, aktiv aufzusuchen. Auch im Rheingau soll es eine feste Anlaufstelle für die Ratsuchenden geben, mit festgelegten Sprechzeiten und telefonischer Kontaktmöglichkeit. Auch für diese Ausbildungsgruppe sollen Coaching- und Fortbildungsangebote vorgehalten werden.

Um die Wirksamkeit der Ausbildung zu prüfen, wird von der **Fachstelle Bildung** eine begleitende **Evaluation** durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde ein Instrument zur Dokumentation der Beratungsgespräche entwickelt. Dokumentiert werden der Inhalt der Beratung, Ergebnisse und Vereinbarungen sowie persönliche Eindrücke der Integrationslotsinnen. In Zusammenarbeit mit dem **Institut**

Sozialer Arbeit für innovative Praxisforschung und Praxisentwicklung (ISAPP), Wiesbaden, ist für 2011 eine Studie zur Analyse kritischer Situationen im Beratungsprozess geplant. Dazu werden Interviews und Gruppendiskussionen mit den Integrationslotsinnen und ihren Klienten durchgeführt.



1.5 Aktionsfeld VI: Demografischer Wandel

Bedingt durch den demografischen Wandel stellt sich die Aufgabe, wie eine Gesellschaft mit einer älter werdenden Bevölkerung gestaltet und wie die gesellschaftliche Teilhabe derjenigen gesichert werden kann, die aus dem Erwerbsleben austreten. Bisher sind die Potenziale und Ressourcen älterer Menschen nicht ausgeschöpft worden. Dabei bringen gerade ältere Menschen mit einem langen

Erwerbsleben ein umfangreiches **Erfahrungswissen** mit, das sie in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gewinnbringend einsetzen können. Lebenslanges Lernen hat aber auch für die Individuen Vorteile: Neueste Forschungsergebnisse aus der Hirnforschung und der Gerontologie zeigen, dass sich ein **aktiver Lebensstil** positiv auf Lebensqualität, Lernfähigkeit und Gesundheit auswirkt.

Durch das Älterwerden der „Babyboomer-Generation“ nimmt die Zahl jüngerer Senioren zu, die finanziell abgesichert sind und über freie Zeit verfügen. Viele Menschen sind heute auch am Ende ihres Erwerbslebens aktiv und leistungsfähig. Damit wird die Gruppe derer größer, die bereit und in der Lage sind, ein **Ehrenamt** zu übernehmen. Ehrenamtliches Engagement findet bisher wenig Anerkennung. Die gesellschaftlichen Leistungen, die ehrenamtlich Tätige für das Gemeinwesen erbringen, werden noch nicht ausreichend gewürdigt. Daher ist der Bereich des ehrenamtlichen Engagements für viele Bürger noch nicht attraktiv genug, um selbst aktiv zu werden. Die Etablierung einer **Kultur der Anerkennung** ist gerade deshalb in diesem Bereich sehr wichtig.

Ziel der Aktivitäten im Aktionsfeld „Demografischer Wandel“ ist die Steigerung der Qualität des bürgerschaftlichen Engagements in gemeinnützigen Einrichtungen. Um die **Qualität** ehrenamtlicher Arbeit im Rheingau-Taunus-Kreis zu steigern, sind vom Projektbüro der **vhs** Literaturrecherchen durchgeführt worden: Neuere Untersuchungen, wie z.B. der Freiwilligensurvey, haben gezeigt, dass sich die Einsatzbereitschaft potenziell ehrenamtlich tätiger Bürger verändert hat. Der gesellschaftliche Wandel verlangt von den Individuen eine höhere berufliche Mobilität und Flexibilität. Dadurch ist die Bereitschaft gesunken, langfristige Verbindlichkeiten in der Freizeit einzugehen. Dazu kommt, dass Menschen heutzutage oftmals vielfältige Interessen haben. Die komplexer gewordene Lebenswelt erhöht die Zahl regelmäßiger Verpflichtungen. Das bedeutet, dass verschiedene Aktivitäten im Alltag koordiniert werden müssen und dass die Zeit für ehrenamtliche Mitarbeit begrenzt ist. Zudem wählen Ehrenamtliche den Tätigkeitsschwerpunkt, für den sie sich engagieren möchten, gezielt nach den eigenen Interessenlagen aus. Diese „**neue Ehrenamtlichkeit**“ stellt veränderte An-

forderungen an die Strukturen, in denen bürgerliches Engagement stattfinden kann und sie erfordert darüber hinaus neue Formen der Ansprache von Menschen, um sie für das Ehrenamt zu gewinnen.

Die Generation, die jetzt in den Ruhestand wechselt, ist im Vergleich zu vorhergehenden Generationen gut ausgebildet und sehr aktiv. Diese Generation hat durch das allgemein gestiegene Bildungsniveau eine veränderte Erwartungshaltung gegenüber ehrenamtlicher Arbeit. Die jüngeren Senioren möchten sich aktiv in vorhandene institutionelle Strukturen einbringen und ihren ehrenamtlichen Einsatz bewusst mitgestalten. Die Einrichtungen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, sind daher gefordert, die Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern im Dialog zu gestalten. In der Praxis zeigt sich, dass es nicht einfach ist, die Interessen der Ehrenamtlichen mit den Zielen gemeinnütziger Einrichtungen in Einklang zu bringen. Auch die Interessenlagen der Nutznießer ehrenamtlicher Arbeit können von den Interessen der Ehrenamtlichen erheblich abweichen. Wenn jemand älteren Menschen im Alltag helfen möchte, muss diese Form ehrenamtlicher Tätigkeit klar von professioneller Altenhilfe abgegrenzt sein.

Um die gegenseitigen Erwartungshaltungen schon im Vorfeld transparent zu machen und um Interessenkonflikten vorzubeugen, ist im Projekt **Lernen vor Ort** die Erarbeitung eines Modellvertrags vorgesehen. Im **Modellvertrag** sollen sowohl die Motivation und die Interessenlagen der Ehrenamtlichen, als auch die der Einrichtungen, die Ehrenamtliche beschäftigen, berücksichtigt werden.

Eine schriftliche Vereinbarung kann ein geeignetes Mittel sein, um Bedingungen des Einsatzes individuell – in Bezug auf die jeweilige Person und deren Tätigkeitsfeld – zu klären und Rechte und Pflichten der Vertragspartner verbindlich festzulegen. Eine solche Festschreibung ist für ehrenamtlich Tätige notwendig, um ihr Einsatzgebiet gegenüber den Tätigkeitsbereichen fest angestellter Mitarbeiter genau abzugrenzen. Dazu gehört, dass die Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Arbeit, wie bspw. Einsatzort und -umfang, Aufgabeninhalte und Versicherungsschutz, aber auch die Leistungen der Einrichtung wie z.B. das Angebot an Fortbildungen, im Vertrag festgehalten werden. In einem gemeinsamen Workshop wird von ehrenamtlich Tätigen und Vertretern gemeinnütziger Einrichtungen ein Mustervertrag entwickelt und anschließend anderen Institutionen und Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis zur Verfügung gestellt.

Weiterbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige sind wichtig, um die Qualität und die Attraktivität des ehrenamtlichen Engagements zu steigern. Durch Weiterbildungsangebote wird nicht nur die Voraussetzung geschaffen, dass sie ihre Tätigkeiten mit fachlich fundiertem Wissen wahrnehmen, sie schaffen auch eine zusätzliche Anreizstruktur für ehrenamtliches Engagement: Weiterbildungen bieten die Möglichkeit, sich persönlich weiterzuentwickeln und neue Kompetenzen zu erwerben.

Im Rahmen von **Lernen vor Ort** werden die Weiterbildungsbedarfe der Ehrenamtlichen identifiziert und entsprechende Angebote konzipiert. Die Weiterbildungsangebote beziehen sich thematisch auf die Inhalte ehrenamtlicher Arbeit und berücksichtigen gleichermaßen die Bedürfnisse von Ehrenamtlichen und Institutionen. Die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten wird in Kooperation mit einer Kommune umgesetzt. Dabei werden bereits bestehende Angebote berücksichtigt. Der Kontakt zu einer interessierten Kommune wurde bereits aufgenommen.



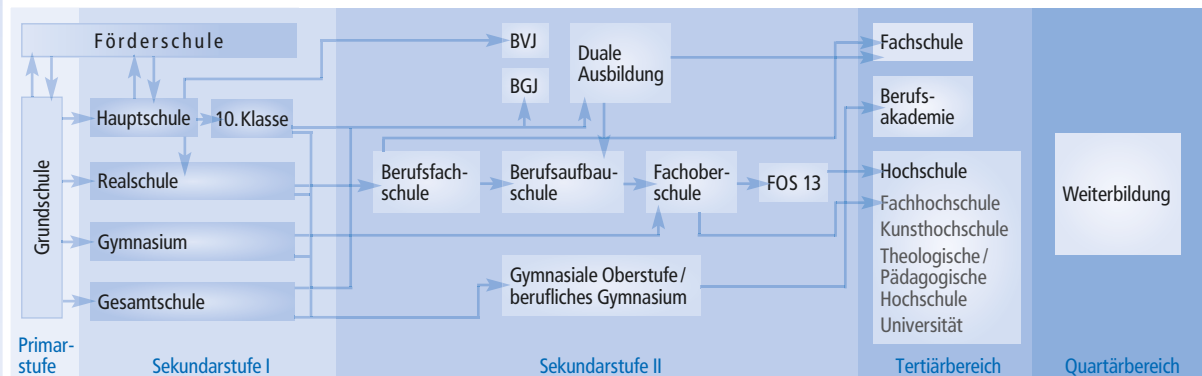
2

Teil II

Das Bildungssystem
im Rheingau-Taunus-Kreis
Rahmenbedingungen,
Bildungsangebot
und Bildungsteilnehmer



Abbildung 1
Stufen des Bildungssystems
Quelle: Wikipedia



Im ersten Bildungsbericht werden Eckdaten zum regionalen Bildungsangebot im Rheingau-Taunus-Kreis berichtet. Ein Schwerpunkt des Bildungsberichts 2010 liegt auf den sogenannten Kontextindikatoren. Der demografische Wandel, die spezifische Wirtschaftsstruktur der Region und die Bevölkerungsstruktur sind entscheidende Rahmenbedingungen, die bei der Planung des regionalen Bildungsangebots berücksichtigt werden müssen.

In Ergänzung dazu folgt eine Darstellung der Teilnehmerzahlen pro Bildungsstufe, um einen Überblick über die Nutzung des regionalen Bildungsangebots zu geben. Daten zu den Übergängen im Bildungssystem liefern Hinweise darauf, wie Bildungskarrieren bestimmter Bevölkerungsgruppen verlaufen, welchen Brüchen Bildungsbiographien ausgesetzt sind und an welchen Stellen Korrekturen erfolgen. Informationen zu Bildungsverläufen sind bedeutsam, da nicht-gelinge bzw. diskontinuierliche Bildungsübergänge sich oftmals ungünstig in der Biographie von Menschen auswirken. Daten der amtlichen Statistik lassen bisher nur allgemeine Aussagen über Bildungsverläufe zu¹, so gibt z. B. der Indikator Jugendarbeitslosigkeit Auskunft darüber, inwieweit der Übergang von der Schule in die Berufsbildung gelingt. Die Darstellung der Abgangs- und Absolventenzahlen sind wichtige Indikatoren zur Bewertung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems.

2. Regionale Rahmenbedingungen

Gesellschaftliche bzw. wirtschaftliche Veränderungen beeinflussen das Bildungssystem nachhaltig und tiefgreifend. Die Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte haben eine Beschleunigung von Veränderungen in Bezug auf Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Mobilität der Bevölkerung bewirkt. Die Auswirkungen globaler Prozesse sind regional spürbar und müssen lokal bewältigt

werden. Die Abnahme niedrig qualifizierter Arbeit im industriellen Produktionsbereich und die in den letzten Jahrzehnten gestiegenen Bevölkerungsanteile von Personen mit Migrationshintergrund sind zwei Beispiele für diese Veränderungen, die sich auch regional im Bildungsbereich niederschlagen. Damit allen Bürgerinnen und Bürgern ein ökonomisch und kulturell selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben möglich ist, sind insbesondere bei der Förderung und Qualifizierung bildungsferner Bevölkerungsgruppen größere Anstrengungen erforderlich.

Umgekehrt ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region abhängig von der Leistungsfähigkeit regionaler Bildungseinrichtungen. Betriebe und Unternehmen sind abhängig von gut qualifizierten Absolventen. Für potenzielle Arbeitgeber ist ein ausgebautes und qualitativ gutes Bildungssystem ein entscheidender Standortfaktor für die Bewertung der Attraktivität einer Region und wichtiges Kriterium für die Ansiedlung von Unternehmen.

Die für den Bildungsbericht ausgewählten Kennziffern und Indikatoren zur demografischen Entwicklung, zum Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, zur Jugendarbeitslosigkeit und zur sozialen Risikolage von Kindern sind wichtige Hintergrundinformationen für die Entwicklung von Steuerungsstrategien im Bildungsbereich und für die praktische Bildungsplanung in der Region. Eine kontinuierliche Fortschreibung der Indikatoren unterstützt Entscheidungsträger im Bildungssystem bei der Beobachtung von Entwicklungen vor Ort und ermöglicht es den Entscheidungsträgern, flexibel auf Veränderungen zu reagieren.

Insbesondere im Elementarbereich und im Schulbereich stellt die Abnahme der Kinderzahlen eine entscheidende Planungsgröße dar, um ein wohnortnahes Bildungsangebot zu sichern. Die Schulentwicklungsplanung ist vom demografischen Wandel unmittelbar betroffen und wird sich auf kleinere Jahrgänge einstellen müssen. Drohenden Schulschließungen bei kleineren Grundschulen muss entgegenwirkt werden, um das regionale Schulangebot nach dem Prinzip „Kurze Beine, Kurze Wege“ zu sichern.

Der demografische Wandel wird dazu führen, dass sich das Bildungsangebot verschiebt und verstärkt Bildungsangebote für ältere Bevölkerungsgruppen vorgehalten werden (→ Kapitel 1.3). Es ist zudem denkbar, dass in Zukunft Lernorte verstärkt von verschiedenen Bevölkerungsgruppen gemeinsam genutzt werden, um flächendeckend Bildungseinrichtungen für alle Altersgruppen aufrechterhalten zu können (→ Kapitel 8.8).

Nach der Phase des Auf- und Ausbaus des Bildungssystems in den 70er Jahren, hervorgerufen durch geburtenstarke Jahrgänge, wird es angesichts des Geburtenrückganges in den nächsten Jahren darum gehen, verstärkt in die Qualität von Bildung zu investieren. Durch die demografische Entwicklung wird sich der Trend verstärken, dass Bildungsanbieter in Konkurrenz um die Teilnehmer treten. Die Bildungsanbieter entwickeln zunehmend eigenständige Profile und das Bildungsangebot in der Region wird in Zukunft stärker über die Nachfrage als über das Angebot gesteuert.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Schulleistungen und sozialem Hintergrund. Kinderarmut ist ein Risikofaktor für gelingende Bildungsbiographien. Armut beeinflusst die soziale Lebenslage von Kindern und schränkt ihre Zukunftschancen erheblich ein. Arme Kinder sind in der Regel mehrfach benachteiligt (multiple Deprivation) und weisen unter anderem gravierende Defizite im Sprachverhalten auf. Lernbenachteiligungen lassen sich schon zu Beginn





der Einschulung feststellen und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass sich Lerndefizite über die Schulzeit hinweg verstärken. Der Bildungsrückstand führt zu schlechteren Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und in Folge davon zu einem höheren Risiko von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein. Für die Planung präventiver Maßnahmen stellt die soziale Lage von Kindern somit einen wichtigen Indikator dar.

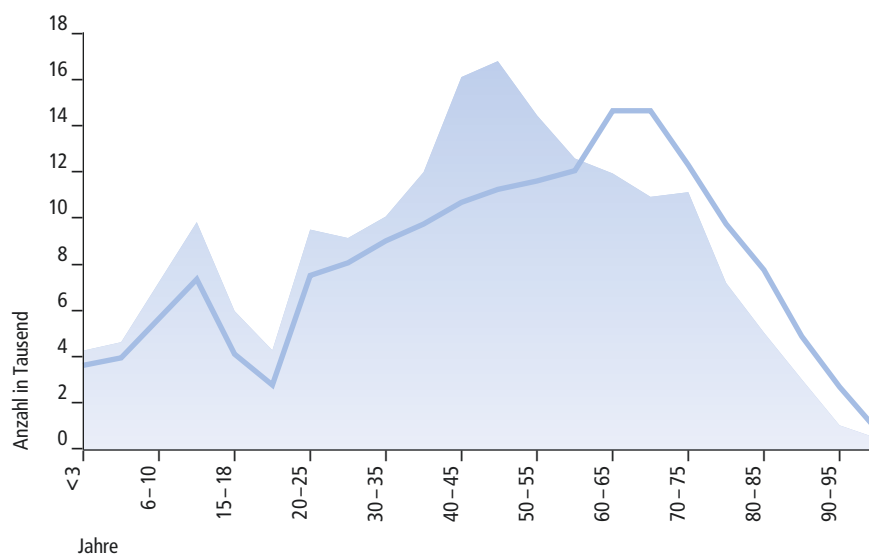
Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wirken sich insbesondere auf das berufliche Bildungssystem aus. Der Trend zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft geht mit einem Trend zur Akademisierung einher und zieht eine Verwissenschaftlichung von Ausbildungsberufen nach sich. Effekte auf das Berufswahlverhalten lassen sich bereits feststellen. Insbesondere Frauen wählen Berufe in diesem Berufssegment, während Männer traditionell häufiger Berufe im produzierenden Gewerbe wählen und in Folge dessen stärker von Jugendarbeitslosigkeit bedroht sind. Im Zug der demografischen Entwicklung ist damit zu rechnen, dass es im berufsbildenden Bereich in den nächsten Jahren zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt kommen wird bzw. sogar zu einer Umkehrung von Angebot und Nachfrage.

Die soziale Lage der Bevölkerung und der wachsende Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind weitere wichtige Einflussfaktoren, die das Bildungssystem unmittelbar betreffen. Besonders Migranten sind eine der Hauptrisikogruppen, die von Bildungsarmut bedroht sind. Internationale Schulleistungsuntersuchungen zeigen wiederholt, dass die Leistungsunterschiede zwischen einheimischen und ausländischen Schülern besonders ausgeprägt sind. Nicht zuletzt hängt das mit der eher ungünstigen sozialen Lage von Migranten hierzulande zusammen. Es ist damit zu rechnen, dass sich im Zug der demografischen Entwicklung der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern mit schwachem sozialen Hintergrund im Bildungssystem erhöhen wird. Das Wirtschaftssystem wird verstärkt auf diese Bevölkerungsgruppen angewiesen sein, um den prognostizierten Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Das Bildungssystem wird mit der Herausforderung konfrontiert, auf die wachsende Heterogenität der Teilnehmer zu reagieren, in dem es Bildungsangebote entsprechend anpasst und methodisch-didaktische Arrangements stärker auf individuelle Förderung ausrichtet.

Der Bildungsstand der Bevölkerung hat Bedeutung für die Steuerung und Planung des regionalen Bildungsangebots. Vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen werden zukünftig stärkere Qualifizierungsleistungen notwendig, um den Innovationstransfer in das Beschäftigungssystem zu leisten, da nicht mehr genügend junge Absolventen als Wissensträger nachrücken. Um den Anteil qualifizierter Arbeitskräfte konstant zu halten, muss ein größerer Anteil der Altersjahrgänge zu höheren Abschlüssen geführt werden. Der Bildungsstand der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bevölkerung ist eine wichtige Planungsgröße im Bereich allgemeiner und beruflicher Weiterbildung. Allgemein gilt, je höher der individuelle Bildungsstand ist, umso höher ist die Bereitschaft an Weiterbildung teilzunehmen. Personen mit niedrigem Bildungsstand können in der Regel nur über niedrigschwellige Angebote und aufsuchende Arbeit erreicht werden. Ein hoher Anteil von Personen ohne Berufsabschluss in der Bevölkerung erfordert Überlegungen zur Planung regionaler Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung.

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Die Gesamtbevölkerungszahl im Rheingau-Taunus-Kreis beträgt am 31.03.2010 nach Angaben der amtlichen Statistik 183.210 Personen. Bis 2030 kann auf Basis der Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes ein Bevölkerungsrückgang von 6,7% prognostiziert werden. Die Zahl der potenziell erwerbstätigen Bevölkerung im Alter von 15–65 Jahren wird von 2010 bis 2030 sogar um 17% von 120.000 auf 100.000 zurückgehen (→ Abbildung 2). Durch die zurückgehende Zahl der Bevölkerung wird sich die Zahl der Bildungsteilnehmer reduzieren und die Zahl älterer Erwerbstätiger erhöhen. Die Planung des regionalen Bildungsangebots wird sich mittel- und langfristig darauf einstellen müssen.



Die Bevölkerungsentwicklung wirkt sich nach Berechnungen der Hessen-Agentur regional unterschiedlich aus. Es werden nicht alle Städte und Gemeinden gleich stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein (→ Abbildung 3). Für die Gemeinden Kiedrich, Taunusstein und Hünstetten wird sogar eine Bevölkerungszunahme prognostiziert.

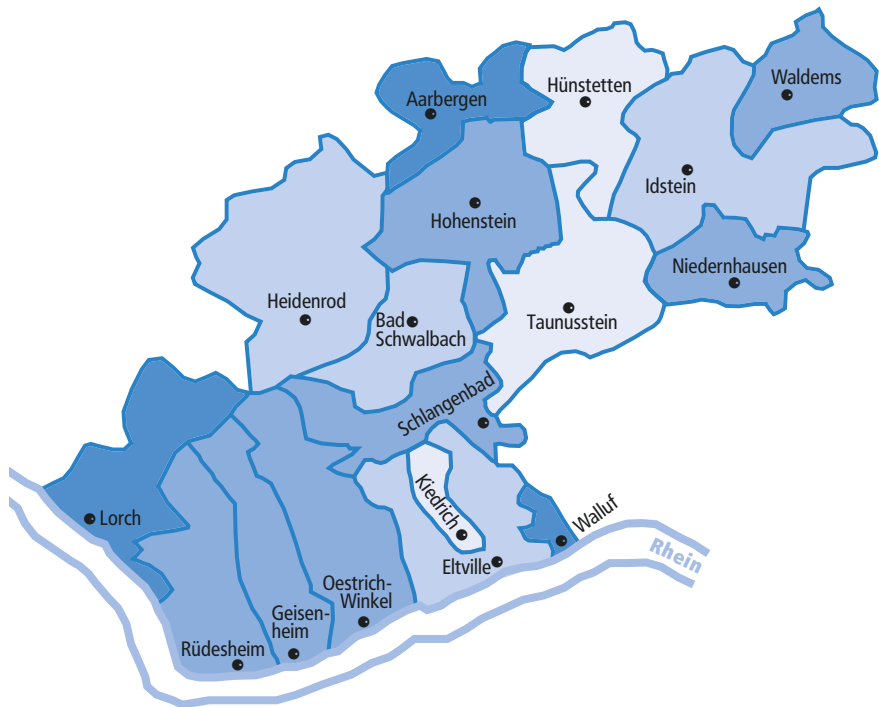
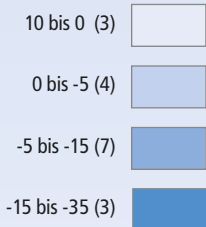
6,7% Bevölkerungsrückgang bis 2030

Abbildung 2
Bevölkerungsstand 2010 und
Vorausberechnung 2030
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Abbildung 3

Bevölkerungsentwicklung im
Rheingau-Taunus-Kreis nach
Städten und Gemeinden
von 2006 bis 2030
Veränderung in %
Anzahl der Kommunen in
Klammern
Quelle: Hessenagentur



Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausrechnung

Grundlage ist die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausrechnung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die von der Grundannahme einer Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern je Frau, einer durchschnittlichen Lebenserwartung für Männer von 83,5 Jahren und für Frauen von 88,0 Jahren und einem Wanderungssaldo von ca. 100.000 Personen ausgeht.

**9,3% der Kinder im Alter
von 0–14 sind von Armut
betroffen**

2.2 Soziale Risikolagen bei Kindern

Im Rheingau-Taunus-Kreis leben 2009 im Durchschnitt 2.201 Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Das entspricht 9,3% der Kinder gemessen an der Altersgruppe der 0–14jährigen. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der Kinder in Bedarfsgemeinschaften in dieser Altersgruppe, mit Stand Dezember 2008, in Wiesbaden bei 23,9%, in Mainz bei 17,6% (Quelle: Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden, 2010) und hessenweit bei 14,6%. Im Vergleich mit städtischen Ballungszentren und dem Landesdurchschnitt ist die Kinderarmut im Rheingau-Taunus-Kreis geringer, allerdings zeigt sich im Vergleich zwischen den Städten und Gemeinden deutliche Unterschiede (→ Abbildung 4).

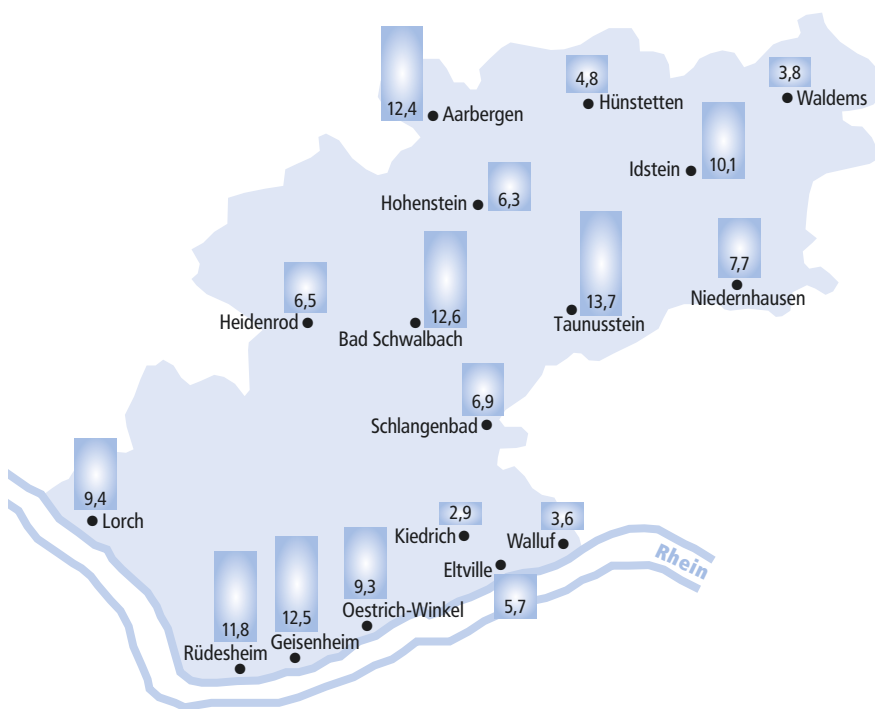


Abbildung 4

Anteil der Kinder, die Sozialgeld beziehen (Stand 2009)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Methodische Erläuterungen

Soziale Lage von Kindern

Der Indikator zur sozialen Lage weist den Anteil der Kinder unter 15 Jahren aus, die in einer Bedarfsgemeinschaft mit Bezug von Arbeitslosengeld II leben. Die Daten der Bundesagentur für Arbeit werden monatlich erhoben. Der Indikator wird aus dem Jahresdurchschnitt berechnet.

In Industrienationen wird häufig die relative Kinderarmut erhoben. Als arm gilt demnach, wer ein Einkommen hat, welches unter dem gewichteten Durchschnittseinkommen liegt. Nach dieser Definition dürfte der Anteil der Kinder, die in einem Haushalt leben, in dem weniger als das Durchschnittseinkommen zur Verfügung steht, höher liegen als der durch den Indikator angegebene Anteil.

2.3 Jugendarbeitslosigkeit

Der Indikator zur Jugendarbeitslosigkeit beschreibt, wie leicht bzw. wie problematisch der Übergang von schulischer Bildung in die berufliche Ausbildung vonstatten geht (→ Kapitel 5.2 und 5.3). Im Jahr 2009 waren im Durchschnitt 429 Jugendliche von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 25 Jahren, beträgt der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen 2,27% und liegt damit deutlich unter dem Landeswert von 3,5%.

Die Jugendarbeitslosigkeit im Rheingau-Taunus-Kreis liegt 2009 anteilig an der Zahl der Arbeitslosen bei 9,8% und ist damit ebenfalls niedriger als auf Landes-

9,8% der Arbeitslosen sind zwischen 15–25 Jahre alt

ebene. In Hessen beträgt der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen 11,1 % gemessen an der Zahl der Arbeitslosen insgesamt.

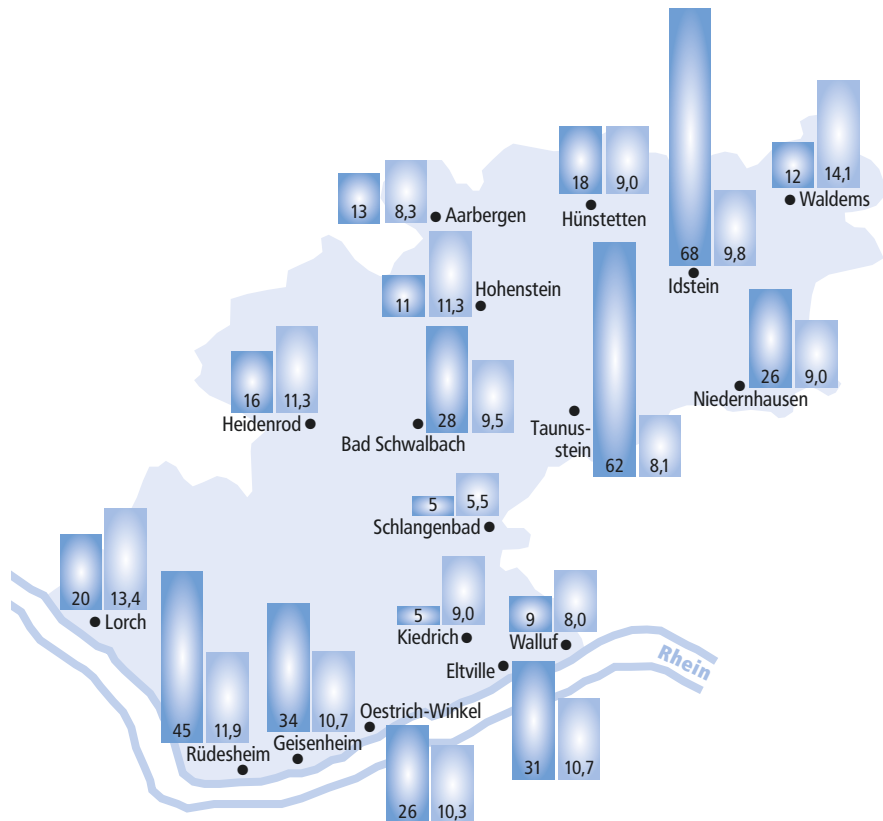
Die absolute Zahl arbeitsloser Jugendlicher ist in den einwohnerstärksten Gemeinden und Städten am höchsten (→ Abbildung 5). Der Süden des Landkreises und die Mittelachse vom Südwesten bis zum Nordosten weisen mit Ausnahme von Bad Schwalbach leicht überdurchschnittliche Quoten auf. Idstein liegt mit 9,8 % genau im Durchschnitt.

Abbildung 5

Zahl der jüngeren Arbeitslosen und Anteil der Jugendarbeitslosigkeit in den Städten und Gemeinden (Jahresdurchschnitt 2009)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnung

absolut %



Junge Männer und nicht-deutsche Jugendliche sind stärker von Jugendarbeitslosigkeit betroffen

Der Anteil nicht-deutscher Jugendlicher an den jüngeren Arbeitslosen liegt bei 15,4 %. Damit liegt er höher als ihr Bevölkerungsanteil von 10,4 % in der entsprechenden Altersgruppe.

Männer sind mit 59 % stärker von Jugendarbeitslosigkeit betroffen als Frauen mit einem Anteil von 41 %. Der Grund dafür liegt vermutlich im Berufswahlverhalten der Männer. Männer wählen nach wie vor eher Berufe im produzierenden Gewerbe und sind somit stärker von strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen (→ Kapitel 2.5). Innerhalb der nicht-deutschen Bevölkerung zeigt sich kein nennenswerter Unterschied zwischen Männern und Frauen.

Methodische Erläuterungen

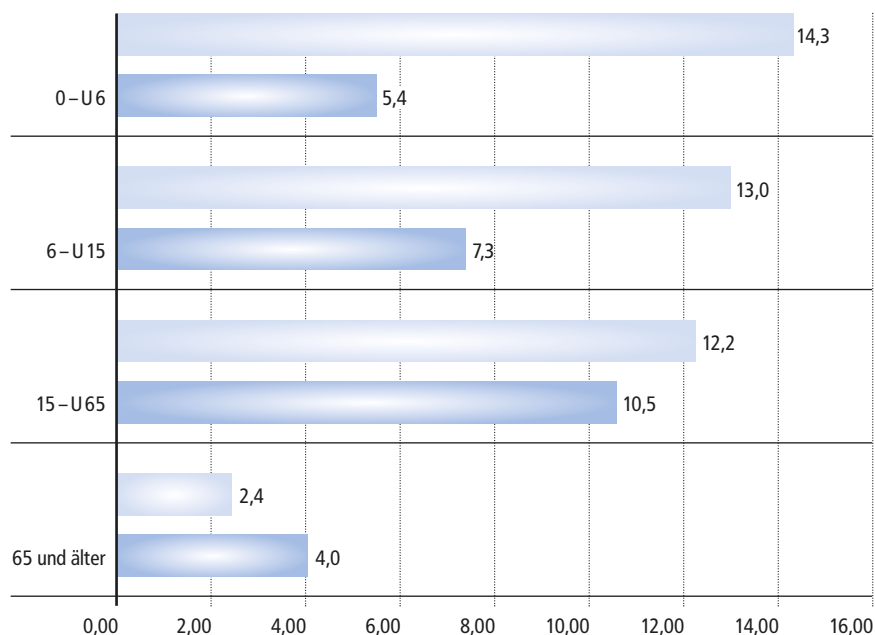
Jugendarbeitslosigkeit

Der Indikator Jugendarbeitslosigkeit weist die Altersgruppe der unter 25 Jährigen in Bezug zur Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen aus. Die Daten der Bundesagentur für Arbeit werden monatlich erhoben. Der Indikator wird aus dem Jahresdurchschnitt berechnet.

2.4 Bevölkerungszusammensetzung im Rheingau-Taunus-Kreis

Im Rheingau-Taunus-Kreis haben 15.970 Personen eine nicht-deutsche Staatsbürgerschaft (Stand Dezember 2008). Das entspricht einem Anteil von 8,7%. Dieser Wert ist für eine Kommune in der Nähe eines städtischen Ballungsraumes niedrig. Zum Vergleich: Hochtaunuskreis, Main-Kinzig-Kreis und Wetteraukreis haben zusammen genommen einen Ausländeranteil von 9,7%. Hessenweit beträgt der Anteil nicht-deutscher Bevölkerung im Jahr 2008 11,1%. In großstädtischen Ballungsräumen liegt der Anteil in der Regel über 20%.

Im Vergleich zu 1995 ist dieser Anteil in allen Altersgruppen zurückgegangen, mit Ausnahme der Bevölkerung über 65 Jahren (→ Abbildung 6). Ein Grund dürfte das geänderte Staatsbürgerschaftsrecht im Jahr 2000 sein, das insbesondere für Kinder von Ausländern den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft vereinfacht hat. Der Anteil der über 65jährigen ist von 2,4% im Jahr 1995 auf 4,0% im Jahr 2008 gestiegen. Anders als in städtischen Ballungsräumen ist der Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung bei den unter 15jährigen deutlich geringer als bei der mittleren Altersgruppe der 15 bis 65jährigen. Die höchsten Anteile finden sich im Jahr 2008 in der Gruppe der 15 bis 65jährigen, d.h., dass der Anteil der älteren Jahrgänge in Zukunft noch zunehmen wird.



8,7% Anteil nicht-deutscher Bevölkerung im RTK

Höchster Anteil nicht-deutscher Bevölkerung in mittleren Altersjahrgängen

Abbildung 6

Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen (Vergleich 1995 und 2008)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

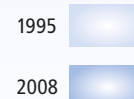
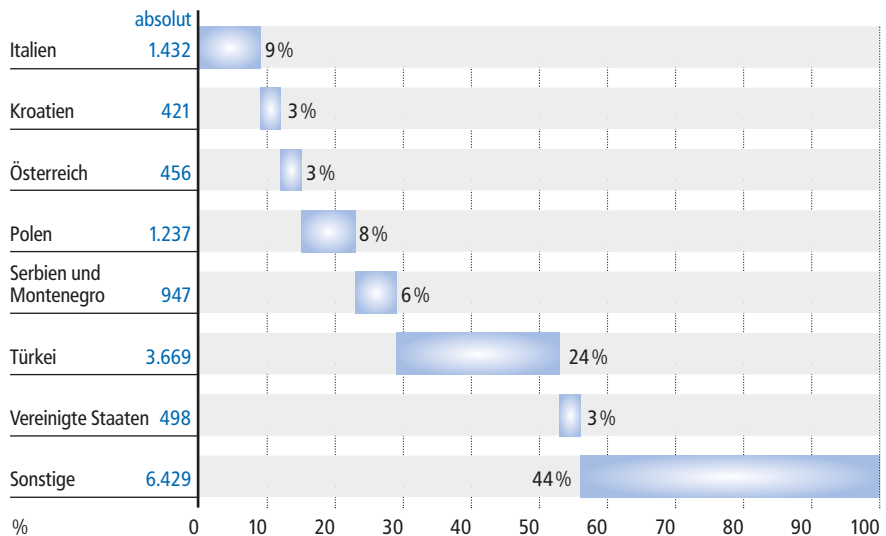


Abbildung 7

Herkunft nicht-deutscher
Bevölkerung im
Rheingau-Taunus-Kreis
(Stand 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt,
eigene Berechnung



Höherer Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in Städten und ehemaligen Industriestandorten

Der Anteil nicht-deutscher Bevölkerung ist insbesondere in den städtisch geprägten Kommunen und dem Industriestandort Aarbergen höher. Im Rheingau-Taunus-Kreis weisen Aarbergen, Bad Schwalbach, Idstein, Schlangenbad und Rüdeshheim Anteile von über 10 % nicht-deutscher Bevölkerung auf (→ Abbildung 8). Hier finden sich Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe, im Handel und im Gastgewerbe, die traditionell von Migranten besetzt wurden bzw. werden. Mit steigendem technischem Fortschritt nimmt die Zahl niedrig qualifizierter Arbeitsplätze ab, so dass gerade auch die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund besonders vom Wegfall industrieller Arbeitsplätze und einfacher Tätigkeiten betroffen sein dürfte.

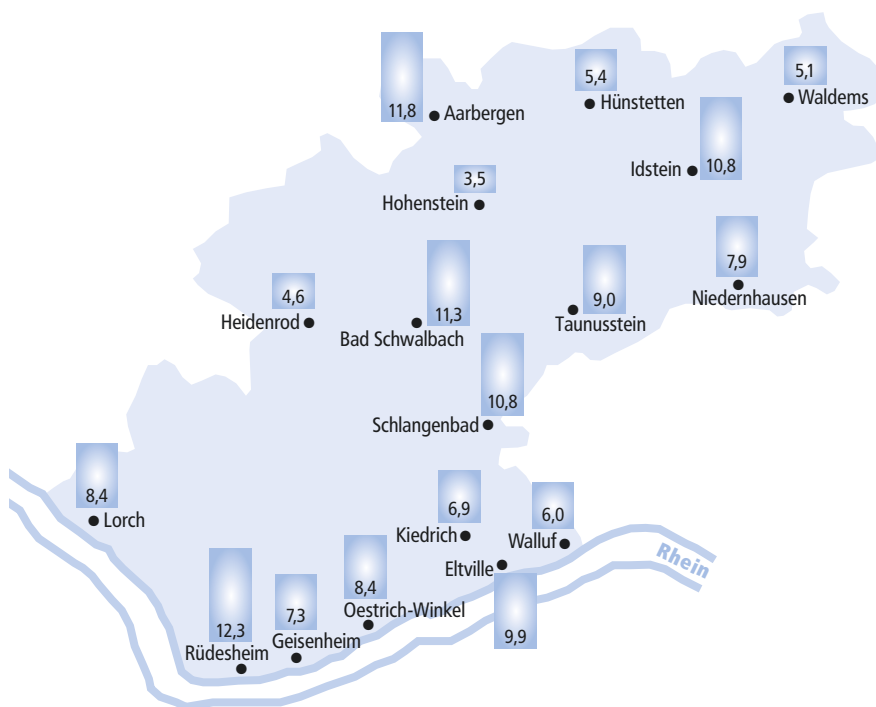


Abbildung 8

Anteil der nicht-deutschen Bevölkerung in den Städten und Gemeinden (Stand 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Anteil an nicht-deutscher Bevölkerung
%

Methodische Erläuterungen

Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung

Die amtliche Statistik weist nur die Bevölkerung mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft aus. Der tatsächliche Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt in der Realität deutlich höher. Insbesondere der Anteil der Zugewanderten aus der Russischen Föderation lassen sich mit Daten der amtlichen Bevölkerungsstatistik nicht abbilden.

Ausgewiesen werden Nationalitäten mit einem Anteil von größer gleich 3%. Nationalitäten mit einem Anteil unter 3% wurden in der Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst.

2.5 Arbeitsmarktstruktur

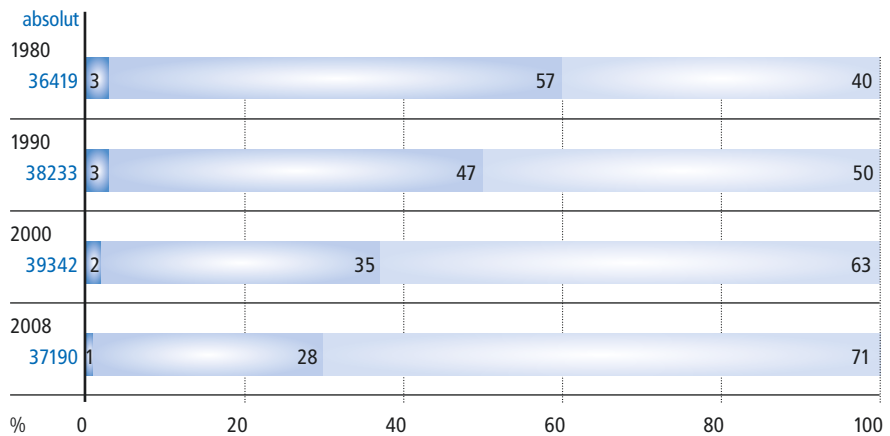
Im Jahr 2008 sind 37.190 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort gemeldet, davon 18.663 Frauen und 18.527 Männer. 26.222 der Erwerbstätigen sind im Dienstleistungssektor beschäftigt. Dem allgemeinen Trend entsprechend hat sich der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Rheingau-Taunus-Kreis in den letzten drei Jahrzehnten vom Industriesektor zugunsten des Dienstleistungssektors verschoben (→ Abbildung 9). Es ist damit zu rechnen, dass dieser Trend auch in Zukunft anhält.

Der Dienstleistungssektor gewinnt am Arbeitsmarkt an Bedeutung

Abbildung 9

Sozialversicherungspflichtige
nach Branchen
(Zeitreihe 1980 bis 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt,
eigene Berechnung



Der Anteil der Frauen an der Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor liegt bei 59,9%. Mit einem Anteil von 73,2% sind Männer im produzierenden Gewerbe, d. h. im klassischen Industriesektor, überrepräsentiert. In Folge dessen sind Männer von Strukturveränderungen auf dem Arbeitsmarkt stärker betroffen (→ Kapitel 2.3 und Kapitel 5.3).

**Frauen wählen zunehmend
Berufe im
Dienstleistungssektor**

Methodische Erläuterungen

Arbeitsmarktstruktur: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die regionale Zuordnung erfolgt nach dem Arbeitsortprinzip, d.h. die Beschäftigten werden der Gemeinde zugeordnet, in der der Betrieb liegt, in dem sie beschäftigt sind. Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gehören Arbeitnehmer, einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten (Auszubildende u. a.), die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Zu diesem Personenkreis gehören Arbeiter, Angestellte und Auszubildende, sofern es sich bei ihrer Erwerbstätigkeit nicht um eine so genannte geringfügige Beschäftigung oder geringfügige selbstständige Tätigkeit handelt. 1998 hat eine Umstellung der Statistik stattgefunden. Die Branchen Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungswesen und Dienstleistungen und übrige Bereiche wurden im Jahr 1998 in die Branchen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister und in öffentliche und private Dienstleister eingeteilt. Um die Daten in Zeitreihe vergleichbar zu machen, wurden die genannten Branchen zu einem Sektor (Dienstleistungssektor) zusammengefasst.

2.6 Bildungsbeteiligung und Ausbildungsstand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Im Jahr 2009 haben, Teilnehmer an Weiterbildung nicht mit eingerechnet, 31.987 Personen (Stichtag 15.3.2009) Bildungseinrichtungen im Rheingau-Taunus-Kreis besucht (→ Abbildung 10). Zusätzlich wurden an der vhs Rheingau-Taunus e.V. 8.138 Teilnahmefälle bzw. Kursbelegungen im Jahr 2009 registriert.

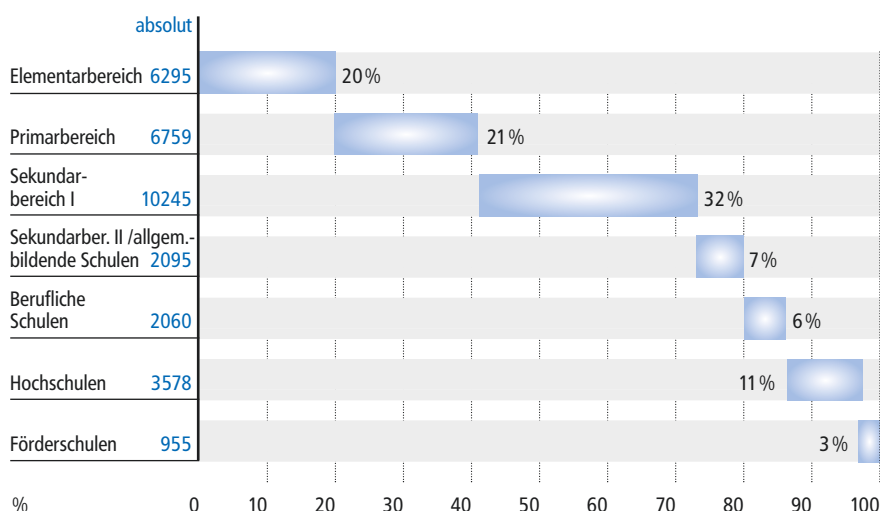


Abbildung 10
Bildungsteilnehmer nach
Bildungsbereichen (Stand 2009)
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

In Abbildung 11 wird die Entwicklung des Bildungsstandes der sozialversicherungspflichtig beschäftigten und im Rheingau-Taunus-Kreis wohnhaften Bevölkerung dargestellt. 2008 besitzen 36.904 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Rheingau-Taunus-Kreis einen berufsbildenden Abschluss, 7.497 haben einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss und 7.222 haben gar keinen Berufsabschluss. Die abnehmende Zahl der Beschäftigten ohne berufliche Ausbildung und die Zunahme der Zahl der Beschäftigten mit Fach- oder Hochschulabschluss deuten daraufhin, dass ein struktureller Wandel auf dem regionalen Arbeitsmarkt stattfindet, von dem Akademiker profitieren (→ Kapitel 2.5 und Kapitel 5.2). Der Akademikeranteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Rheingau-Taunus-Kreis mit 12,1 % etwas höher als hessenweit mit 11,4 %.

An- und Ungelernte werden in Zukunft durch die steigenden Qualifikationsanforderungen in Industrie und Wirtschaft hohen Arbeitsmarktrisiken ausgesetzt sein. Jugendliche, die das Berufsbildungssystem ohne Abschluss verlassen, sind damit eine besondere Risikogruppe (→ Kapitel 5.4).

Abbildung 11

Ausbildungsstand der
sozialversicherungspflichtig
Beschäftigten
(Zeitreihe 1999 bis 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

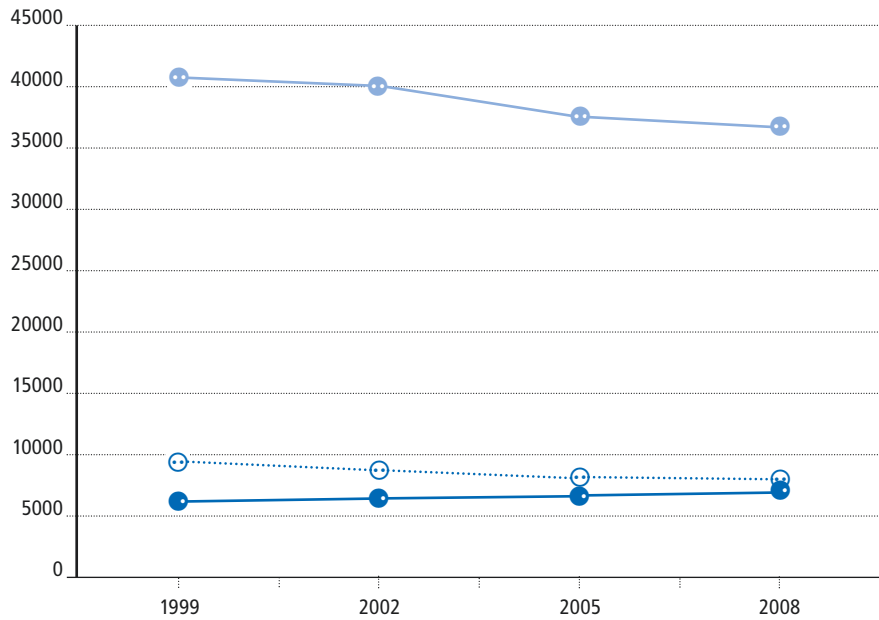
mit abgeschlossener
Berufsausbildung ●

ohne abgeschlossene
Berufsausbildung ○

Abschluss höhere Fach-, FH,
Hochschule ●

**Zahl der Akademiker in der
sozialversicherungspflichtig
beschäftigten Bevölkerung
nimmt zu**

**Zur Peripherie hin nimmt der
Anteil der Erwerbstätigen
ohne abgeschlossene
Berufsausbildung zu**



In den Städten und Gemeinden im Rheingau-Taunus-Kreis zeigen sich regionale Disparitäten bezogen auf den Bildungsstand der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bevölkerung (→ Abbildung 12). In den Städten und Gemeinden, die näher zu Wiesbaden liegen, ist der Akademikeranteil höher. Umgekehrt nimmt der Anteil der Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung im Rheingau-Taunus-Kreis zur Peripherie hin zu.

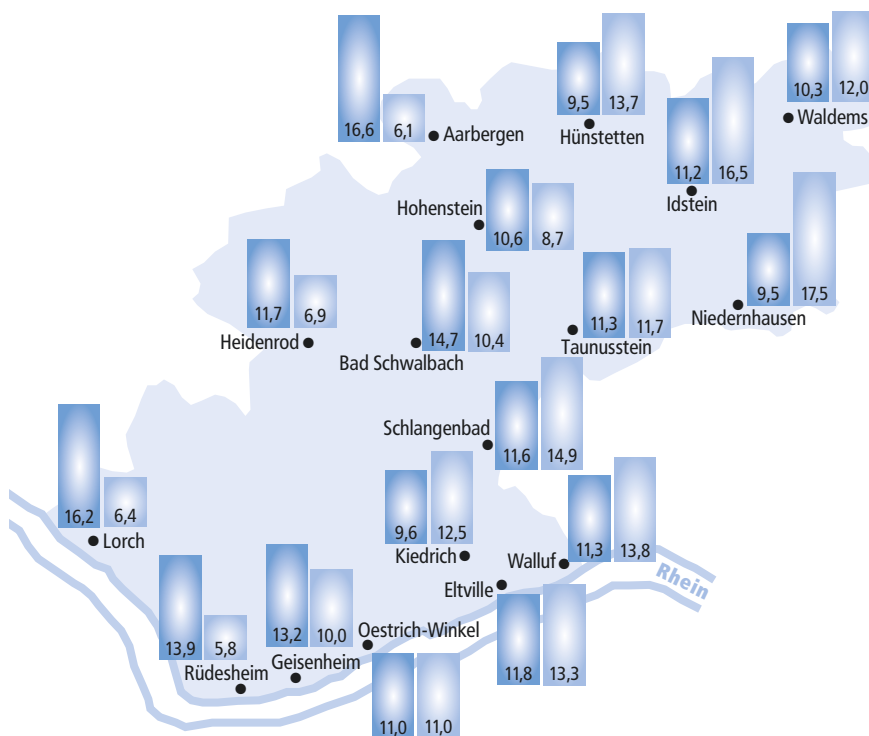
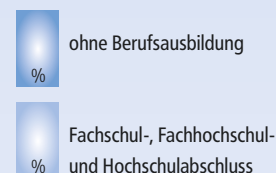


Abbildung 12

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Fachschul-, Fachhochschul-, Hochschulabschluss und ohne Berufsausbildung (Stand 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Methodische Erläuterungen

Bildungsbeteiligung

Als Bildungsteilnehmer wurden Personen gezählt, die am Stichtag 15. 3. 2009 regelmäßig eine Bildungseinrichtung besuchten. Datenquellen sind die Kinder- und Jugendhilfestatistik, die Schulstatistik (Schülerstatistik für allgemeinbildende und berufliche Schulen), die Hochschulstatistik (Studierendenstatistik) und die VHS-Statistik. Förderschulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II sind nicht eingerechnet.

Ausbildungsstand der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Bevölkerung

Der Ausbildungsstand bezieht sich auf die sozialversicherungspflichtig beschäftigte Bevölkerung am Wohnort. Stichtag der Erhebung ist der 30. 6. 2008.

3. Kindertagesstätten



Der traditionelle Betreuungs- und Erziehungsauftrag von Kindertagesstätten hat in den letzten Jahren eine Erweiterung erfahren. Seit dem novellierten Kinder- und Jugendhilfegesetz von 1991 werden Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen mit eigenem Bildungsauftrag betrachtet. Mit dem Kinderförderungsgesetz wurde zudem der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag mit Gültigkeit ab dem 1. August 2013 festgeschrieben, so dass der Ausbau der Kinderbetreuung für die Unter-Dreijährigen von den Kommunen derzeit verstärkt wird. Die Inhalte der pädagogischen Arbeit von Kindertagesstätten werden maßgeblich durch die Trägerschaft beeinflusst. Neben kommunalen Trägern sind Kirchen, Wohlfahrtsverbände und private Initiativen, z.B. von engagierten Eltern, die wichtigsten Träger im Rheingau-Taunus-Kreis.

Für den Bereich der Kindertagesstätten gilt analog zum Schulbereich, dass sie als Bildungseinrichtungen zunehmend eigene pädagogische Profile entwickeln, um sich vom allgemeinen Angebot abzuheben. In einer von **Lernen vor Ort** eigens durchgeführten Erhebung wurde erfasst, ob und welche pädagogischen Schwerpunkte die Kindertagesstätten im Rheingau-Taunus-Kreis setzen.

Als Folge des mäßigen Abschneidens deutscher Schüler in internationalen Vergleichsstudien im Bereich der Lesekompetenz kommt der Thematik der frühen Sprachförderung eine besondere Bedeutung zu. Die frühe Sprachförderung soll Kindern mit Sprachdefiziten helfen, bis zur Einschulung ein Sprachniveau zu erreichen, das es ihnen ermöglicht, dem Grundschulunterricht zu folgen. Die Einführung von Sprachstandfeststellungen und die Einführung zusätzlicher Sprachkurse sind wichtige Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen. Dies gilt insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund, in deren Familien nicht Deutsch gesprochen wird und für Kinder mit sozial schwachem Hintergrund (→ Kapitel 2.2), die überproportional häufig Lernrückstände aufweisen. Das hessische Sozialministerium empfiehlt, das Instrument KISS (Kinder-Sprach-Screening) als Sprachstandsfeststellungsverfahren einzusetzen. Eine verpflichtende Einführung ist geplant. Bisher liegen noch nicht genügend vergleichbare Daten vor, so dass zunächst ein Überblick über die in den Kindertagesstätten eingesetzten Instrumente gegeben wird.

Zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit von Kindertagesstätten wurde vom Hessischen Sozialministerium und dem Hessischen Kultusministerium ein Bildungs- und Erziehungsplan ausgearbeitet. Der hessische Bildungs- und Erziehungsplan enthält Empfehlungen zur Gestaltung des Übergangs von der Kindertagesstätte in die Grundschule und bietet einen Leitfaden zur Dokumentation der Lernfortschritte von Kindern. Nicht gelingende Übergänge können bei Risikogruppen im weiteren zeitlichen Verlauf zu schwer korrigierbaren Lernrückständen führen. Erschwerend für eine Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen wirkte sich in der Vergangenheit die Tatsache aus, dass sich die Lernkulturen von Kindertagesstätten und Grundschulen erheblich unterscheiden (→ Kapitel 1.3).

Die Bedeutung frühkindlichen Lernens wird durch jüngste Forschungsergebnisse gestützt. Leistungsstudien wie PISA und PIRLS/IGLU zeigen, dass sich der Besuch vorschulischer Einrichtungen messbar und nachhaltig auf die Kompetenzentwicklung von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Dagegen können sich Benachteiligungen im Lernstand, die nicht früh aufgefangen werden, im weiteren Verlauf der Bildungsbiographie akkumulieren. Vor diesem Hintergrund wird in

den letzten Jahren häufig die Forderung erhoben, dass alle Kinder vorschulische Bildungseinrichtungen besuchen sollten und dass Rückstellungen zu vermeiden sind. Der Indikator zur Besuchsquote in Kindertagesstätten gibt einen ersten Überblick, inwieweit vorschulische Angebote genutzt werden. Die Zahl der Rückstellungen gibt Auskunft darüber, inwieweit der Übergang in die Schule reibungslos gelingt oder ob bei einer nennenswerten Gruppe bzw. Zahl von Kindern Entwicklungsverzögerungen zu beobachten sind.

3.1 Bildungsangebot im Elementarbereich

Im Jahr 2010 gibt es im Rheingau-Taunus-Kreis nach eigener Erhebung 104 Kindertagesstätten. Davon sind 55 in öffentlicher Trägerschaft, 32 in kirchlicher Trägerschaft, 10 in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden und 7 private Einrichtungen (→ Abbildung 13).

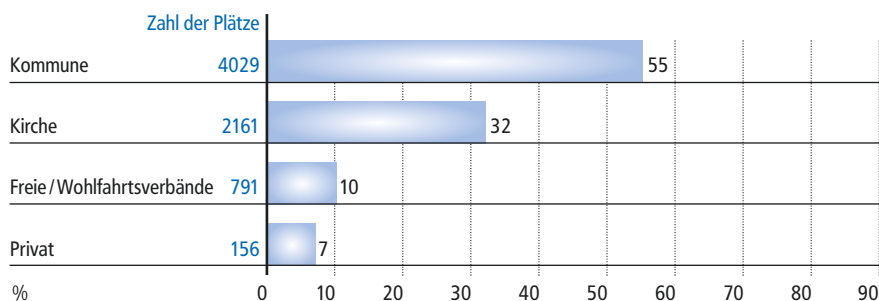


Abbildung 13

Kindertagesstätten und Plätze im Rheingau-Taunus-Kreis nach Trägern (Stand 2009)

Quelle: Eigene Erhebung 2009, Rheingau-Taunus-Kreis

Ähnlich wie im Schulbereich gibt es bei den Kindertagesstätten seit einigen Jahren den Trend, inhaltliche Profile zu bilden. Eigene Erhebungen zeigen, dass rund 72 % der Kindertagesstätten eigene pädagogische Schwerpunkte setzen. Dabei sind Bewegungsförderung mit einem Anteil von 42 %, Sprachförderung mit 26 %, musikalische Früherziehung mit rund 21 % und Naturwissenschaften mit rund 23 % die am häufigsten genannten Schwerpunkte.

Rund 50 % der Kindertagesstätten setzen Instrumente zur Sprachstandsmessung ein. Das Kindersprachscreening (KISS), das bei Kindern im Alter von vier Jahren durchgeführt wird, hat einen Anteil von knapp 50 %, gemessen an der Zahl der Kindertagesstätten, die Instrumente zur Sprachstandsmessung einsetzen. Das in der Region entwickelte Sprachscreening der Hochschule Fresenius, welches bei Kindern im Alter von 3 Jahren durchgeführt wird, hat einen Anteil von knapp 40 %. Darüber hinaus geben 70 % aller Kindertagesstätten an, dass die Eltern aktiv in die Sprachförderung der Kinder einbezogen werden.

3.2 Besuchsquote in Kindertagesstätten

Im Jahr 2009 haben im Rheingau-Taunus-Kreis 6.536 Kinder Kindertagesstätten besucht bzw. öffentlich geförderte Kinderpflege in Anspruch genommen. Der Anteil der Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund hat, beträgt 23,9 %.

Die Besuchsquote in Kindertagesstätten liegt nach Angaben der amtlichen Statistik bei den 3–7-jährigen, gemessen an der altersgleichen Bevölkerung, mit

72 % der Kindertagesstätten haben ein pädagogisches Profil ...
42 % davon im Bereich Bewegung

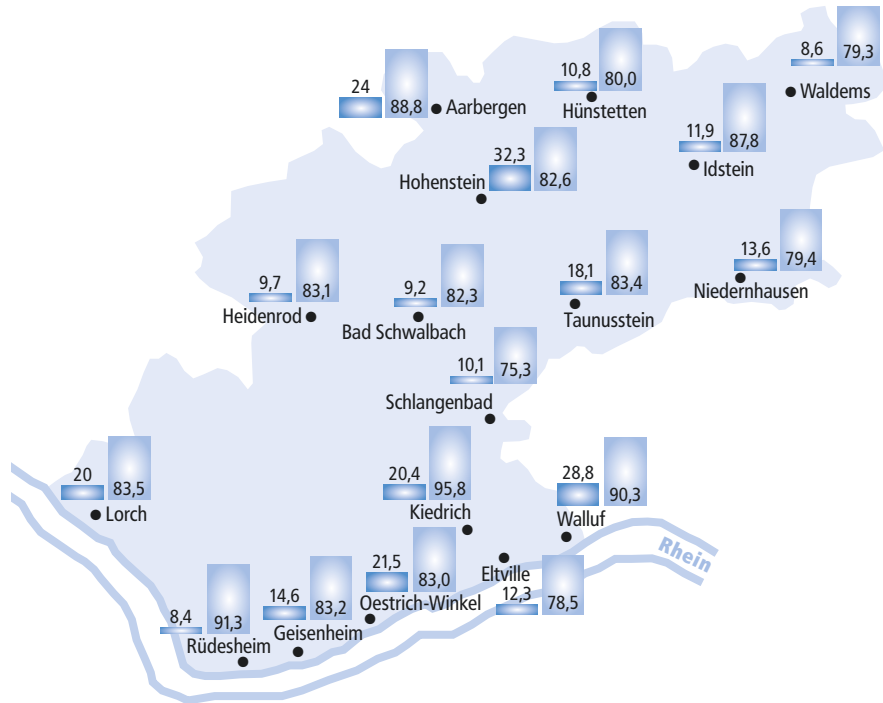
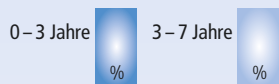
Besuchsquote bei U-Dreijährigen bei 15%.

83,5 % leicht unter der hessischen Besuchsquote von 84,1 %. Die Besuchsquote der Kinder im Alter von 0–3 Jahren liegt im Rheingau-Taunus-Kreis bei rund 15,0 % und damit geringfügig über der landesweiten Besuchsquote von 13,4 %. Es gibt deutliche kommunale Unterschiede zwischen den Städten und Gemeinden beim Anteil der Kinder, die Kindertagesstätten besuchen (→ Abbildung 14).

Abbildung 14

Besuchsquote der
Kindertagesbetreuung 0–3 Jahre,
3–7 Jahre (Stand 2009)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Methodische Erläuterungen

Besuchsquote

Die Statistik zur Besuchsquote der Kindertagesbetreuung wird im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik erhoben. Stichtag für die Erhebung ist der 1.3. jeden Jahres. Die Besuchsquote wird in Bezug auf die altersgleiche Bevölkerung ausgewiesen. Die Besuchsquote lässt keinen Rückschluss auf die Versorgungsquote mit Plätzen zu. Die Versorgungsquote wäre die Anzahl der bereitgestellten Plätze in Bezug zur altersgleichen Bevölkerung.

3.3 Anteil der früh und spät eingeschulten Kinder

Von 1.650 Schulanfängern im Schuljahr 2009/10 sind 200 Kinder früh und 113 Kinder spät eingeschult worden. Die Entscheidung für eine frühe oder späte Einschulung wird im Einzelfall aufgrund der Ergebnisse der Schuleingangsprüfung oder auf Wunsch der Eltern getroffen. Der Anteil regulär eingeschulter Kinder beträgt im Rheingau-Taunus 81,0% im Vergleich zu 77,5% hessenweit. Während hessenweit die Zahl der spät eingeschulten Kinder von 8,6% im Schuljahr 2005/06 auf 9,8% im Schuljahr 2009/10 gestiegen ist, bleibt im Rheingau-Taunus-Kreis der Anteil der spät eingeschulten Kinder mit rund 7,0% konstant darunter (→ Abbildung 15).

Der Anteil der früh eingeschulten Kinder ist dagegen seit 2008/09 von 12,2% auf 7,8% im Schuljahr 2009/10 deutlich zurückgegangen, während hessenweit kein eindeutiger Trend erkennbar ist und der Anteil der früh eingeschulten Kinder mit rund 13% weitgehend stabil bleibt.

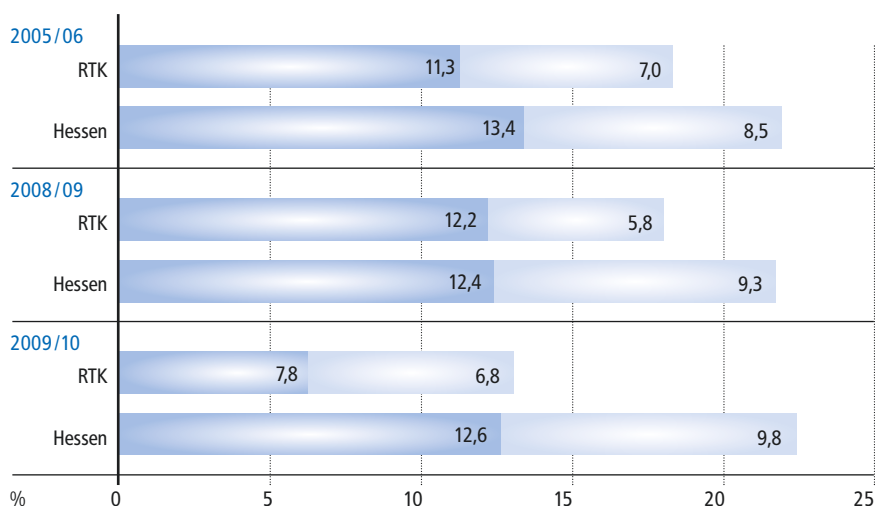


Abbildung 15

Anteil der früh und spät eingeschulten Kinder
(Zeitreihe von 2005/06 bis 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



früh eingeschult
spät eingeschult

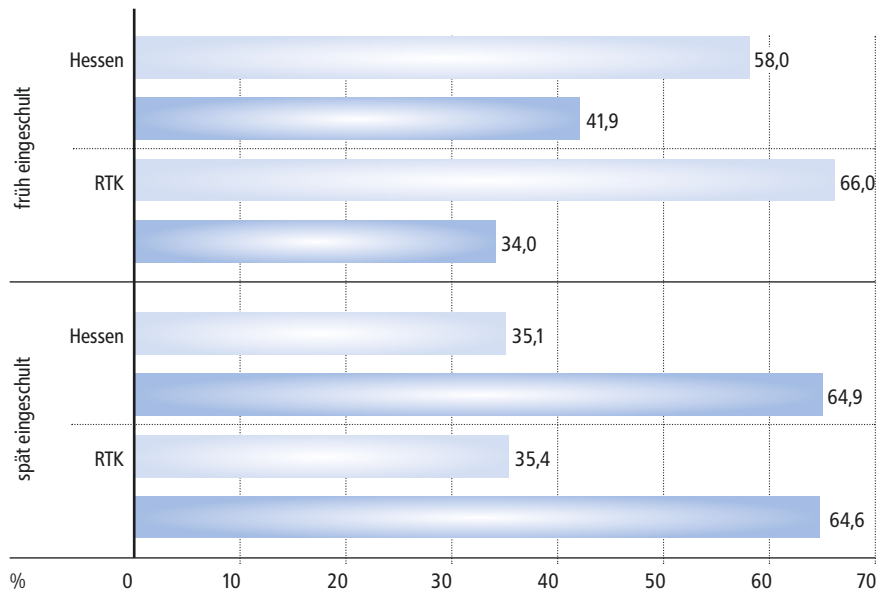
Auf der ersten Bildungsstufe zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen (→ Abbildung 16). Von den früh eingeschulten Kindern im Schuljahr 2009/10 sind 66,0% weiblich und 34,0% männlich. Damit ist die Geschlechterdifferenz im Rheingau-Taunus-Kreis bei der frühen Einschulung ausgeprägter als im Landesdurchschnitt. Hessenweit liegen der Anteil der Mädchen an den früh eingeschulten Kindern bei 58,0% und der Anteil der Jungen bei 42,0%. Bei den spät eingeschulten Kindern beträgt der Anteil der Mädchen 35,4% und der Anteil der Jungen 64,6%. Diese Werte entsprechen dem hessischen Landesdurchschnitt.

Jungen werden häufiger spät eingeschult

Abbildung 16

Geschlechterquoten: frühe und
späte Einschulung
(Schuljahr 2009/10)

Mädchen 
Jungen 



Methodische Erläuterungen

Anteil der früh bzw. spät eingeschulten Kinder

Früh eingeschulte Kinder sind Schüler, die erst nach dem gesetzlich festgelegten Stichtag das sechste Lebensjahr vollendet haben. Bei spät eingeschulten Kindern, handelt es sich um Schüler, die im Vorjahr schulpflichtig waren und im aktuellen Schuljahr eingeschult wurden.

4. Allgemeinbildende Schulen

In Hessen gilt die allgemeine Schulpflicht in der Regel bis zur neunten Klasse². Das heißt, dass alle Kinder und Jugendlichen das allgemeinbildende Schulsystem durchlaufen. Nach der gemeinsamen vierjährigen Grundschule gehen die Schüler und Schülerinnen auf die weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I. Eine Besonderheit des deutschen Schulsystems stellt seine Gliederung der Sekundarstufe I in die drei Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium dar. Seit den 70er Jahren gibt es mit den Gesamtschulen eine weitere Schulform in Deutschland. Dabei unterscheidet man zwischen integrierten und kooperativen Gesamtschulen. In den integrierten Gesamtschulen werden Schüler mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialempfehlung gemeinsam unterrichtet. Zusätzlich werden leistungsdifferenzierte Kurse angeboten. In den kooperativen Gesamtschulen bestehen die drei Schulformen nebeneinander, während in einigen ausgewählten Fächern gemeinsamer Unterricht erteilt wird. Für Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, stehen Förderschulen bereit, die als selbstständige Schulen oder als Zweige, Abteilungen oder Klassen allgemeiner Schulen eingerichtet sein können. Der Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen ist eine der bedeutendsten Selektionsschwellen im Bildungssystem. Am Übergang von der

Primarstufe in die Sekundarstufe I werden wichtige Weichen für den Verlauf der weiteren Bildungskarriere gelegt. Um Korrekturen von Bildungsentscheidungen zu erleichtern, sind in den letzten Jahrzehnten bildungspolitische Bemühungen unternommen worden, das Bildungswesen durchlässig zu gestalten, indem z. B. der Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse im berufsbildenden System ermöglicht wurde (→ Kapitel 5.4).

Zu den wichtigen und aktuellen Entwicklungen im Schulwesen gehört die erweiterte Eigenverantwortung von Schulen, z. B. durch die Einführung von Schulbudgets, über die die Schulen eigenmächtig verfügen dürfen. Gleichzeitig nehmen die Bemühungen zu, die Qualität von Schulen durch Rechenschaftslegung in Form von Schulinspektionen und regelmäßigen Leistungsmessungen zu verbessern. Im Zuge der Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen haben diese begonnen, verstärkt Profile zu entwickeln. Dabei sind sie durch Vorgaben des hessischen Kultusministeriums angehalten, die Entwicklung ihrer Profile an ihrem regionalen Umfeld auszurichten.

Mit dem Investitionsprogramm »Zukunft Bildung und Betreuung« (Laufzeit 2003 bis 2009) unterstützte die Bundesregierung die Länder beim bedarfsgerechten Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. In Hessen ist im Zug dieser Initiative das „Ganztagsprogramm nach Maß“ aufgelegt worden. Von der Einführung von Ganztagschulen und Ganztagsangeboten erhofft man sich eine Steigerung pädagogischer Qualität und eine bessere Förderung benachteiligter Schülergruppen, die in ihrem Elternhaus nicht die erforderliche Unterstützung erfahren. Zudem macht die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen den Ausbau von Ganztagsangeboten unabdingbar, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Es lassen sich verschiedene Formen von Ganztagschulen unterscheiden: Bei den offenen Ganztagschulen können einzelne Schülerinnen und Schüler auf Wunsch an ganztägigen Angeboten teilnehmen. Bei den teilweise gebundenen Ganztagsschulformen gibt es eine Teilnahmeverpflichtung für einen Teil der Schülerinnen und Schüler (z. B. einzelne Klassen oder Klassenstufen). Bei der voll gebunden Ganztagschule sind alle Schülerinnen und Schüler zur Teilnahme verpflichtet. Eine Besonderheit in Hessen ist die „Pädagogische Mittagsbetreuung“. Sie gilt als Vorstufe zur offenen Ganztagschule. Schulen mit pädagogischer Mittagsbetreuung bieten eine freiwillige Teilnahme an mindestens drei Nachmittagen in der Woche an.

Durch den Aus- und Aufbau von Ganztagsangeboten ergibt sich für die Schulen die Möglichkeit, das regionale Bildungsangebot vielfältiger zu gestalten. Durch Kooperationen mit der Jugendhilfe, den freien Wohlfahrtsverbänden, den sozialen Einrichtungen bzw. sozialen Hilfsdiensten, Musikschulen und Sportvereinen sowie weiteren Akteuren können sich Schulen stärker als bisher ihrem lokalen Umfeld öffnen.

4.1 Bildungsangebot im allgemein bildenden Schulsystem

Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es aktuell im allgemeinbildenden Bereich 62 Schulen, inklusive Privatschulen, und 73 Einrichtungen, wenn man die entsprechenden Schulzweige an den Gesamtschulen einzeln zählt (→ Abbildung 17). In der ersten Schuljahreshälfte 2009/10 besuchten insgesamt 20.054 Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende Schulen. Davon waren 8,4% Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Staatsbürgerschaft.

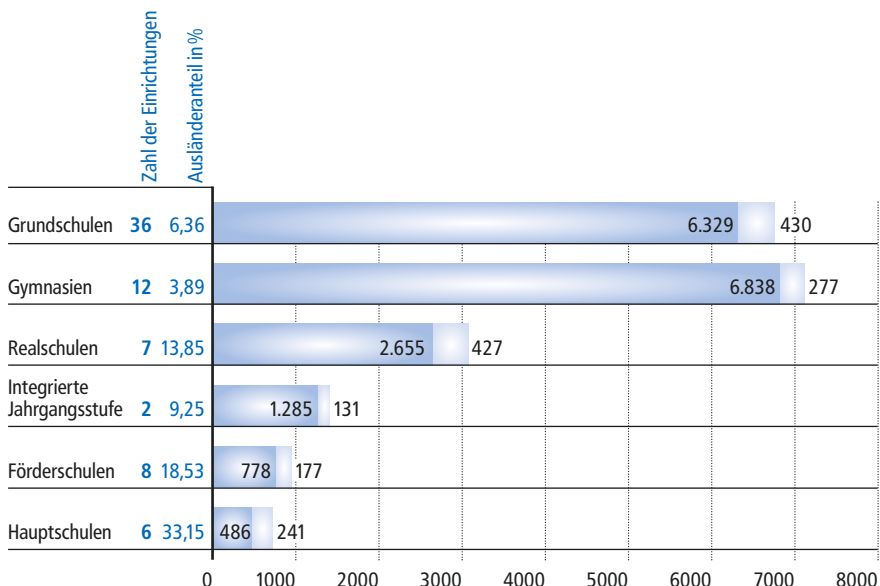


Abbildung 17

Schülerzahlen an
allgemeinbildenden Schulen
im Rheingau-Taunus-Kreis
(Schuljahr 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

nicht-deutsche
Schüler



Methodische Erläuterungen

Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Die Zahl der Einrichtungen im allgemeinbildenden Schulsystem sind einschließlich der entsprechenden Schulzweige berechnet, die an Gesamtschulen angeboten werden. Die Integrierte Jahrgangsstufe umfasst die Klassenstufen 5–10 der integrierten Gesamtschule.

4.2 Ganztagsangebote

Nach Angaben des hessischen Kultusministeriums haben 24 Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis eine pädagogische Mittagsbetreuung. Voll gebundene Ganztagsangebote bestehen im Rheingau-Taunus-Kreis nur an einer Förderschule (Stand: 3.9.2010).

GS	FS	HS	RS	GY	IGS	KGS
10	4	5	1	4	2	4

Tabelle 1
Schulformen mit
Ganztagsangeboten*
(Schuljahr 2010/11)

* Schulen, die mehrere Schulformen anbieten, gehen entsprechend mehrfach in die Zählung ein.

Quelle: Hessisches Kultusministerium

Im Schuljahr 2009/10 beträgt die Versorgung mit Ganztagsplätzen 60,4% gemessen an der Schülerzahl. Im Vergleich mit den hessischen Zahlen zeigt sich, dass die Versorgungsquote mit Ganztagsangeboten an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I im Rheingau-Taunus-Kreis höher liegt als im Landesdurchschnitt (→ Abbildung 18). Eine Ausnahme bildet dabei die Realschule.

Im Vergleich der Schulformen untereinander, zeigen sich große Unterschiede. Während bei Gymnasien und integrierter Jahrgangsstufe über 90 % der Schüler Ganztagsangebote zur Verfügung stehen, sind es bei Realschülern nur 71,4 %. Die geringste Versorgungsquote weist die Grundschule mit 27,2 % aus.

Versorgungsquote von Ganztagsangeboten liegt bei Gymnasien bei 96,8 % ... an Grundschulen bei 27,2 %

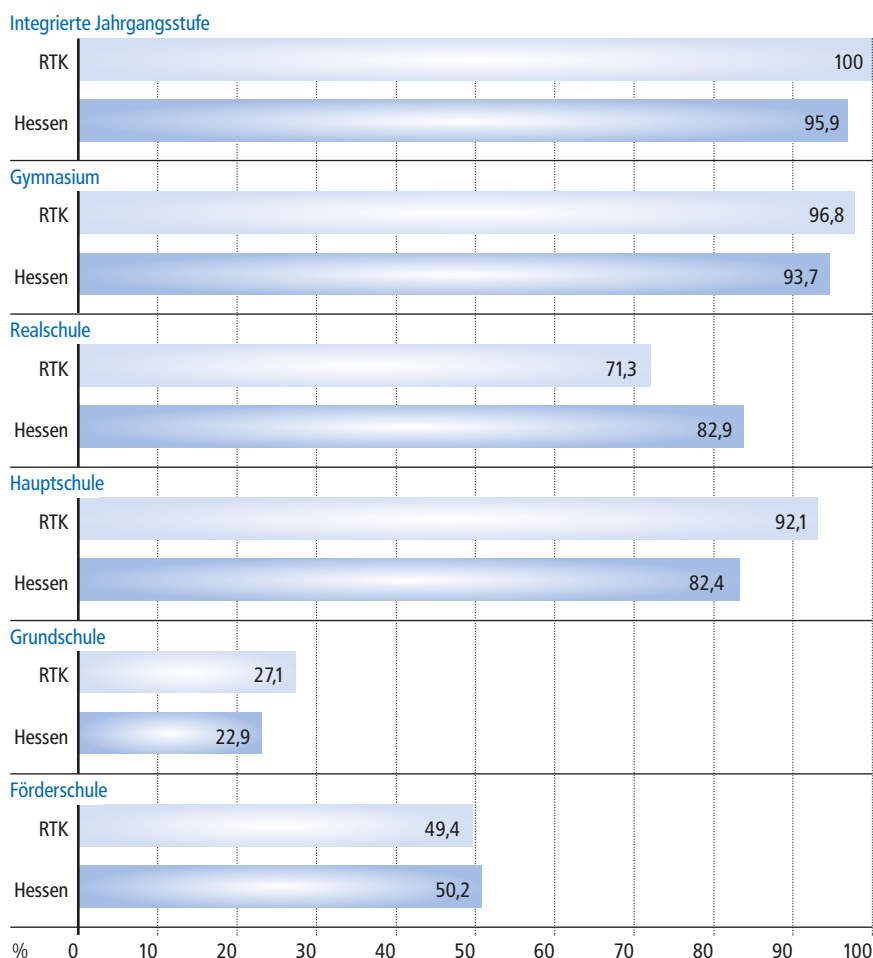


Abbildung 18
Versorgungsquote mit Ganztagsplätzen im Rheingau-Taunus-Kreis (Schuljahr 2009/10)
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Methodische Erläuterungen

Ganztagsangebote

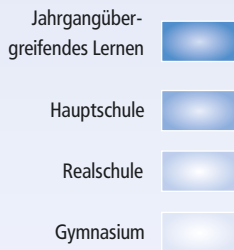
In Hessen wird die Anzahl der vorgehaltenen Plätze nicht erhoben, sondern die Zahl der Schülerinnen und Schüler, welche Schulen mit entsprechenden Angeboten besuchen. Die Integrierte Jahrgangsstufe umfasst die Klassenstufen 5–10 der integrierten Gesamtschule.

Gymnasium am häufigsten besuchte Schulform

Abbildung 19

Übergangsquoten von der Grundschule in die Schulformen der Sekundarstufe I (Zeitreihe 2007/08 bis 2009/10)

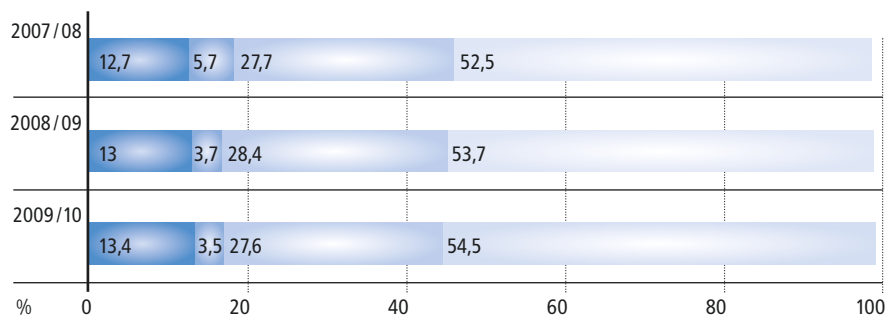
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Jugendliche nicht-deutscher Herkunft wechseln häufiger von der Realschule an die gymnasiale Oberstufe

4.3 Übergangsquoten

Beim Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule wechseln mehr als die Hälfte der Schüler an das Gymnasium³. Dabei ist der Anteil der Schüler, die auf das Gymnasium überwechseln, seit dem Schuljahr 2007/08 um zwei Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der Schüler, die auf die integrierte Gesamtschule wechseln, ist ebenfalls von 12,7% auf 13,4% gestiegen, während der Anteil der Schüler, die auf die Hauptschule wechseln, kontinuierlich gesunken ist. Die Realschule hat seit 2007/08 einen relativ konstanten Schüleranteil von rund 28% (→ Abbildung 19). Während bei deutschen Schülern mehr als die Hälfte von der Grundschule zum Gymnasium überwechselt, wechselt von den nicht-deutschen Schülern weniger als jedes dritte Kind auf das Gymnasium.



Beim Übergang von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe lässt sich keine Benachteiligung nicht-deutscher Schüler feststellen (→ Abbildung 20). Beim Übergang von der Realschule in das Gymnasium ist die Übergangsquote nicht-deutscher Schüler wesentlich höher. Möglicherweise findet an der Schwelle von Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II eine Korrektur der Schulwahlentscheidung statt, von der insbesondere Schüler mit nicht-deutscher Herkunft profitieren.

Die Übergangsquoten der männlichen und weiblichen Schüler unterscheiden sich deutlich. Die Zahl männlicher Schüler, die von der Realschule in die gymnasiale Oberstufe übergehen, liegt rund 6% unter der Zahl der weiblichen Schüler. Beim Übergang vom Gymnasium auf die gymnasiale Oberstufe beträgt die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Schülern 7,3 Prozentpunkte.

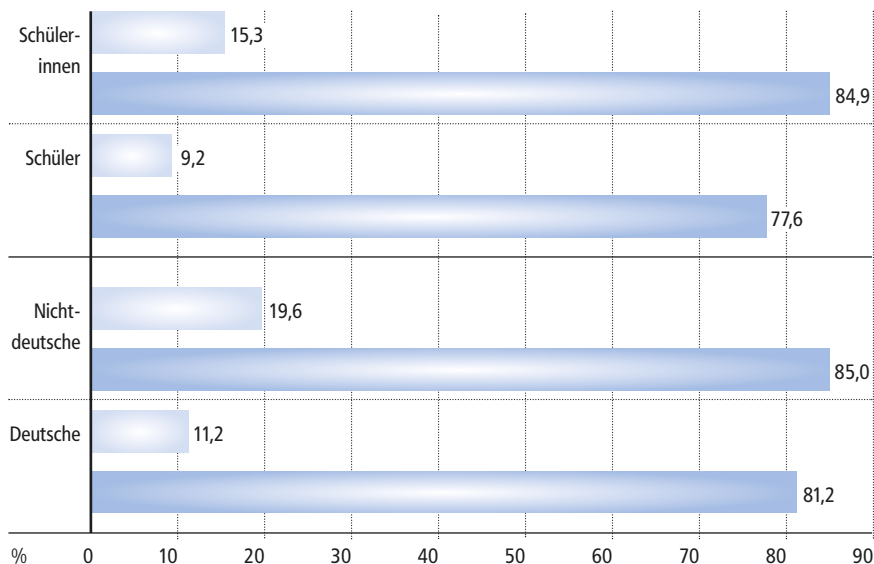


Abbildung 20

Übergangsquoten in die gymnasiale Oberstufe (Schuljahr 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Methodische Erläuterungen

Übergangsquoten

Die Übergangsquote wird aus der Anzahl der Übergänge auf die entsprechende Schulform der weiterführenden Schulen in Bezug zur Anzahl der Schüler in der Abschlussklasse der Grundschule berechnet.

Der Wechsel in die gymnasiale Oberstufe berücksichtigt nur das allgemeinbildende Schulsystem. Für berufliche Schulzweige liegen bisher noch keine belastbaren Daten in der amtlichen Statistik vor.

Von der integrierten Jahrgangsstufe finden nur wenige Wechsel in die gymnasiale Oberstufe statt. Übergänge von nicht-deutschen Schülern aus der integrierten Jahrgangsstufe finden nicht statt, daher wurden sie in den entsprechenden Berechnungen ausgeklammert.

4.4 Schulabgänge mit und ohne Abschluss

Gemessen an der altersgleichen Bevölkerung verlässt die Mehrzahl der Schulabgänger die Schule mit einem Realschulabschluss (→ Abbildung 21). Bei den Schulabgängern ist im Zeitverlauf ein Trend zu höheren Abschlüssen zu verzeichnen. Während die Zahl der Hauptschulabschlüsse zurückgeht, haben der mittlere Abschluss und die allgemeine Hochschulreife Zuwächse zu verzeichnen. 2009/10 liegt der Anteil der Realschulabschlüsse bei 42,2%, der Anteil der Hauptschulabschlüsse bei 18%.

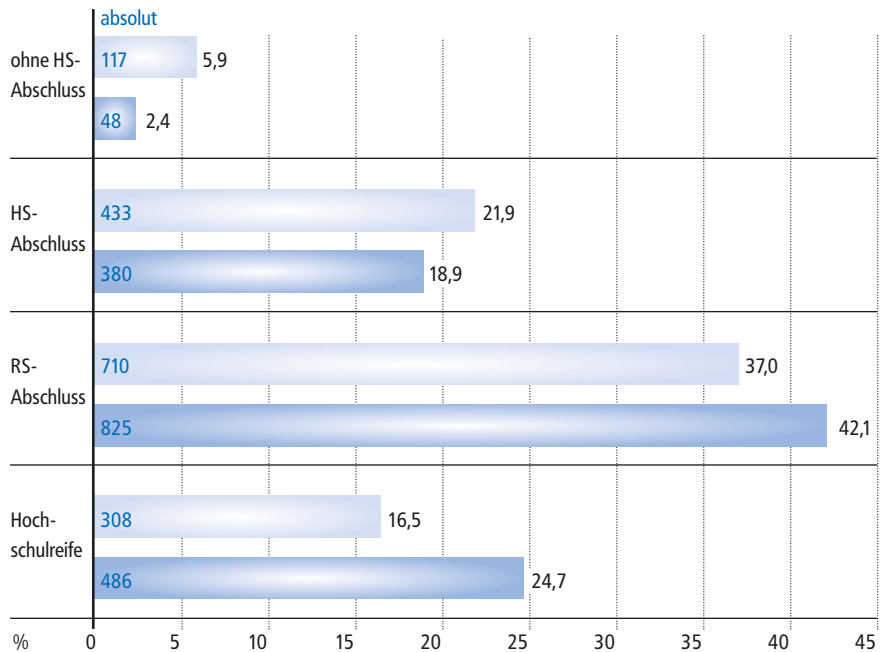
Trend zu höheren Bildungsabschlüssen

Zahl der Absolventen ohne Hauptschulabschluss geht zurück

Abbildung 21
Abgangsquoten an
allgemeinbildenden Schulen
(Vergleich 2005/06 und 2009/10)
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

2005/06

2009/10



Von der nicht-deutschen Bevölkerung im Rheingau-Taunus-Kreis haben 18,8% keinen Hauptschulabschluss. Die Hochschulreife wird von 7,0% erlangt im Vergleich zu 26,6% der deutschen Bevölkerung. Am häufigsten erwerben nicht-deutsche Schulabgänger den Hauptschulabschluss mit 65% (→ Abbildung 22).

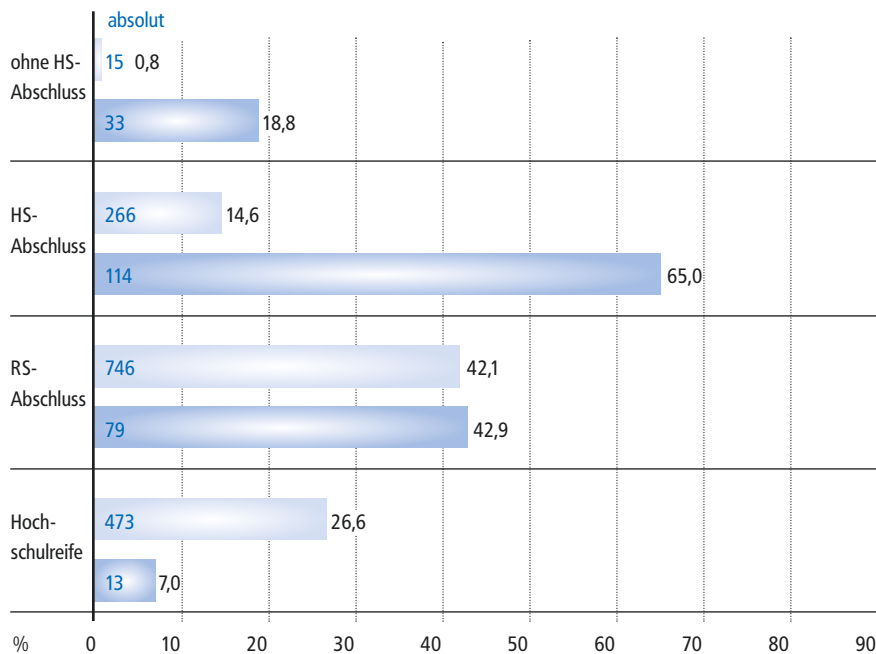
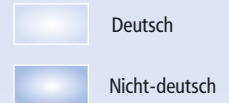


Abbildung 22

Abgangsquoten deutscher und nicht-deutscher Bevölkerung (Schuljahr 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



Junge Frauen erwerben im Rheingau-Taunus-Kreis häufiger höhere Abschlüsse als junge Männer. Im Vergleich zeigt sich, dass 29,1 % der weiblichen Bevölkerung im Alter von 18 bis 21 Jahre die allgemeine Hochschulreife erlangt, während es bei der männlichen Bevölkerung nur 20,7 % sind.

Methodische Erläuterungen

Schulabgangsquoten

Die Abschlussquoten werden in Bezug zur altersgleichen Bevölkerung berechnet. Die Schulabgänge mit und ohne Hauptschulabschluss werden in Bezug zur Altersgruppe von 15 bis unter 17 Jahre, der mittlere Abschluss in Bezug zur Altersgruppe von 16 bis unter 18 Jahre und die Hochschulreife in Bezug zur Altersgruppe von 18 bis unter 21 Jahre berechnet. Zu Grunde gelegt wurde jeweils die durchschnittliche Bevölkerung eines Altersjahrgangs am 31. 12. 2004 für das Schuljahr 2005/06 und am 31. 12. 2008 für das Schuljahr 2009/10. Bei den Absolventen ohne Hauptschulabschluss sind die Schulabgänger mit schulartspezifischem Förderabschluss miteingerechnet.

5. Berufliche Bildung



Berufliche Schulen sind ein Bindeglied zwischen allgemeinbildenden Schulen und regionaler Wirtschaft. Es werden vollzeitschulische und teilzeitschulische Ausbildungsgänge unterschieden. Vollzeitschulische Ausbildungsgänge finden sich vornehmlich im Dienstleistungsbereich, insbesondere im sozialen Bereich, in den Gesundheitsberufen und in den kaufmännischen Berufen. Teilzeitschulische Ausbildungsgänge sind an das duale Berufsbildungssystem gebunden. In der Regel findet die praktische Ausbildung an drei bis vier Tagen in der Woche im Betrieb

statt, die theoretische Ausbildung findet an ein bis zwei Tagen in der Woche in der Berufsschule statt. Das duale Berufsbildungssystem ist eine Besonderheit des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich und gilt als Erfolgsmodell, weil die Absolventen des dualen Berufsbildungssystems vom Arbeitsmarkt gut aufgenommen werden. Das arbeitsmarktnahe, berufliche Bildungssystem ist aber auch anfällig für konjunkturelle Schwankungen. Die Zahl der ausbildenden Betriebe ist in den letzten 20 Jahren deutschlandweit stark zurückgegangen. Durch die steigende Zahl der Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und vom Übergangssystem aufgefangen werden, ist die Bedeutung des Übergangssystems gestiegen und hat zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung von Angeboten bzw. Programmen geführt.

Das Übergangssystem ist bisher unzureichend mit anderen Bildungsbereichen verbunden. In den letzten Jahren gab es Bemühungen, den Bildungsübergang von den allgemeinbildenden Schulen in den berufsbildenden Bereich systematisch zu gestalten. Im Rheingau-Taunus-Kreis ist für diese Aufgabe das **Regionale Übergangsmanagement (RÜM)** zuständig (→ Kapitel 1.1).

In den letzten Jahren gab es zudem verstärkt Bemühungen, die Durchlässigkeit des Schulsystems zu verbessern. Einmal getroffene Schulwahlentscheidungen können durch das Nachholen allgemeinbildender Abschlüsse im berufsbildenden System korrigiert werden. Somit kam es zu einer Entkoppelung von Bildungsgängen und Schulabschlüssen: In Hessen lässt sich der Hauptschulabschluss an der Berufsschule und bei der Absolvierung eines Berufsvorbereitungsjahres nachholen. Die mittlere Reife (Realschulabschluss) lässt sich ebenfalls an der Berufsschule und zudem an der Fachschule sowie an der Berufsfachschule erwerben. Der Erwerb der Fachhochschulreife ist an der Berufsschule, der zweijährigen Berufsfachschule, der Fachoberschule und an der höheren Berufsfachschule möglich.

5.1 Bildungsangebot im berufsbildenden Schulsystem

Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es zwei berufliche Schulen (→ Kapitel 8.1 und 8.2) mit den Standorten Geisenheim und Taunusstein in öffentlicher und eine Berufsfachschule in privater Trägerschaft im Gesundheitsbereich⁴. An den öffentlichen, beruflichen Schulen werden folgende Schulformen angeboten: Fachoberschulen mit der Möglichkeit die allgemeine Fachhochschulreife zu erwerben. Es werden an den Berufsfachschulen schulische Ausbildungen in Vollzeit angeboten. Im Rahmen der dualen Ausbildung findet Teilzeitunterricht an den Berufsschulen statt.

Des Weiteren gibt es an beiden Standorten die Möglichkeit ein Berufsgrundbildungsjahr zu absolvieren, welches auf die Ausbildung vorbereitet und auf diese später angerechnet werden kann. Schülerinnen und Schüler, die noch keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, können an den Berufsschulen ein Berufsvorbereitungsjahr durchlaufen mit der Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen bzw. um ihre Ausbildungsfähigkeit zu verbessern (→ Kapitel 5.3). Fachschulen sind streng genommen Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung und setzen eine Erstausbildung bzw. Berufsausbildung voraus. Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es zwei private Fachschulen⁵.

In der ersten Schuljahreshälfte 2008/09 besuchten im Rheingau-Taunus-Kreis insgesamt 2.119 Schülerinnen und Schüler berufliche Schulen⁶. Davon waren 13,2% Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Staatsbürgerschaft. Die Verteilung der Schülerzahlen auf die verschiedenen Berufsschultypen zeigt Abbildung 23. Der Anteil der Schüler, die ein Berufsgrundbildungsjahr bzw. ein Berufsvorbereitungsjahr absolvieren, ist mit 4,2% relativ gering.

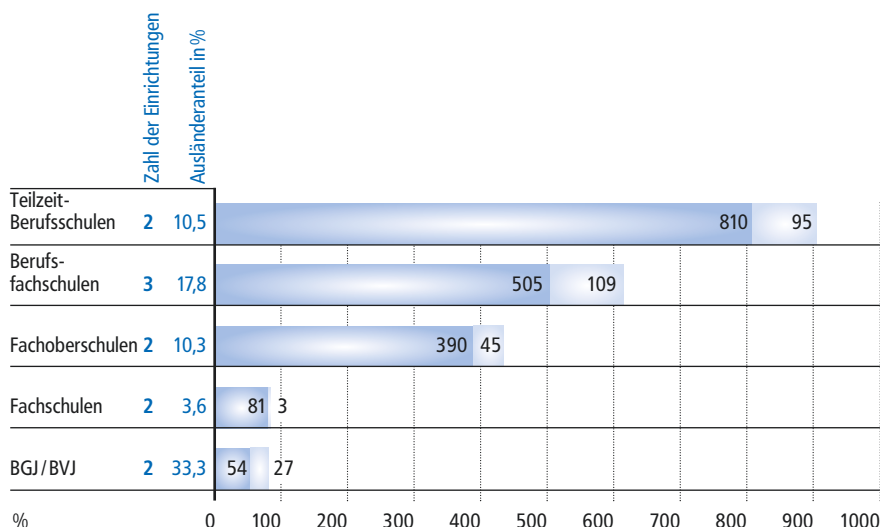


Abbildung 23

Schulformen und Schülerzahlen
(Schuljahr 2008/09)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



**Rückgang der
Ausbildungsbetriebsquote
bei mittleren und großen
Betrieben seit 2005**

**Mehr als die Hälfte der
Auszubildenden im RTK
werden in Kleinbetrieben
ausgebildet.**

Abbildung 24
Ausbildungsbetriebsquote
nach Größenklassen
(Zeitreihe von 1995 bis 2008)
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

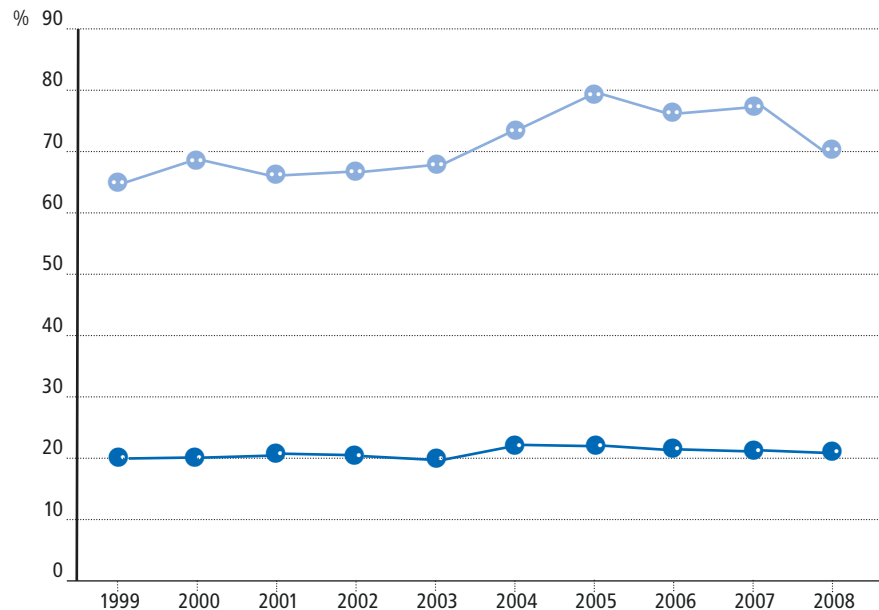
Mittel- und Großbetriebe
ab 50 Beschäftigte ●●

Kleinbetriebe
bis 49 Beschäftigte ●●

**Kleinbetriebe bilden im
Zeitvergleich konstant aus**

5.2 Betriebliches Bildungsangebot

Die Zahl der ausbildenden Betriebe⁷ ist im Rheingau-Taunus-Kreis in den Jahren 1999 bis 2008, von konjunkturellen Schwankungen abgesehen, relativ konstant geblieben. Seit 2005 ist ein Rückgang des Anteils ausbildender Betriebe der mittleren und größeren Größenklasse zu verzeichnen. Kleinbetriebe mit bis zu 49 Beschäftigten bilden konstant mit einem Anteil von ca. 20% aus (→ Abbildung 24). Von 1.968 Auszubildenden werden 62,3% in kleinen Betrieben mit unter 50 Beschäftigten ausgebildet (Stand 2009). Verglichen mit der hessischen Ausbildungsbetriebsquote lag im Jahr 2008 die Quote der auszubildenden Betriebe im Rheingau-Taunus-Kreis mit 22,0% geringfügig unter dem hessischen Niveau von 23,4% (Quelle: Hessenagentur).



Die stärkste Beteiligung an der Ausbildung im dualen System im Rheingau-Taunus-Kreis weisen die öffentliche Verwaltung, das Baugewerbe, das verarbeitende Gewerbe, das Gesundheitswesen und der Groß- und Einzelhandel inklusive des KFZ-Gewerbes auf (→ Abbildung 25). Der größte Rückgang ist im Bereich des öffentlichen Dienstes zu verzeichnen – allerdings mit leichtem Aufwärtstrend seit 2006. In den Jahren von 1999 bis 2003 ist die Ausbildungsbetriebsquote im öffentlichen Dienst von 43,4% auf 35,6% um 7,8% zurückgegangen. Ein auffälliger Rückgang ist auch im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen mit einem Rückgang von 4,4% von 2003 bis 2008 zu verzeichnen. Zuwächse sind in den Bereichen Erziehung und Unterricht, Handel inklusive Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, im Gastgewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft festzustellen.

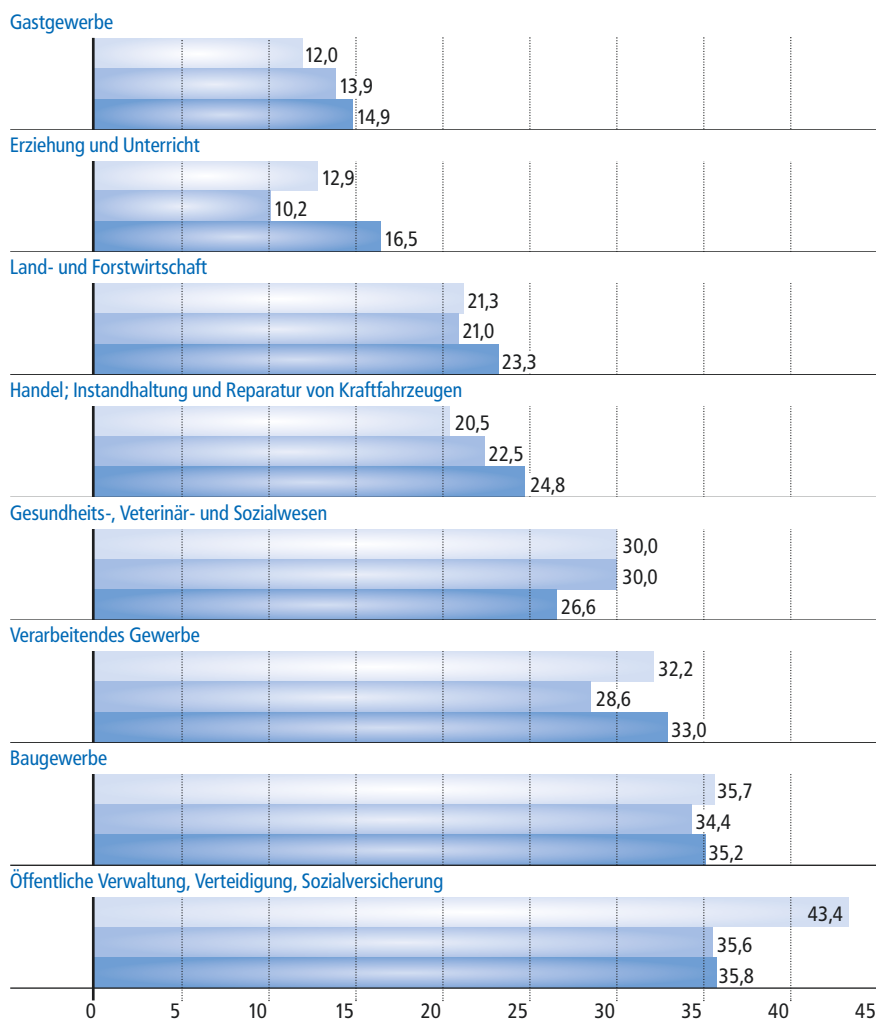
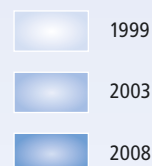


Abbildung 25
Ausbildungsbetriebsquote
nach Branchen
(Zeitreihe von 1999 bis 2008)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



Die Ausbildungsquote, gemessen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, liegt im Jahr 2009 bei 5,3%. Für Hessen wird nach Angaben des IAB-Betriebspanel eine Ausbildungsquote von 5,1% für das Jahr 2009 angegeben (Quelle: Ausbildung in Zeiten der Krise: Betriebliche Ausbildung in Hessen 2009). Die meisten Auszubildenden werden im Groß- und Einzelhandel inklusive KFZ-Gewerbe, im verarbeitenden Gewerbe und im Gesundheitswesen ausgebildet. Die höchsten Ausbildungsquoten weisen das Gastgewerbe, die Land- und Forstwirtschaft mit rund 10% und das Baugewerbe mit rund 9% auf. Die Ausbildungsquote der öffentlichen Verwaltung beträgt nur 2,6% – trotz hoher Ausbildungsbetriebsquote (→ Abbildung 26).

Abbildung 26

Ausbildungsquote nach
Wirtschaftszweigen
(Stand 2009)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt;
Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Branchen

Zahl der Auszubildenden

Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung

63 2,6

Gesundheits- und Sozialwesen

252 5,0

Erziehung und Unterricht

190 9,9

Gastgewerbe

186 10,3

Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

352 6,0

Baugewerbe

214 9,2

Verarbeitendes Gewerbe

329 4,3

Land- und Forstwirtschaft

40 10,1

0 2,0 4,0 6,0 8,0 10,0 12,0

Methodische Erläuterungen

Ausbildungsbetriebsquote

Die Ausbildungsbetriebsquote bildet den Anteil der ausbildenden Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe ab, unabhängig von der Anzahl der Auszubildenden im Betrieb. Stichtag der Erhebung ist der 30.6.2009.

Konjunkturelle Schwankungen verhalten sich bei den mittleren und größeren Betrieben gegenläufig. Um den Entwicklungstrend im Zeitverlauf sichtbar zu machen, wurden die beiden Größenkategorien zu einer zusammengefasst.

Die Darstellung der Ausbildungsbetriebsquote nach Branchen berücksichtigt nur die Branchen, die in der Region bedeutsam sind, d. h. berücksichtigt wurden in der Darstellung Branchen, bei denen die Zahl der Auszubildenden über 150 liegt. Die Branchen Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Land- und Forstwirtschaft wurden aufgrund der hohen Ausbildungsbetriebsquote ebenfalls in die Darstellung aufgenommen.

Ausbildungsquote

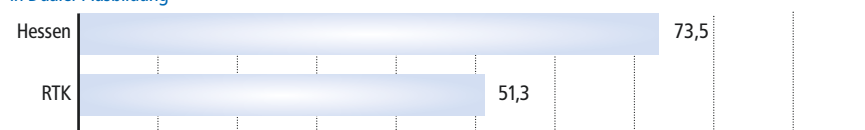
Die Ausbildungsquote wird anhand der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den nach Wirtschaftszweigen klassifizierten Betrieben berechnet. Die Zahl der Auszubildenden wird nach dem Arbeitsortprinzip erhoben. Stichtag der Erhebung ist der 30.6.2009. Aufgrund des Stichtages wird die Ausbildungsleistung des öffentlichen Dienstes nur unvollständig wiedergegeben, weil der letzte Ausbildungsjahrgang die Ausbildung beendet hat und der neue Ausbildungsjahrgang noch nicht begonnen hat.



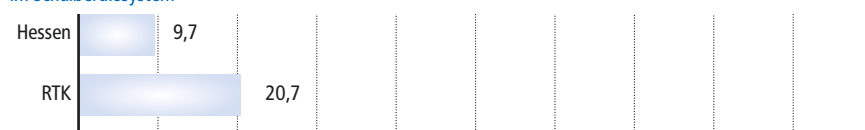
5.3 Übergang Schule – Berufsbildung

Der prozentuale Anteil der Schüler im Übergangssystem in Bezug auf die Gesamtzahl der Schüler liegt im berufsbildenden System im Schuljahr 2009/10 mit 28% im Rheingau-Taunus-Kreis sehr viel höher als der landesweite Anteil von 16,8% (→ Abbildung 27). Im Rheingau-Taunus-Kreis ist der Schüleranteil in schulischen Bildungsgängen im Vergleich zu den hessischen Zahlen deutlich höher bzw. der Schüleranteil im dualen System niedriger.

in Dualer Ausbildung



im Schulberufssystem



im Übergangssystem

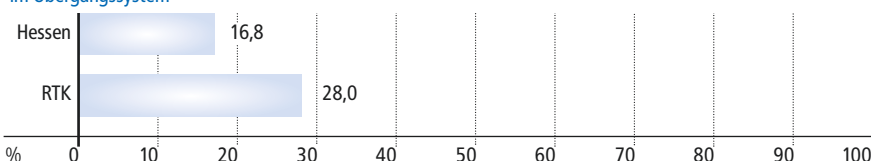


Abbildung 27

Schüleranteile nach Teilbereichen
des Berufsbildungssystems
(Stand 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Rückgang der Schülerzahlen im Übergangssystem

Zunehmender Anteil schulischer Ausbildungs- gänge

Abbildung 28

Schüleranteile
nach Teilbereichen
des Berufsbildungssystems
(Zeitreihe von 2005/06
bis 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

in Dualer Ausbildung

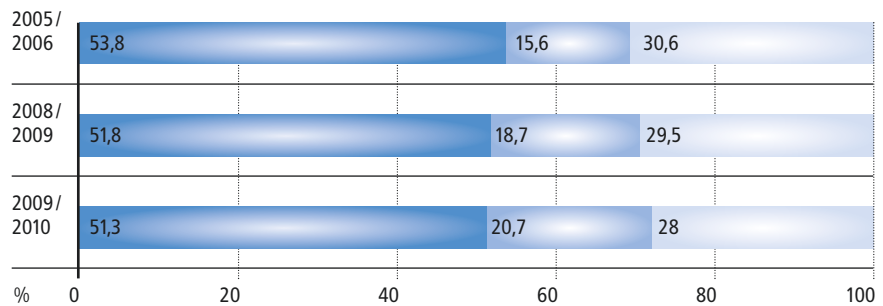
im Schulberufssystem

im Übergangssystem

Anteil junger Männer im Übergangssystem liegt bei 57%

In der Verteilung der Schülerzahlen auf die Schulformen des berufsbildenden Systems in den letzten fünf Jahren zeichnen sich Veränderungen ab. Der Anteil der Schüler im Übergangssystem ist seit 2005/06 von 30,6% auf 28,0% zurückgegangen (→ Abbildung 28). Dieser Trend entspricht der allgemeinen, landesweiten Entwicklung. Der Rückgang fällt in Hessen mit 4% noch deutlicher aus. Das deutet daraufhin, dass Schulabgänger zunehmend besser vom Ausbildungsmarkt aufgenommen werden. Dies könnte auf eine Trendwende am Ausbildungsmarkt zurückzuführen sein. Möglicherweise ist die Abnahme der Schülerzahlen im Übergangssystem aber auch auf pädagogische Interventionen, wie verstärkte Bildungsberatung oder Schulsozialarbeit, zurückzuführen.

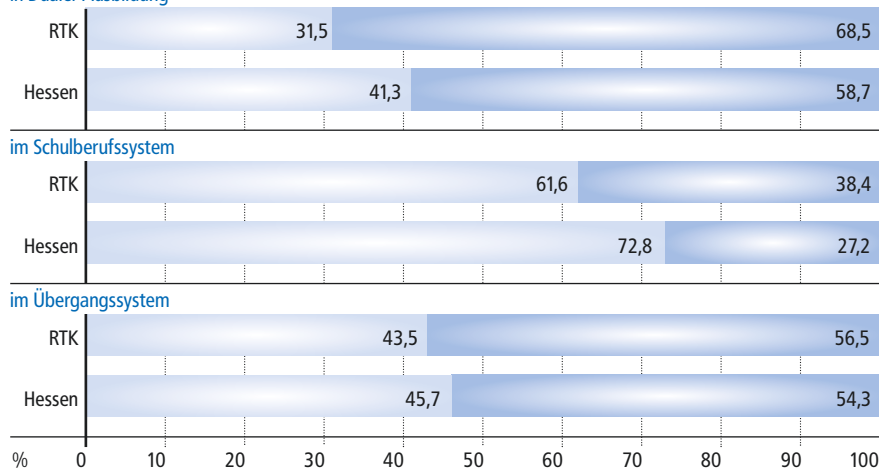
Der Anteil der Schüler im Schulberufssystem hat im Rheingau-Taunus-Kreis seit 2005/06 um 5,1% zugenommen. In Hessen beträgt die Zunahme nur 1,7%. Das Berufswahlverhalten der Auszubildenden fällt offensichtlich verstärkt zugunsten schulischer Ausbildungsgänge aus. Das dürfte mit der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hin zu mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor zusammenhängen (→ Kapitel 2.5).



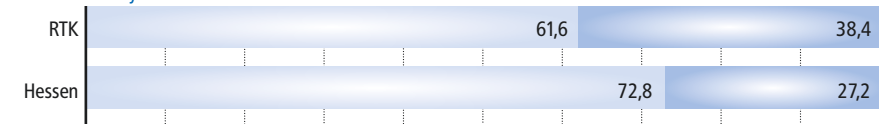
Der Anteil männlicher Schüler im Übergangssystem liegt über dem Anteil weiblicher Schüler. Die Anteile junger Männer und Frauen im Übergangssystem bleiben über den Verlauf der letzten fünf Jahre relativ stabil. Im Schuljahr 2009/10 liegt der Anteil der Frauen im Vergleich zum Schuljahr 2005/06 nahezu unverändert bei ca. 43% und der der Männer bei ca. 57%. Dies entspricht in etwa den Vergleichswerten für Hessen.

Jungen Männern fällt es offensichtlich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Ein Grund dafür könnte das Berufswahlverhalten sein. Junge Frauen wählen eher schulische Vollzeitausbildungen. Junge Männer entscheiden sich weniger oft für vollzeitschulische Ausbildungsgänge und sind dementsprechend stärker vom Wegfall von Ausbildungsplätzen im industriellen Sektor betroffen (→ Kapitel 2.3 und Kapitel 2.5). Abbildung 29 zeigt, dass die Geschlechterdifferenzen im dualen System im Rheingau-Taunus-Kreis in dieser Hinsicht stärker ausgeprägt sind als in Hessen. Rund 69% der jungen Männer im Rheingau-Taunus-Kreis entscheiden sich für eine Ausbildung im dualen System im Vergleich zu 59% hessenweit. Im Schulberufssystem fallen die Geschlechtsunterschiede dagegen etwas geringer aus. Im Rheingau-Taunus-Kreis wählen rund 38% der jungen Männer eine schulische Ausbildung im Vergleich zu 27% hessenweit.

in Dualer Ausbildung



im Schulberufssystem



im Übergangssystem

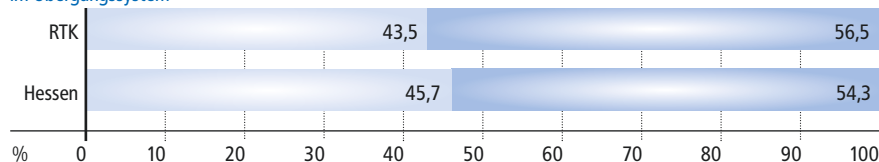
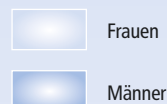


Abbildung 29

Verteilung junger Männer und junger Frauen nach Teilbereichen des Berufsbildungssystems (Stand 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen



Methodische Erläuterungen

Übergang Schule – Berufsbildung

Maßnahmen außerschulischer Träger werden dem Übergangssystem zugeordnet. Schulische Bildungsgänge (teilzeitqualifizierende Angebote eingeschlossen), die auf eine anschließende Ausbildung angerechnet werden können (z. B. Berufsgrundbildungsjahr) oder die Voraussetzung zur Aufnahme einer vollqualifizierenden Ausbildung sind (z. B. einjährige berufliche Grundbildung an der höheren Handelsschule), werden ebenso dem Übergangssystem zugerechnet.

5.4 Absolventen mit und ohne Abschluss

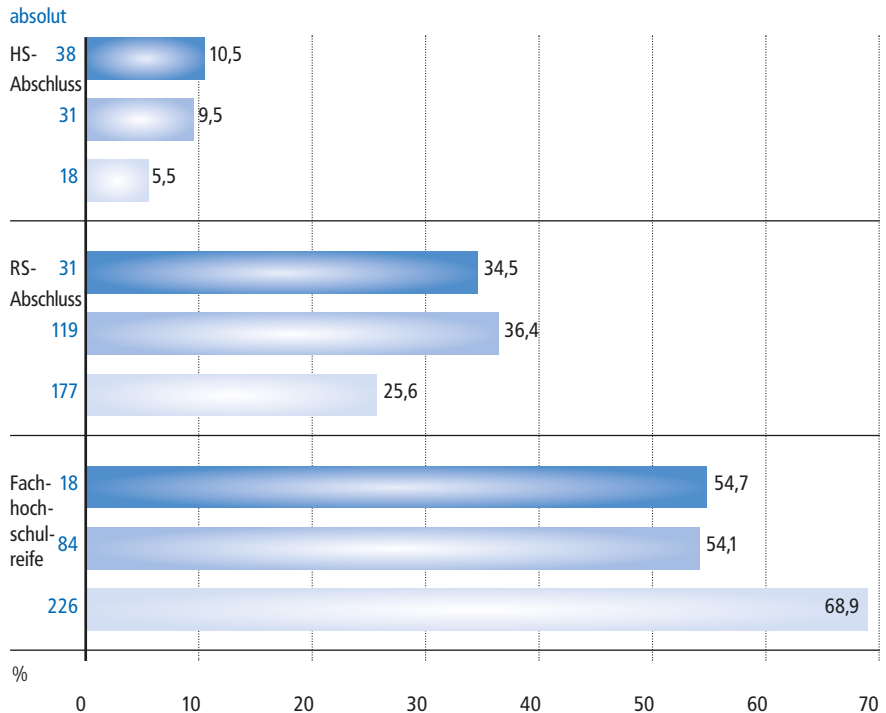
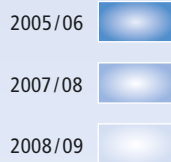
Insgesamt haben im Schuljahr 2008/09 an berufsbildenden Schulen 328 Schüler zusätzlich einen allgemeinbildenden Abschluss erworben. Es lässt sich analog zum allgemeinbildenden Bereich ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen feststellen. Die Zahl der Schüler, die nachträglich den Hauptschulabschluss im berufsbildenden System erwerben, geht zurück (→ Abbildung 30). Diese Entwicklung ist dadurch erklärbar, dass die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, rückläufig ist (→ Kapitel 4.4) und die Zahl der Schüler im Übergangssystem abnimmt (→ Kapitel 5.3). Dagegen steigt die Zahl derjenigen, die die Fachhochschulreife im berufsbildenden System erwerben.

Trend zu höheren Schulabschlüssen

Abbildung 30

An beruflichen Schulen erworbene
allgemeinbildende Abschlüsse
(Zeitreihe von 2005/06
bis 2008/09)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt,
eigene Berechnungen



**Zahl der Schulabgänger
ohne Abschluss
ist rückläufig**

**65 % der Schulabgänger
ohne Berufsabschluss
sind männlich**

Die Zahl der Schulabgänger, die das berufsbildende System ohne Abschluss verlassen, zeigt sich seit 2005/06 rückläufig. Betrug der Anteil der Abgänger ohne Abschluss im Schuljahr 2005/06 noch 16,5%, betrug er im Schuljahr 2007/08 nur 12,1%. Im Schuljahr 2008/09 ist der Anteil wieder leicht auf 13,3% gestiegen und entspricht damit dem hessischen Landesdurchschnitt (→ Abbildung 31).

Im Rheingau-Taunus-Kreis sind 65% der Schulabgänger ohne Abschluss männlich. Damit zeigt sich hier, analog zum allgemeinbildenden Schulsystem, die Problematik, dass Jungen das Bildungssystem weniger erfolgreich durchlaufen als Mädchen.

Von den Absolventen mit Migrationshintergrund 2008/09 verlässt nahezu jeder Vierte das berufliche Schulsystem ohne Abschluss. Im Vergleich dazu verlässt nur jeder Achte der deutschen Schulabgänger das berufliche Schulsystem ohne Abschluss.

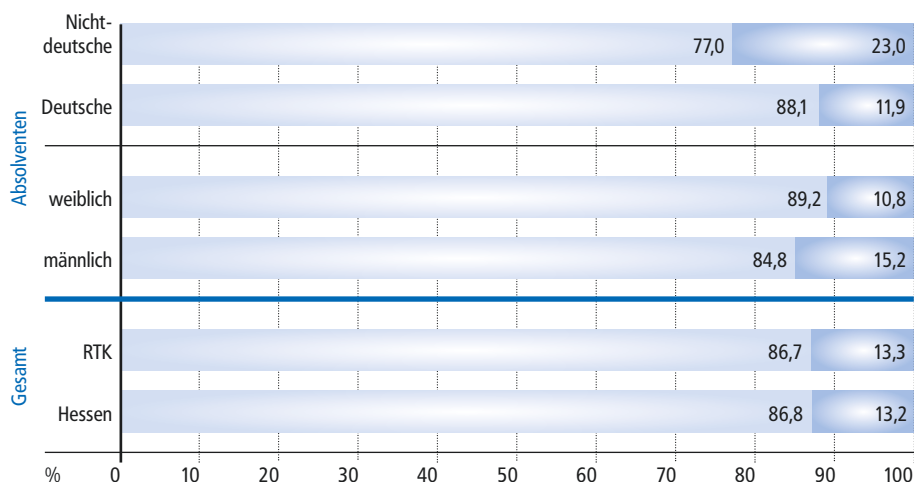


Abbildung 31

Erfolgsquote der Abschlüsse
an berufsbildenden Schulen
(Stand 2008/09)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt,
eigene Berechnungen

mit Abschluss
ohne Abschluss

**Nahezu jeder vierte
nicht-deutsche Schul-
abgänger verlässt das
berufliche Schulsystem
ohne Abschluss.**

Methodische Erläuterungen

An beruflichen Schulen erworbene allgemeinbildende Abschlüsse

Allgemeinbildende Schulabschlüsse werden von einem Teil der Absolventen beruflicher Schulen zusätzlich erworben.

Erfolgsquote der Abschlüsse an berufsbildenden Schulen

Die Erfolgsquote bezeichnet den Quotient aus der Zahl der erfolgreichen Absolventen und der Schulabgängerzahl insgesamt. Ein erfolgreicher Abschluss ist mit dem Erreichen des allgemeinbildenden oder beruflichen Bildungsziels des besuchten Bildungsgangs gegeben.

6. Hochschulen

Der Rheingau-Taunus-Kreis ist anders als städtische Ballungsräume kein typischer Hochschulstandort mit breitem Fächerangebot, so dass Studienanfänger aus dem Rheingau-Taunus-Kreis sich bei Aufnahme eines Studiums vermutlich nicht nach dem Kriterium der Wohnortnähe entscheiden. Viel eher dürfte bei der Aufnahme eines Studiums das gesamte Hochschulangebot im Rhein-Main-Gebiet relevant sein. Nichtsdestotrotz können Hochschulen als Standortfaktor für die Attraktivität einer Region gelten. Die Wirtschaft profitiert von einem gut ausgebildeten Arbeitskräftepotenzial. Zudem sind Studierende für die regionale Wirtschaft als Konsumenten interessant, z.B. für den regionalen Immobilienmarkt. Im Rahmen des lebenslangen Lernens nimmt die Bedeutung der Hochschulen als regionale Weiterbildungsanbieter zu. Es ist für die zukünftige Entwicklung zu erwarten, dass auch in Ausbildungsberufen eine stärkere Akademisierung stattfindet. Ob diese an den Hochschulen oder an Berufsakademien verwirklicht werden, bleibt abzuwarten.



6.1 Studienangebot

Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es zwei private und eine staatliche Hochschule. Die Hochschulen im Rheingau-Taunus-Kreis zeichnen sich durch ihr besonders profiliertes Studienangebot aus und sind wegen ihrer Einzigartigkeit von überregionaler Bedeutung. Die **EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.** stellt einen international renommierten Studienort für zukünftigen Managementnachwuchs dar und bietet zukünftig (in Wiesbaden) eine hochwertige Juristenausbildung an. Die staatliche **Hochschule RheinMain** mit Standort in Geisenheim bietet den ebenfalls international renommierten Studiengang Weinbau an. Die private **Hochschule Fresenius** hat ein besonderes Profil in gesundheitswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Studiengängen sowie Wirtschaft und Medien (→ Kapitel 8).



6.2 Studierende im Rheingau-Taunus-Kreis

Zum Wintersemester 2009/2010 waren im Rheingau-Taunus-Kreis 3.578 Studierende eingeschrieben, davon 359 nichtdeutscher Herkunft. Der Großteil der Studierenden ist in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben (→ Abbildung 32). Die Zahl der Studierenden in dieser Fächergruppe beträgt 1.705. Größere Fächergruppen sind die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften mit 1.093 Studierenden, gefolgt von Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften mit 644 Studierenden. Kleinere Fächergruppen mit unter 100 Studierenden sind die Ingenieurwissenschaften und der Bereich Mathematik und Naturwissenschaften.

Der Anteil der Studierenden an der altersgleichen Bevölkerung beträgt rund 20%. Im Rheingau-Taunus-Kreis sind Männer mit einem Anteil von 56% an der Zahl der Studierenden leicht überrepräsentiert. Deutschlandweit sind es rund 50%. In der Verteilung der Studierenden lassen sich deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede erkennen (→ Abbildung 32). Insbesondere im Bereich der Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften sind Frauen mit 80,9% stark überrepräsentiert. In allen anderen Fächergruppen sind Frauen unterrepräsentiert. Auffällig ist bspw. der mit 36,9% niedrige Anteil der Frauen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Rheingau-Taunus-Kreis. In Hessen liegt der Anteil der Frauen in dieser Fächergruppe bei 47,6%, deutschlandweit beträgt der Anteil sogar 49,5%.

Frauen in der Fächergruppe
Humanmedizin und
Gesundheitswissenschaften
stark überrepräsentiert

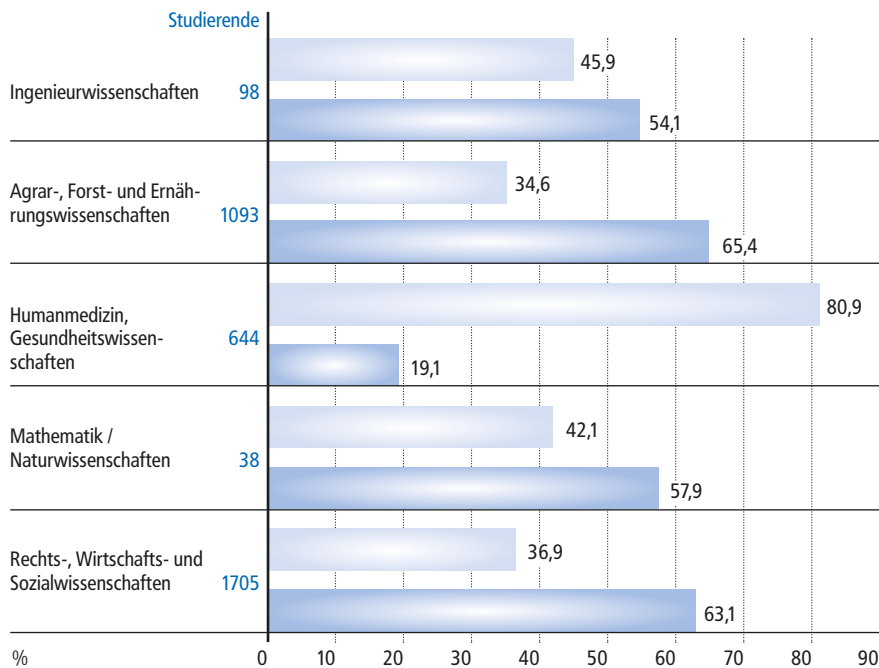




Abbildung 32

Studierende im Rheingau-Taunus-Kreis
(WS 2009/10)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt;
eigene Berechnung

 Frauen
 Männer

An der Verteilung der Studierenden nach Herkunft ist erkennbar, dass die Hochschulen im Rheingau-Taunus-Kreis mit ihrem Spezialangebot eine überregionale Bedeutung haben (→ Abbildung 33). Im Vergleich zum Hochschulstandort Frankfurt am Main mit seinem breiten Fächerangebot kommen die Studierenden im Rheingau-Taunus-Kreis aus einem größeren Einzugsgebiet. 57,5% der Studierenden kommen aus einem anderen Bundesland im Vergleich zu 26,2% in Frankfurt am Main.

**57,5% der Studierenden
im RTK kommen aus einem
anderen Bundesland**

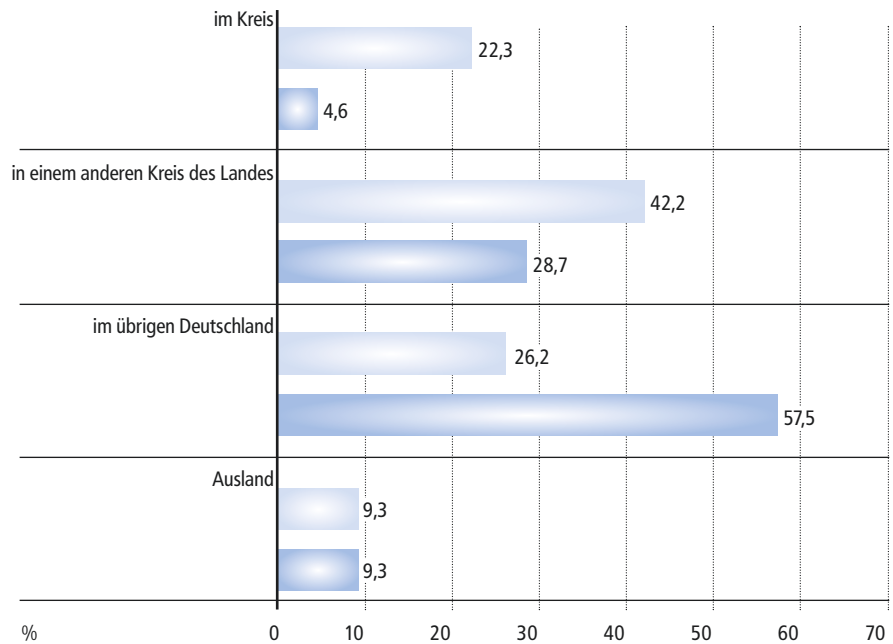
Abbildung 33

Herkunft der Studierenden
(Stand WS 2008/09)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt,
Hochschulstatistik; eigene Berechnungen

Frankfurt am Main, Stadt

Rheingau-Taunus-Kreis



Methodische Erläuterungen

Herkunft der Studierenden im Kreisgebiet

Die Herkunft der Studierenden wird nach dem Ort des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bestimmt.

Zahl der Hochschulabsolventen seit 2006 stark steigend

6.3 Zahl der Absolventen nach Fachgruppen

Die Zahl der Absolventen ist seit 2006 stark steigend. Insbesondere trifft dies auf die Fächergruppe der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu. Aber auch die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften sowie der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften zeigen im Zeitverlauf eine Zunahme von Absolventen. Der Bereich der Ingenieurwissenschaften zeigt weitgehend konstante Werte im Bereich von 20–40 Absolventen pro Jahr (→ Abbildung 34).

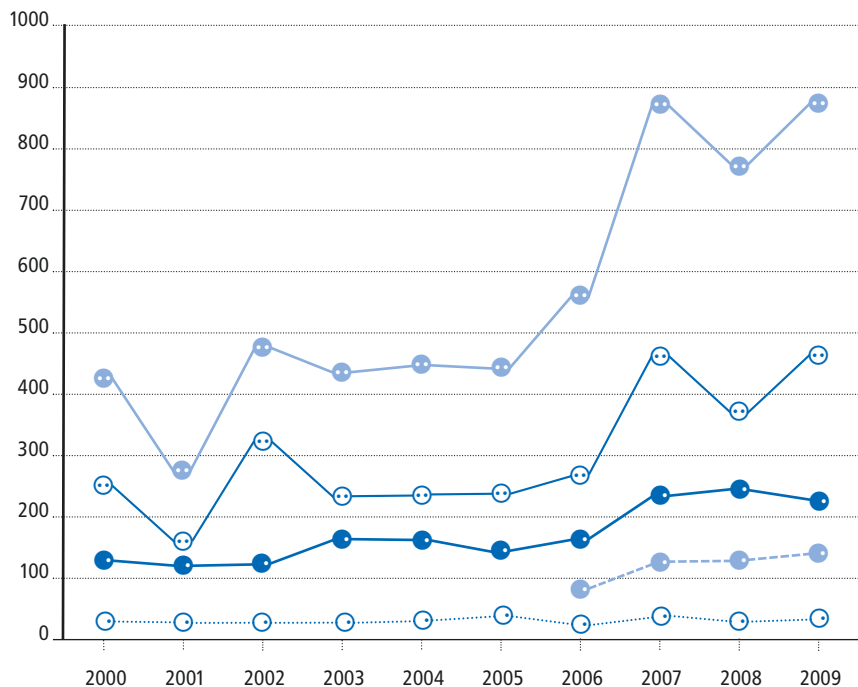


Abbildung 34
Hochschulabsolventen
nach Fachgruppen
(Zeitreihe von 2006 bis 2009)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt,
Hochschulstatistik

Rechts-, Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften

Humanmedizin,
Gesundheitswissenschaften

Agrar-, Forst- und
Ernährungswissenschaften

Ingenieurwissenschaften

Gesamt

7. Weiterbildung

Der Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung zeichnet sich durch die Besonderheit einer pluralen, vielfältigen Struktur von Einrichtungen und Angeboten aus. Historisch betrachtet erklärt sich dieses Phänomen dadurch, dass die Strukturen der Erwachsenenbildung aus zivilgesellschaftlichen Initiativen gewachsen sind und kaum staatlicher Steuerung unterliegen. Der Bereich der Erwachsenenbildung ist eng mit gesellschaftlichen Wandlungsprozessen verbunden und reagiert flexibel auf den sich verändernden Bildungsbedarf in der Bevölkerung. Das Angebotsspektrum in diesem Bildungssegment wurde in den letzten Jahrzehnten durch kommerzielle Anbieter erweitert, deren Anteil am Bildungsmarkt gegenüber den klassischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung wie bspw. den Volkshochschulen, Bildungswerken der Gewerkschaften und Kirchen in den letzten Jahren zugenommen hat.

Die Erwachsenenbildung/Weiterbildung lässt sich in offen zugängliche und in geschlossene Erwachsenenbildung einteilen: Zur geschlossenen Erwachsenenbildung werden interne Weiterbildungsangebote gezählt, die den Mitarbeitern bzw. Mitgliedern einer Organisation vorbehalten sind, z.B. innerbetriebliche Fortbildung. Zur offen zugänglichen Erwachsenenbildung zählen öffentliche Einrichtungen (z.B. die VHS), Angebote kommerzieller Träger und der Bildungswerke großer gesellschaftlicher Institutionen wie Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen.





Im Bereich Erwachsenenbildung / Weiterbildung gilt das sogenannte Subsidiaritätsprinzip, d.h. es gibt keine übergeordnete, zentrale Steuerung bzw. Abstimmung verantwortlicher Akteure. In den 90er Jahren hat sich die Entwicklung in der Weiterbildung – nicht zuletzt durch die schwieriger werdende Finanzierungssituation – verstärkt auf das Thema pädagogischer und organisatorischer Qualität in der Weiterbildung konzentriert. In Hessen hat diese Diskussion ihren institutionellen Niederschlag in der Gründung des Vereins Weiterbildung Hessen e. V. im Jahr 2007 gefunden, einem freiwilligen Zusammenschluss hessischer Bildungseinrichtungen. Die Aufgabe des Vereins besteht darin, Qualitätsstandards zu entwickeln und für mehr Transparenz im Weiterbildungsmarkt zu sorgen (→ Kapitel 1.2).

Das hessische Weiterbildungsgesetz schreibt den Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern die Errichtung und Unterhaltung von Einrichtungen der Weiterbildung vor. In der Regel handelt es sich dabei um Volkshochschulen. Das hessische Weiterbildungsgesetz schreibt außerdem ein sogenanntes Pflichtangebot für Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft vor. Dazu gehören unter anderem die politische Bildung, berufliche Bildung, Familienbildung, Gesundheitsbildung und allgemeine Schlüsselqualifikationen.

Die Volkshochschule ist deutschlandweit die flächendeckende Einrichtung im Bereich der Erwachsenenbildung. Die Besonderheit der Volkshochschulen ist ihre starke kommunale Anbindung. Die Volkshochschulen sehen sich einem ganzheitlichen Bildungsauftrag verpflichtet, d.h., es wird eine breite Angebotspalette vorgehalten. Das Bildungsangebot der Volkshochschulen steht allen Bürgern offen. Die Teilnahme ist freiwillig. Ausnahmen hiervon bilden Vertragsmaßnahmen bei besonderen Förderprogrammen, Kooperationen mit der Wirtschaft oder Kurse mit Altersbeschränkungen. In den letzten Jahren richtet sich die Angebotsplanung der Volkshochschulen verstärkt nach Zielgruppen bzw. sozialen Milieus. Als Leitprinzip gilt hierbei die Teilnehmerorientierung. Volkshochschulen haben ihrem Selbstverständnis nach die Aufgabe angenommen, insbesondere Bildungsangebote für Bildungsbenachteiligte zu schaffen, z.B. im Bereich des nachholenden Lernens.

Das Bildungsangebot der Volkshochschulen verzeichnet seit den 80er und 90er Jahren einen wachsenden Trend im Gesundheitsbereich und im EDV-Bereich (hier insbesondere im Bereich der Anwendungen). Es ist anzunehmen, dass der Gesundheitsbereich angesichts der demografischen Entwicklung und angesichts des steigenden Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung auch in Zukunft stark nachgefragt bleibt. Der Sprachenbereich ist der größte Programmbereich mit seit Jahren konstantem Anteil am Gesamtangebot. Häufiger als in der Vergangenheit werden Kurse nachgefragt im Bereich der Alltagskompetenzen, z.B. im Bereich der Familienbildung. Angebote im Bereich der politischen Bildung werden nicht mehr so häufig nachgefragt. Inwieweit Programmbereiche zukünftig Wachstumschancen haben, hängt nach Expertenmeinung vom Innovationspotenzial der Angebote ab.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung sind die Zuständigkeitsbereiche deutlich getrennt. Der Staat (vertreten durch die Agenturen für Arbeit) ist zuständig für die Weiterbildung der Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unternehmen sind für die betriebliche Weiterbildung, Privatpersonen für die eigene berufliche Weiterbildung verantwortlich.

Amtliche, statistische Daten liegen bisher nur für den Bereich der durch die Agentur für Arbeit geförderten beruflichen Weiterbildung vor. Im Bereich der arbeitsmarktbezogenen Weiterbildung haben die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre tiefgreifende Wirkungen gehabt: Die Zahl länger dauernder Umschulungen hat abgenommen. Die Zahl kurzzeitiger Maßnahmen zur Ergänzung beruflicher Qualifikationen hat zugenommen. Die Agenturen sind zudem angehalten, die Förderung beruflicher Weiterbildung am lokalen Arbeitskräftebedarf auszurichten.

7.1 Allgemeines Weiterbildungsangebot

Die Anzahl der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die gesondert Angebote für den Rheingau-Taunus-Kreis vorhalten, ist auf den ersten Blick überschaubar. Im Rheingau-Taunus-Kreis ist die Volkshochschule der wichtigste Bildungsanbieter im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung (→ Kapitel 8.4). Daneben halten die Kirchen ein flächendeckendes Angebot vor und die Hochschulen spezielle Weiterbildungen entsprechend des Profils ihres Studienangebots (→ Kapitel 8.5–8.7). Daneben existieren in der Region Einrichtungen, die nach strengen Definitionskriterien⁸ nicht als Weiterbildungseinrichtungen gelten.

Aufgrund der geographischen Lage muss man davon ausgehen, dass auch Bildungsangebote in Wiesbaden von den Bürgern des Rheingau-Taunus genutzt werden. Für den Bereich der Weiterbildung liegen kaum Daten in der amtlichen Statistik vor, daher lassen sich keine Angaben zu Weiterbildungspendlern in der Region machen. Belastbare statistische Daten werden bisher nur für die Volkshochschulen vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) erhoben, so dass vertiefte Analysen des regionalen Weiterbildungsangebots ohne eigene Erhebungen nicht möglich sind. Um die Spezifika des regionalen Weiterbildungsangebots darzustellen, ist für das Jahr 2011 die Veröffentlichung eines Weiterbildungsatlanten geplant, der detaillierte Informationen über das regionale Weiterbildungsangebot enthält (→ Kapitel 1.4).

7.2 Volkshochschule Rheingau-Taunus e. V.

Vergleicht man die Anteile der Programmbereiche der vhs Rheingau-Taunus e. V. mit den Hessenzahlen, zeigt sich ihr besonderes Profil. Der Vergleich durchgeführter Veranstaltungen im Jahr 2008 zeigt auf den ersten Blick ein nur geringfügig abweichendes Profil (→ Abbildung 35). Die größten Programmbereiche sind Sprachen mit einem Anteil von 32,7% im Rheingau-Taunus-Kreis und 32,5% hessenweit und Gesundheit mit einem Anteil von 28,7% bzw. 27,4% hessenweit. Niedrigere Programmbereichsanteile finden sich im Rheingau-Taunus-Kreis im Bereich Kultur und Gestalten mit 8,6% im Vergleich zu hessenweit 17,2%. Deutlich höhere Anteile finden sich im Bereich der Grundbildung und Schulabschlüsse mit 6,8% im Vergleich zu 2,0% hessenweit und im Bereich Arbeit und Beruf mit 16,4% im Vergleich zu 13,7% hessenweit.

Schaut man sich die Unterrichtsstunden an, fallen die Unterschiede deutlicher aus: Der Bereich Arbeit und Beruf hat mit 68,8% den größten Unterrichtsstundenanteil. Hessenweit beträgt der Unterrichtsstundenanteil in diesem Programmbereich nur 17,2%. Vermutlich ist die hohe Unterrichtsstundenzahl der



Größter Veranstaltungsbereich: Sprachen

Höchste Unterrichtsstundenzahl im Programmbereich Arbeit und Beruf

Anzahl von Teilnahmefällen im Programmbereich Arbeit und Beruf am höchsten

Abbildung 35

Veranstaltungen,
Unterrichtsstunden und Teilnehmer
an der VHS (Stand 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



61 Teilnahmefälle pro 1000 Einwohner

Tabelle 2

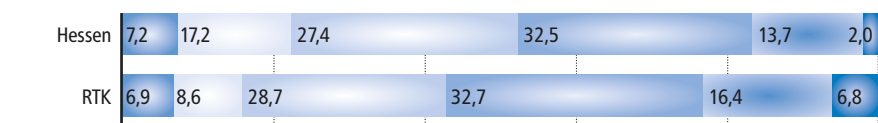
Zahl der Teilnahmefälle
an Volkshochschulen je
1000 EinwohnerInnen
(im Jahr 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt;
eigene Berechnungen

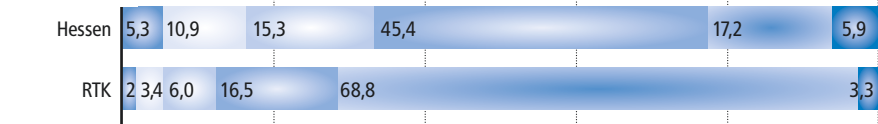
vhs Rheingau-Taunus e.V. auf das Veranstaltungsformat zurückzuführen. Im Programmbereich Arbeit und Beruf werden wahrscheinlich eher mehrwöchige Lehrgänge und weniger kurze Kursformate, wie z.B. Wochenendworkshops, angeboten.

Bei der Betrachtung der Teilnahmefälle zeigt sich ein ähnliches Bild: Der Programmbereich Arbeit und Beruf hat die meisten Teilnahmefälle. Rund 40% der Kursbelegungen entfallen auf diesen Bereich. Gefolgt vom Programmbereich Gesundheit mit rund 23% und dem Programmbereich Sprachen mit 21%.

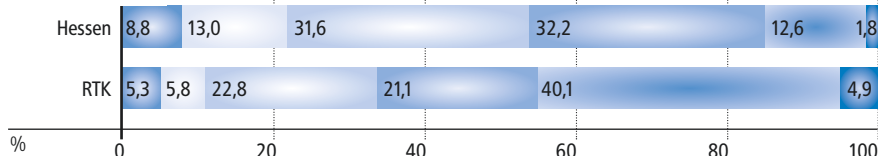
Veranstaltungen



Unterrichtsstunden



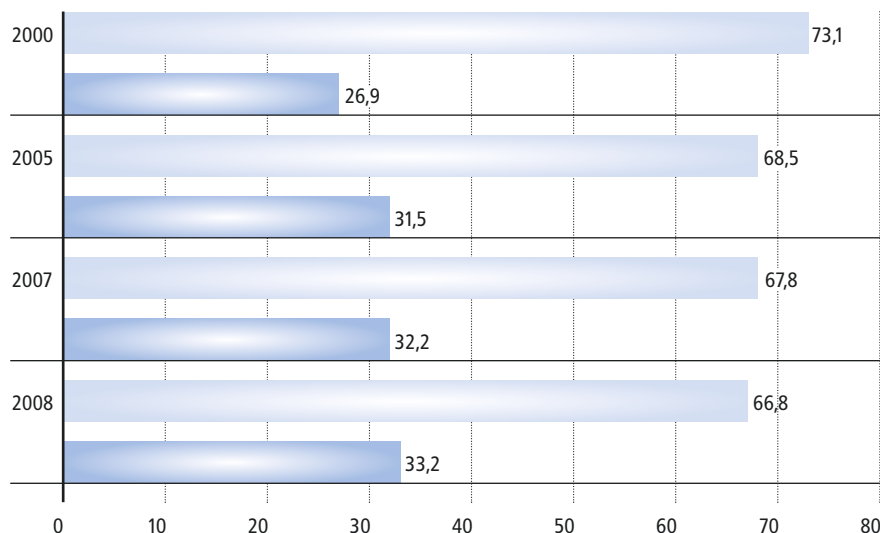
Teilnehmer



Die Teilnehmerzahl der **vhs** Rheingau-Taunus e.V. hat insgesamt von 2000 bis 2008 um 14,5 % zugenommen. Im Jahr 2008 hatte die **vhs** Rheingau-Taunus e.V. 11.120 Teilnahmefälle, das entspricht 61 Teilnahmefällen pro 1000 Einwohner. Dieser Wert liegt unter dem hessischen Landesdurchschnitt von 73 Teilnahmefällen pro 1000 und liegt im Vergleich mit ländlichen Kommunen in Hessen im Mittelfeld (→ Tabelle 2).

	Einwohnerzahl	TeilnehmerInnen	Pro 1000 EinwohnerInnen
Rheingau-Taunus-Kreis	183 487	11 120	61
Limburg-Weilburg	172 738	19 131	111
Vogelbergkreis	112 264	5 764	51
Schwalm-Eder-Kreis	185 310	9 751	53
Regierungsbezirk Kassel	1 231 503	87 954	71
Hessen	6 064 953	445 044	73

Bei den Teilnehmerzahlen zeigt sich eine deutliche Geschlechterdifferenz (→ Abbildung 36). Rund 67% der Teilnehmer im Jahr 2008 waren Frauen. In Zeitreihe zeigt sich, dass der Anteil der Männer stetig zunimmt. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der Männer nur 26,9% und ist seitdem unablässig auf 33,2% im Jahr 2008 gestiegen.



Methodische Erläuterungen

Teilnehmerzahlen

Als Teilnehmerzahlen gelten die einzelnen Kursbelegungen. Belegungen im allgemeinbildenden und beruflichen Programmbereich (inklusive arbeitsmarktbezogener Maßnahmen) werden zusammen gezählt.

7.3 Beteiligung an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung

Im Jahr 2008 haben 395 Personen im Rheingau-Taunus-Kreis an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit teilgenommen. Die Beteiligungsquote an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit ist im Vergleich zu anderen hessischen Landkreisen mit 9,2% im Rheingau-Taunus-Kreis relativ hoch (→ Abbildung 37).

Zunahme der Teilnahmefälle um 14,5% im Zeitraum von 2000 bis 2008

Abbildung 36
Anteil von Männern und Frauen an den Teilnehmern (Zeitreihe von 2000 bis 2008)

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen

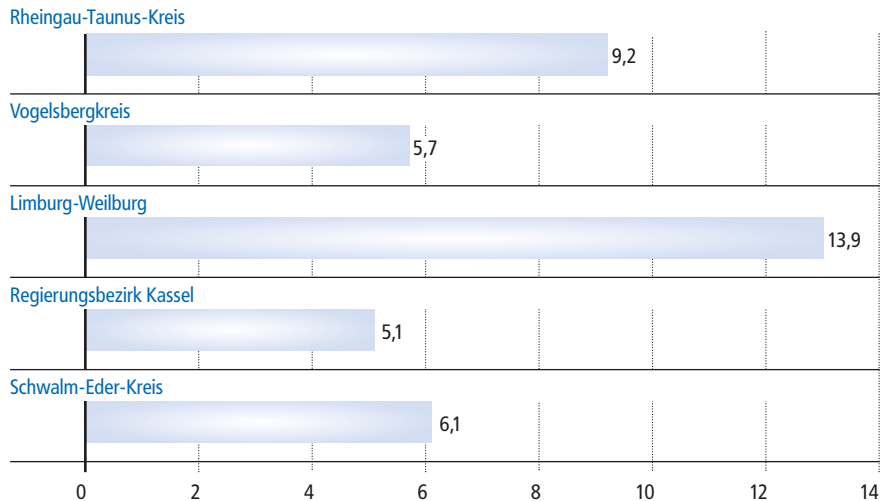


Beteiligungsquote an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung im interkommunalen Vergleich relativ hoch

Abbildung 37

Beteiligungsquote an
arbeitsmarktbezogener
Weiterbildung der
Bundesagentur für Arbeit
(Jahresdurchschnitt 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt;
Statistik der Bundesagentur für Arbeit

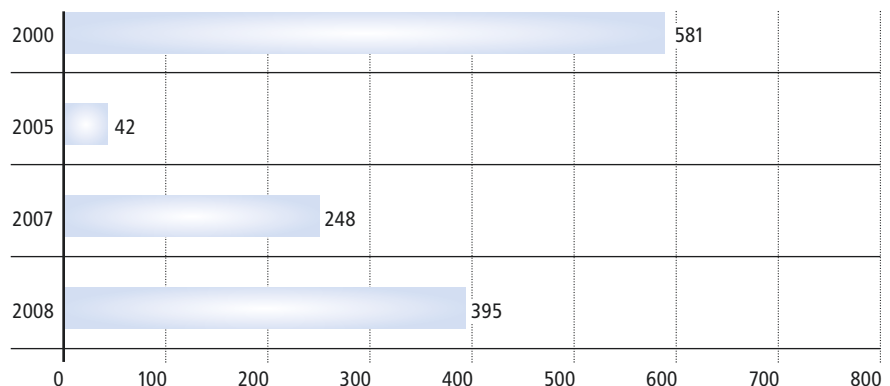


Die Eintritte in die Förderung der beruflichen Weiterbildung durch die Bundesagentur für Arbeit ist mit dem Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen 2004 eingebrochen und hat seitdem nicht mehr das Niveau vor der Einführung der Arbeitsmarktreformen erreicht (→ Abbildung 38). Der Grund dafür könnte ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen sein, die von der Agentur für Arbeit betreut werden.

Abbildung 38

Eintritte in Förderung der
beruflichen Weiterbildung
(Zeitreihe von 2000 bis 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt;
Statistik der Bundesagentur für Arbeit



**Beteiligungsquote an
arbeitsmarktbezogener
Weiterbildung steigt nach
Einbruch 2005**

Frauen nehmen im Rheingau-Taunus-Kreis überdurchschnittlich oft an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung der Bundesagentur für Arbeit teil (→ Abbildung 39). Während der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen rund 50% beträgt, beträgt die durchschnittliche Beteiligungsquote von Frauen an geförderten Maßnahmen 11,6% im Vergleich zu 6,7% bei Männern. Dieses Ergebnis ist vermutlich auf sozialgesetzliche Bestimmungen zurückzuführen, nach der die Agenturen für Arbeit angehalten sind, zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen beizutragen. Die Beteiligungsquote von Ausländern liegt mit 3,3% weit unter der durchschnittlichen Beteiligungsquote von 9,2%.

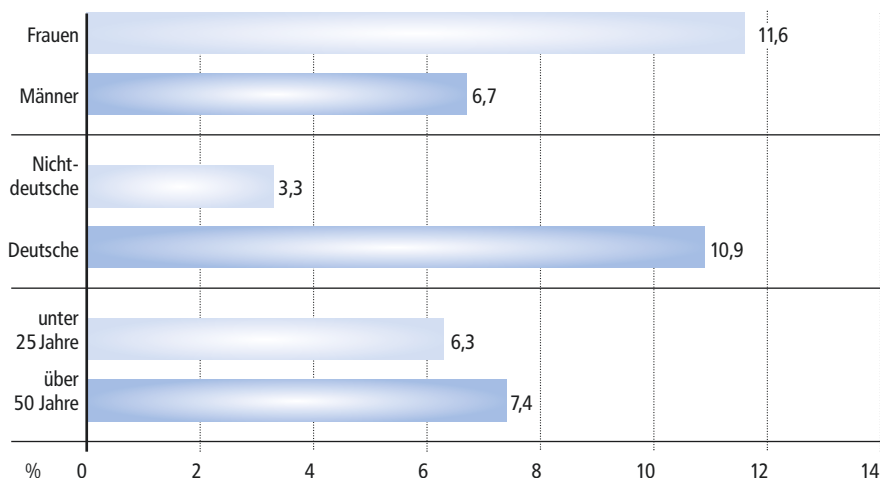


Abbildung 39

Beteiligungsquote nach
Arbeitslosengruppen
(Jahresdurchschnitt 2008)

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt;
Statistik der Bundesagentur für Arbeit

**Frauen nehmen häufiger an
arbeitsmarktbezogener
Weiterbildung teil**

Methodische Erläuterungen

Beteiligungsquote an arbeitsmarktbezogener Weiterbildung

Die Beteiligungsquote wird in Bezug zur Anzahl der Arbeitslosen in der entsprechenden Bevölkerungsgruppe ausgewiesen.

Daten von zugelassenen kommunalen Trägern (Optionskommunen) sind ab 2005 bei der Bundesagentur für Arbeit nicht verfügbar.

Zusammenfassung der Ergebnisse des Bildungsberichts

Regionale Disparitäten

Die ausgewählten Sozialdaten geben einen ersten Hinweis darauf, dass die soziale Belastung in den städtisch geprägten Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis höher ist als in den ländlichen Gemeinden. Städtisch geprägte Kommunen weisen einen höheren Anteil an nicht-deutscher Bevölkerung auf. Der Anteil der Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben, ist deutlich höher. Beide Bevölkerungsgruppen, Migranten sowie Kinder und Jugendliche mit schwachem sozialem Hintergrund, haben im Allgemeinen ungünstigere Bildungschancen.

Trend zu höherer Bildung

Die Entwicklung im allgemeinbildenden Schulsystem ist positiv. Es zeigt sich der Trend zu höherer Bildung, der sich in der Wahl höherer Bildungsgänge und dem Erwerb höherer Bildungsabschlüsse niederschlägt. Die Zahl der Schulabgänger, die ohne Abschluss die Schule verlassen, ist rückläufig. Die Zahl junger Menschen ohne Hauptschulabschluss ist im Rheingau-Taunus-Kreis mit 2,4 % Prozent äußerst niedrig.

Stabiles Berufsausbildungssystem

Der Ausbildungsmarkt stellt sich relativ stabil dar. Konjunkturelle Schwankungen in einzelnen Branchen werden insgesamt aufgefangen. Seit 2005 ist ein leichter Rückgang der Ausbildungsaktivitäten bei mittleren und größeren Betrieben zu verzeichnen.

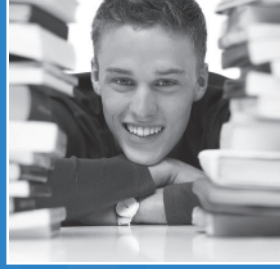
Der Anteil der Schüler, die im Übergangssystem aufgefangen werden, ist bei konstant bleibenden Schulabgängerzahlen rückläufig. Das kann auf eine Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt hindeuten oder auf die Wirkung pädagogischer Interventionen.

Ausgeprägte Geschlechterdifferenzen

Jungen werden im Rheingau-Taunus-Kreis häufiger später eingeschult. Junge Männer treten weniger oft als junge Frauen in die gymnasiale Oberstufe über und erwerben weniger häufig die Hochschulreife. Der Übergang in das Berufsbildungssystem gelingt jungen Männern weniger gut. Im Übergangssystem sind junge Männer überrepräsentiert und sie sind häufiger von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Bei den Schulabgängern beruflicher Schulen ohne Berufsabschluss beträgt ihr Anteil 65 %.

Nicht-deutsche Schüler an der Hauptschule überrepräsentiert

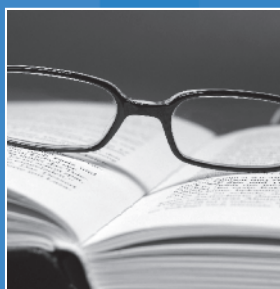
Während bei deutschen Schülern ein Trend zu höherer Bildung zu beobachten ist, zeigt sich dieser Trend bei nicht-deutschen Schülern nicht in gleicher Weise. Ein recht hoher Prozentsatz besucht die Hauptschule und erwirbt einen Hauptschulabschluss. Während 65 % der nicht-deutschen Schüler einen Hauptschulabschluss erwerben, sind es bei deutschen Schülern nur 14,6 %.



3

Teil III

Selbstdarstellungen



Teil III Selbstdarstellungen

Im Folgenden finden sich die Selbstdarstellungen wichtiger Bildungsinstitutionen im Rheingau-Taunus-Kreis. Die Auswahl der dargestellten Bildungseinrichtungen für den vorliegenden Bildungsbericht richtet sich nach der Bedeutung, die diese Institutionen für und über die Region hinaus haben. In den Selbstdarstellungen finden sich Informationen sowie einige Daten und Fakten zur jeweiligen Einrichtung. Um die Profile der Bildungseinrichtungen im Elementarbereich und im Primarbereich darzustellen, führt **Lernen vor Ort** eigene Erhebungen durch. Bei der Darstellung der Schulprofile der weiterführenden Schulen sei an dieser Stelle auf die Erhebung des Wiesbadener Kuriers verwiesen. Die Veröffentlichung der Profile der Bildungseinrichtungen im Elementarbereich und der allgemeinbildenden Schulen erfolgt aus Platzgründen online auf www.lernen-vor-ort.net. Die Selbstdarstellungen der beruflichen Schulen, der GBW und der **vhs** Rheingau-Taunus e.V. sind vom Kooperationspartner von Lernen vor Ort, dem HESSENCAMPUS, zur Verfügung gestellt worden. Die Selbstdarstellungen der Hochschulen sind freundlicherweise von den Einrichtungen selbst verfasst worden.

8. Die inhaltlichen Profile der Bildungseinrichtungen

Die beiden beruflichen Schulen mit den beiden Standorten in Geisenheim und Taunusstein haben für die Qualifizierung des regionalen Arbeitskräftepotenzials eine wichtige Bedeutung. Sie bereiten junge Menschen auf den beruflichen Einstieg vor, vermitteln ihnen eine berufsfeldbezogene Grundbildung und bieten vom Hauptschulabschluss bis zur Allgemeinen Fachhochschulreife vielfältige schulische Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Beruflichen Schulen Rheingau und Untertaunus bilden zudem die beiden zukünftigen Standorte des HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus.

Die GBW ist als Eigenbetrieb des Rheingau-Taunus-Kreises eine wichtige Einrichtung zur Qualifizierung und Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen und Personen ohne Ausbildung. Die Besonderheit des Ausbildungskonzepts der GBW ist die Vorbereitung auf die Arbeitswelt durch praxisnahes und erfahrungsgestütztes Lernen. Die beiden Standorte der GBW befinden sich in Taunusstein und Geisenheim. Die GBW ist Kooperationspartner des HESSENCAMPUS Rheingau + Taunus.

Die **vhs** Rheingau-Taunus e.V. ist die wichtigste kommunale Einrichtung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Erwachsenenbildung. Eine Besonderheit der regionalen Volkshochschule ist die Vielzahl an Projekten, die mit BMBF- bzw. EU-Mitteln finanziert werden, z.B. zur Förderung benachteiligter Jugendlicher. Kurse werden im ganzen Rheingau-Taunus-Kreis vorgehalten. Die Initiative HESSENCAMPUS ist bis jetzt an der **vhs** angegliedert.

Die drei Hochschulen im Rheingau-Taunus-Kreis haben ein Innovationspotenzial mit überregionaler Bedeutung und besitzen internationales Renommee. Die Hochschule RheinMain mit Standort in Geisenheim besitzt ein Alleinstellungsmerkmal im Rhein-Main-Gebiet in der universitären Ausbildung im Bereich des Weinbaus und der Getränketechnologie. Die EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr. ist die erste Wirtschaftsuniversität Deutschlands und bildet auf dem Campus in Oestrich-Winkel Managementnachwuchs aus. Die private Hochschule Fresenius mit ihren Standorten in Köln, Hamburg, München, Darmstadt, Zwickau und Wien hat ihren Hauptsitz in Idstein. Die Hochschule Fresenius zeichnet sich durch eine enge Verbindung von Forschung und Ausbildung aus, vorrangig in den Bereichen Chemie und Biologie sowie Gesundheit.

8.1 Berufliche Schulen Rheingau

Wir, die Beruflichen Schulen Rheingau (BSR), haben unseren Standort in Geisenheim – inmitten einer bekannten Weinbauregion. Hier unterrichten wir gemeinsam mit der Forschungsanstalt für Wein- und Gartenbau angehende **Winzer** und **Fachkräfte für Fruchtsafttechnik**. Ausgebildet und qualifiziert wird außerdem in den Fächern **Metall-, Elektro- und Holztechnik, Wirtschaft und Verwaltung, Gastronomie, Agrarwirtschaft, Sozialpflege und Sozialpädagogik** sowie **Verkehr, Transport, Logistik**.

Absolventen allgemeinbildender Schulen ermöglichen wir weiterführende Schulabschlüsse. In der zweijährigen Berufsfachschule kann der mittlere Abschluss und in der Fachoberschule die allgemeine Fachhochschulreife erreicht werden. Ebenso richten wir uns auch an **Jugendliche ohne Hauptschulabschluss** und mit besonderem Förderbedarf. Durch gezielte Betreuung und Beratung, die Stärkung der Persönlichkeit, fachgebundenen Unterricht und einen hohen Praxisanteil unterstützen und qualifizieren wir sie für den Einstieg in die Arbeitswelt.

Zusammen mit der **Reformschule Rheingau**, Oestrich-Winkel, gestalten wir institutionsübergreifend den Übergang von der Schule in den Beruf. Unterricht in der Berufsschule, Praktika sowie eine professionelle und individualisierte Bildungsberatung geben den Jugendlichen einen Einblick in die weiterführende allgemeine oder berufliche Bildung und Ausbildung.

In der höheren Handelsschule können Jugendliche Grundkenntnisse im kaufmännischen Bereich erwerben.

Eines unserer zentralen Anliegen ist ein pädagogisches Konzept, das die Schülerinnen und Schüler mediengestützt zu selbstverantworteten Lernen führt.

Schüler in Vollzeit:	647
Schüler in Teilzeit:	350
Lehrpersonal:	59
Schülerzahlen nach Fachgebiet:	
Metall-, Elektro- und Holztechnik:	68
Wirtschaft und Verwaltung:	334
Gastronomie:	165
Sozialpflege und Sozialpädagogik:	170
Agrarwirtschaft:	93
Getränketechnik:	132
Verkehr, Transport, Logistik:	35



Kontakt

**Berufliche Schulen Rheingau
des Rheingau-Taunus-Kreises**

Winkeler Straße 99-101

65366 Geisenheim

Fon: 06722/8559-6018

www.bs-geisenheim.de





Kontakt
Berufliche Schulen
Untertaunus
 Pestalozzistraße 5
 65232 Taunusstein
 Fon: 06128/92660
 www.bsutaunus.de

bsu

Berufliche Schulen Untertaunus

8.2 Berufliche Schulen Untertaunus

Die Beruflichen Schulen Untertaunus (BSU) sind eine von zwei Beruflichen Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis. Rund 1000 junge Menschen aus den Gemeinden des Untertaunus bereiten sich bei uns auf **weiterführende Schulabschlüsse** vor, **qualifizieren** sich für den Einstieg in entsprechende Ausbildungsberufe bzw. Studiengänge der Fachhochschule oder absolvieren eine qualifizierte **Berufsausbildung**.

Unser Angebot orientiert sich an den wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Region. Es umfasst die Felder **Metall-, Informations- und Elektrotechnik, Wirtschaft und Verwaltung, Ernährung/Hauswirtschaft und Gesundheit**.

Wichtig ist für uns, **Bildung auf den „ganzen“ Menschen auszurichten**. So haben wir die Förderung von Selbstständigkeit und Gemeinsinn, von kultureller und medialer Kompetenz, von kommunikativen Fähigkeiten fest in unserem Schulprogramm verankert. Didaktik und Methodik binden Erkenntnisse und Anforderungen der gegenwärtigen Bildungsdiskussionen mit ein. Gelernt wird zum Beispiel im eigenen Bistro, im eigenen PC-Labor und in der Metallwerkstatt anhand von realen Aufträgen.

Eines unserer besonderen Anliegen ist die Entwicklung der BSU zu einer zeitgemäßen und **offenen Schule** und damit zu einem verlässlichen Bildungspartner in der Region – für Schüler und Eltern, für Referendare und Praktikanten, für Ausbilder und Arbeitgeber, für Interessierte und Experten.

Schüler in Vollzeit:	568
Schüler in Teilzeit:	302
Lehrpersonal:	51
Schülerzahlen nach Fachgebiet:	
Metall-, Informations- und Elektrotechnik:	286
Wirtschaft und Verwaltung:	514
Ernährung/Hauswirtschaft:	51
Gesundheit:	19

8.3 GBW – Gesellschaft für Qualifizierung, Aus- und Fortbildung im Rheingau-Taunus-Kreis mbH

GBW steht für Geprüfte Beständige Wertarbeit. Dieses Namenskürzel tragen wir als **kreiseigene, gemeinnützige Gesellschaft für Qualifizierung, Aus- und Fortbildung** im Rheingau-Taunus-Kreis. Unsere Aufgabe ist es, **langzeitarbeitslose Menschen** und Personen ohne Ausbildung und Arbeitserfahrung auf dem Weg in den beruflichen Alltag zu begleiten.

Wir qualifizieren unsere Kundinnen und Kunden für Tätigkeiten in verschiedenen Dienstleistungsbereichen und beschäftigen sie selbst bis zum erfolgreichen **Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt**. Insbesondere junge Menschen erhalten bei uns die Möglichkeit, anerkannte **Ausbildungsabschlüsse** zu erlangen. Praxismotiv und erfahrungsgeleitetes Lernen sowie theoretischer Unterricht im Wechsel führen Erwachsene und Jugendliche wieder an das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt heran. Wesentliche Bausteine unserer Qualifizierungsmaßnahmen sind dabei die kontinuierliche und **individuelle Betreuung** sowie schließlich die Hilfe bei anstehenden Bewerbungen.

Wichtig ist uns – den rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – zudem die **Wertschätzung** untereinander. Ebenso bringen wir unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern Anerkennung für Geleistetes entgegen und ermutigen und bestärken sie für die nächsten Entwicklungsschritte. Wir schaffen und festigen Verbindungen zu Kommunen, kreiseigenen Einrichtungen, Kirchen und gemeinnützigen Institutionen sowie zu verschiedenen Handwerksbetrieben und Dienstleistungsunternehmen der Region.

Auszubildende:	27
Teilnehmende in Qualifizierungen:	390
Ausbildungspersonal:	20
Ausbildungsgänge und Teilnehmerzahlen:	
Bürokaufmann / -frau:	offen
Kaufmann / -frau für Bürokommunikation:	2
Fachkraft für Möbel-, Küchen- und Umzugsservice:	2
Landschaftsgärtner / -in:	1
Hauswirtschaftler / -in:	1
Hauswirtschaftshelfer / -in:	offen
Koch / Köchin:	4
Krankenpflegehelfer / -in:	10
Maler / -in und Lackierer / -in:	8



Kontakt

Geschäftssitz

Taunusstein
Konrad-Adenauer-Straße 15
65232 Taunusstein
Fon: 06128 / 9147-0;
E-Mail: info@gbw-rtk.de
www.gbw-rtk.de

Geschäftsstelle

Geisenheim
Chauvignyst. 21
65366 Geisenheim





Kontakt

vhs Rheingau-Taunus e. V.
Geschäftsstelle Taunusstein
Erich-Kästner-Straße 5
65232 Taunusstein
Fon: 06128/9277-0
E-Mail: info@vhs-rtk.de
www.vhs-rtk.de



8.4 Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.

Die Volkshochschule (vhs) Rheingau-Taunus e.V. ist das öffentlich verantwortete Aus- und Weiterbildungszentrum des Kreises und gemeinnützige Einrichtung des lebensbegleitenden Lernens.

Wir sind dreifach zertifiziert nach dem für Bildungseinrichtungen entwickelten Qualitätsmodell »LQW 2« (Lernerorientierte Qualität in der Weiterbildung) und nach AZWV (Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung) und als Mitglied im Verein Weiterbildung Hessen e. V. Unser Angebot umfasst in jedem Jahr über 850 unterschiedliche Veranstaltungen und Kurse, die nahezu alle privaten und beruflichen Lebensbereiche abdecken.

Grundsätzlich stehen wir allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern offen und halten – im Sinne des **lebenslangen Lernens** – zudem Angebote für besondere Zielgruppen, wie Kindergartenkinder oder die Generation 50plus, bereit. Wichtig ist uns, ein verlässlicher Lernpartner unserer Kunden zu sein. Wir möchten das Lernen als Gewinn und positive Erfahrung erlebbar machen und Menschen über neue Wege und Formen zum Lernen ermutigen.

Besondere **Verantwortung übernehmen wir für die arbeitsmarktpolitische Situation** im Kreis. Rund 70 Prozent unserer Dienstleistungen beziehen sich auf die berufliche Bildung und Ausbildung. In Zusammenarbeit mit den Jobcentern, der Arbeitsagentur sowie den Beruflichen Schulen im Kreis beraten, betreuen und qualifizieren wir Arbeit suchende Jugendliche und Erwachsene auf dem Weg in den Arbeitsalltag.

Neben den beruflichen, gesellschaftsspezifischen, gesundheitsbezogenen und kulturellen Fortbildungen bieten wir zudem zahlreiche **Sprachkurse unterschiedlicher Niveaus** an, die sich alle nach europaweit einheitlichen Standards und Zertifizierungsmöglichkeiten richten.

Unsere Einrichtung ist Trägerin zahlreicher innovativer Bildungsprojekte.

Festangestellte Mitarbeiter:	91
Dozenten:	368
Projekte:	21
Kursteilnehmer:	7000
Projektteilnehmer und Besucher:	4000

8.5 EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.

Die EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr. ist die erste Wirtschaftsuniversität in Deutschland.

Die **EBS Business School** bildet, als Pionier der deutschen Business Schools, seit 1971 künftige Führungspersönlichkeiten mit internationaler Perspektive aus. Als eine der renommiertesten betriebswirtschaftlichen Fakultäten des Landes steht sie für wissenschaftliche Exzellenz in Forschung und Lehre, Innovation und Unternehmmergeist. Forschung und Studium werden stetig ausgebaut, aktualisiert und internationalisiert. Im Verständnis der EBS bedeutet Leadership mehr als Gewinnmaximierung und Shareholder Value: Sie legt großen Wert darauf, dass die Studierenden ihre Persönlichkeit entwickeln können, soziale Verantwortung übernehmen, ethisch handeln, nachhaltig und werteorientiert entscheiden.

Die **EBS Law School** ist die jüngste juristische Fakultät in Deutschland. Als solche hat sie den Anspruch, auch die modernste und innovativste zu sein und in der deutschen Juristenausbildung neue Standards zu setzen. Ab Herbst 2011 bietet die EBS Law School am Standort Wiesbaden als erste und einzige Universität in Deutschland ein vollwertiges, klassisches Jurastudium mit integriertem Schwerpunkt im Wirtschaftsrecht an.

Das Ausbildungsprofil geht vom klassischen Jura-Studium mit dem Abschlussziel der ersten juristischen Prüfung (früher: 1. Staatsexamen) aus. Mit dem Bachelor of Laws (LL.B.) und einem integrierten Master of Arts in Business erwerben die Absolventen der EBS Law School drei hochwertige Abschlüsse der EBS Law School und der EBS Business School in nur 4,5 Jahren. Partner der EBS Law School sind renommierte (Groß-)Kanzleien ebenso wie der Bundesgerichtshof, die Bundesrechtsanwaltskammer und der Deutsche Richterbund.

Einrichtungen	Fakultäten:	2 (BWL / JURA)
Studierende im WS 2010/11	Studierende:	1.200 (BWL)
	Ausländische Studierende:	180
Studium	Studiengänge:	9
	BWL: 2 Bachelor- u. 7 Masterprogramme Jura: klassisches Jurastudium mit Abschlussziel „Erste Juristische Prüfung“ (früher: 1. Staatsexamen)	
Kooperationen	Forschungsinstitute:	13 (im Bereich BWL)
	Wissenschaftlich Beschäftigte:	156
Personal	Professuren:	84
	Stiftungsprofessuren:	20
	Sonderprofessuren: 13 Adjunct Professoren, 22 Honorar Professoren	
Weiterbildungsangebote	Aufbaustudiengänge:	4 (Full-time MBA, Master in Business Innovation, DBS & EBS Executive MBA, EMBA in Health Care Management)
	Executive Education: Zertifikatsprogramme in 8 Schwerpunktbereichen	



Kontakt

EBS Universität für Wirtschaft und Recht i. Gr.

Gustav-Stresemann-Ring 3
65189 Wiesbaden

Fon: 0611 / 7102-00

EBS Campus Rheingau

Rheingaustr. 1
65375 Oestrich-Winkel
www.ebs.edu

Studienberatung

Bachelor: Nadine Mohr

Fon: 0611 7102-1589

E-Mail: nadine.mohr@ebs.edu

Master: Daniel Kagel

Fon: 0611 / 7102-1574

E-Mail: daniel.kagel@ebs.edu

MBA: Amanda Hänel

Fon: 0611 / 7102-1572

E-Mail: amanda.haenel@ebs.edu

Jura: Nadine Mohr

Fon: 0611 / 7102-1589

E-Mail: nadine.mohr@ebs.edu

EBS  **Universität**
für Wirtschaft und Recht



Kontakt

Hochschule RheinMain
University of
Applied Sciences

Wiesbaden
 Rüsselsheim
 Geisenheim

Dekanat Fachbereich Geisenheim
 Von-Lade-Straße 1
 65366 Geisenheim
www.hs-rm.de/fbg

Studienberatung:

Zuständig für Geisenheim:
 Chantal Mommertz
 Fon: 0611/94 95-1595
 Fax: 0611/94 95-1594
 E-Mail: studienberatung@hs-rmde



Hochschule RheinMain
 University of Applied Sciences
 Wiesbaden Rüsselsheim Geisenheim

8.6 Hochschule RheinMain, Standort Geisenheim

Die Hochschule RheinMain bietet optimale Bildungs- und Berufschancen, indem sie ihre günstige geographische Lage, ihre konsequente Nähe zum Markt und zur Gesellschaft, ihre Forschungsaktivitäten und ihren gelebten Teamgeist zu einzigartiger Praxis- und Lebensnähe verbindet. Der Fachbereich Geisenheim ist der »Grüne Fachbereich« der Hochschule RheinMain. In Geisenheim im schönen Rheingau mit seinen typischen Weinbergen liegt der Campus Geisenheim. Hier studieren knapp 1000 Studierende in den Studiengängen Gartenbau, Internationale Weinwirtschaft, Landschaftsarchitektur, Weinbau und Getränketechnologie. Partner der akademischen Ausbildung am Campus ist die weltweit renommierte Forschungsanstalt Geisenheim. Durch die enge Verbindung beider Institutionen ergänzen sich angewandte Forschung und praxisbezogenes Studium in Geisenheim in optimaler Weise. Resultat dieser Zusammenarbeit ist unter anderem das deutschlandweit erste von einer Fachhochschule kollegial betriebene Doktorandenkolleg.

Einrichtungen	Fakultäten in Geisenheim:	1
Studierende im WS 2010	Studierende in Geisenheim: rund	1100
	Ausländische Studierende in Geisenheim:	40
Studium	Studiengänge in Geisenheim:	
	Bachelorstudiengänge:	4
	Masterstudiengänge:	2
	Doktorandenkolleg:	1
Kooperationen	Forschungsinstitute:	1
	Justus-Liebig-Universität in Gießen	
Personal	Wissenschaftlich Beschäftigte:	30
	Professuren:	32
Weiterbildungsangebote	IWI (Institut für Weiterbildung im Beruf), Campus Geisenheim GmbH	

8.7 Hochschule Fresenius

Mit über 3.200 Studierenden und Berufsfachschülern an sieben Standorten mit insgesamt drei Fachbereichen (Chemie & Biologie, Gesundheit und Wirtschaft & Medien) ist die Hochschule Fresenius einer der größten und renommiertesten privaten Bildungsträger in Deutschland. Die Hochschule geht auf das 1848 in Wiesbaden gegründete Chemische Laboratorium Fresenius zurück. Praxisnahe, innovative und zugleich auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes ausgerichtete Studien- und Ausbildungsinhalte sowie kleine Studiengruppen sind nur einige der vielen Vorteile der Bildungsangebote der Hochschule Fresenius mit Stammsitz in Idstein. Die Hochschule Fresenius kooperiert national und international mit zahlreichen Universitäten, Instituten, Produktions- und Dienstleistungsunternehmen und Kliniken.

Einrichtungen	3 Fachbereiche: Chemie & Biologie, Gesundheit, Wirtschaft & Medien, außerdem angebundene Berufsfachschulen in Chemie & Biologie und Gesundheit	
Studierende im WS 2010/11	Studierende:	ca. 1.300
	Berufsfachschüler:	ca. 400
	Ausländische Studierende:	52
Studium	Studiengänge:	
	Vollzeit-Bachelor-Programme:	13
	Vollzeit-Master-Programme:	5
	berufsbegleitende Bachelor-Programme:	9
	berufsbegleitende Master-Programme:	4
Forschung	Sonderforschungsbereiche:	
	Chemische Analytik	
	Physiotherapie / Bewegungsanalyse	
	Gesundheitsökonomie	
Kooperationen	Forschungsinstitute:	2
	Institute for Analytical Research	
	Research Institute: „Pharma- & Health Economics & Health Care Research“	
Personal	Professuren:	38
	Stiftungsprofessuren:	2 (Naturheilkunde und Logistik)
Weiterbildungsangebote	Aufbaustudiengänge:	
	berufsbegleitende Bachelor-Programme:	9
	berufsbegleitende Master-Programme:	4



Kontakt

Hochschule Fresenius

Limburger Straße 2

65510 Idstein

Fon: 06126 / 9352-0

Fax: 06126 / 9352-10

E-Mail: idstein@hs-fresenius.de

www.hs-fresenius.de





Kontakt

HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus Projektbüro

c/o vhs Rheingau-Taunus e.V.
Erich-Kästner-Str. 5
65232 Taunusstein
06128/9277-47
www.hc-r-t.de

HESSENCAMPUS RHEINGAU+TAUNUS
Lebensbegleitendes Lernen

8.8 HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus

Anfang 2007 wurde im Rheingau-Taunus-Kreis die Entwicklungspartnerschaft HESSENCAMPUS zwischen dem Land Hessen (Hessisches Kultusministerium) und dem Rheingau-Taunus-Kreis geschlossen. Dabei wurde vereinbart, dass die regionalen Partner, Berufliche Schulen Rheingau und Berufliche Schulen Untertaunus, die vhs Rheingau-Taunus e.V., die GBW Gesellschaft für Qualifizierung, Aus- und Fortbildung im Rheingau-Taunus-Kreis mbH, der Fachdienst Schule, Hochbau und Liegenschaften, Sport und Kultur, das Staatliche Schulamt, die LERNENDE NETZWERK REGION, die Reformschule Rheingau und die Integrierte Gesamtschule Obere Aar, ein System Lebensbegleitenden Lernens entwickeln, das zur Erhöhung der Bildungsbeteiligung in der Region führen soll. Dabei werden regionale Lösungen entwickelt, die auf den regionalen Voraussetzungen aufsetzen. So wurde an die Erfahrungen und die Zusammenarbeit in der LERNENDEN NETZWERK REGION angeknüpft, nämlich an die gute Zusammenarbeit und an das Einbeziehen von Kooperationspartnern aus verschiedenen Sektoren. Schwerpunktthemen im HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus sind Bildungsberatung, Selbstverantwortung lernen, internationale Kooperationen und Sprachförderung. Koordiniert und durchgeführt wird das Projekt im Projektbüro, das mit drei Mitarbeiterinnen in Teilzeit besetzt ist. HESSENCAMPUS wird vom Land Hessen inzwischen in 21 hessischen Städten und Kommunen gefördert. Durch landesweite Vereinbarungen und Leitlinien werden Standards entwickelt, die HESSENCAMPUS auszeichnen.

Bildungsberatung: Navigationshilfe zum Lebensbegleitenden Lernen

Zentrales Thema aller HESSENCAMPUS-Initiativen ist das Thema Bildungsberatung. Das Angebot für Bildungsberatung im Rheingau-Taunus-Kreis wurde seit 2007 systematisch erweitert. Zehn Fachkräfte aus den Partnereinrichtungen wurden als Bildungsberater qualifiziert. Die Bildungsberatung wird nach dem „Hausarztmodell“ umgesetzt, d.h. die Lernenden können sich an die zentrale Anlaufstelle oder an die einzelnen Berater wenden, die sie dann je nach Anliegen passgenau weitervermitteln. Damit die Berater aktuell informiert sind, wurde der „Beraterkreis Weiterbildungsberatung Wiesbaden-Rheingau-Taunus-Kreis“ mit den Beratern der Wirtschaftsverbände gegründet, an dem auch Qualifizierungsbeauftragte und freie Berater teilnehmen und ein regelmäßiger Austausch der Berater im HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus hergestellt. Zur Weiterentwicklung der Angebote, zum Austausch und zur Umsetzung der landesweiten Leitlinien HC Bildungsberatung treffen sich die HC-Berater in verschiedenen Workshops. Gemeinsam mit **Lernen vor Ort** wird ein Qualitätsmanagementsystem für die regionale Bildungsberatung entwickelt.

Entwicklungspartner:	9
Zahl der Mitarbeitenden bei den Entwicklungspartnern:	280
Kooperationspartner:	13
Internationale Partner:	5
Anzahl der Teilnehmenden an Fortbildungen bis Oktober 2010:	194
Weitere gemeinsame Projekte:	
IdA – Integration durch Austausch (ESF-gefördert, BMAS)	
IRENE.T – Europäisches Netzwerk Berufliche Bildung (ESF-gefördert)	

Hinweis zu den Tabellen

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden die entsprechenden Excel-Tabellen zu den Kennziffern und Indikatoren im Bildungsbericht unter lernen-vor-ort.net. Die Tabellenbezeichnung folgt der Nummerierung der Kapitel im Bericht.

Anmerkungen

1 Individualdaten, die Aussagen zu individuellen Bildungsverläufen erlauben, liegen bisher nicht vor.

2 Für Jugendliche, die danach weder eine Ausbildung beginnen noch eine weiterführende Schule besuchen, verlängert sie sich um ein weiteres Jahr, in dem entweder die Sekundarstufe I einer allgemeinbildenden Schule oder eine berufliche Vollzeitschule besucht werden kann (Quelle: Hessisches Kultusministerium).

3 Auf einen Vergleich mit landesweiten Daten wurde an dieser Stelle verzichtet, weil es hessenweit einen hohen Schüleranteil gibt, der auf die Förderstufe wechselt. Wechsel an die Förderstufe finden im Rheingau-Taunus-Kreis seit dem Schuljahr 2007 / 08 nicht mehr im nennenswerten Ausmaß statt. Ein Vergleich der Übergangsquoten ist daher nicht sinnvoll.

4 Die College Sutherland GmbH in Schlangenbad bietet einen Vollzeit- und einen Teilzeitstudiengang für Osteopathie an.

5 Die Fachschule für Sozialwirtschaft ist am St. Vincenzstift angegliedert. An der Hochschule Fresenius gibt es Weiterbildungsmöglichkeiten in den Bereichen Chemie und Biologie sowie Gesundheit (→ Kapitel 8.7).

6 Für Gesundheitsberufe liegen keine Daten in der amtlichen Statistik vor.

7 Daten für die Angebots-Nachfrage-Relation liegen zurzeit auf Kreisebene nicht vor. Daher beschränken sich die Angaben an dieser Stelle auf die Darstellung der Struktur der Ausbildungsbetriebe.

8 Als Weiterbildungseinrichtungen können alle Organisationen gelten, die einen Schwerpunkt in der Planung und Durchführung organisierter Weiterbildungsprozesse haben und die über eine eigene Organisationseinheit für Weiterbildung verfügen (Quelle: Pehl, Klaus: Strategische Nutzung statistischer Weiterbildungsdaten. Leitfaden für Einrichtungen und Verbände. Buchreihe DIE, Bielefeld 2007).



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



EUROPÄISCHE UNION